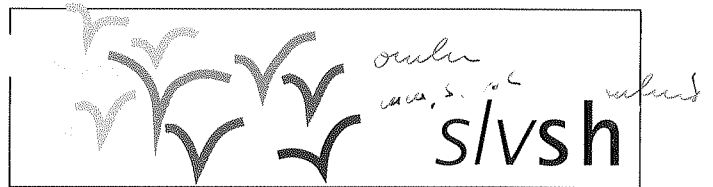


32

Dezember'99



information

- **s/vsh - Mitgliederversammlung 99**
- **s/vsh - Kongress 99**
- **Integration - Anspruch & Wirklichkeit**
- **ASD - Herbsttagung 99**
- **Dienstrechtsreform**
- **Computer in der Grundschule**
- **Fortbildung 2000**

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Inhalt

	Seite
Vorwort - Doppke	3
AK „Kleine Schulen“ - Terminvorschau	4
Kongress 99 Vortrag - Prof. Schönwälder	4
Grußworte der Parteien	15
Podiumsdiskussion - Marquardt	23
Mitgliederversammlung 1999 - Marquardt	25
Integration - Anspruch und Wirklichkeit	
<i>Siegmund - Ehlers</i>	30
Gemeinsamer Unterricht - Buck	36
ASD-Herbsttagung 99 - Sing	39
Neuestes Arbeitszeitmodell Hamburg - Sing	48
s/vsh stellt sich bei Volker Rühle vor - Koch	50
Fortbildungsveranstaltungen	50
Computer in der Grundschule - Marquardt	53
Reaktion der DB auf Schulbeschwerde	54
Hinweise zur Rechtsberatung - Jeschke	56
Musterbrief für einen Antrag auf Höherstufung	57
Pressespiegel	58
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	60
Nachlese - Sing	62
Adressen - Vorstand	63

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei Namens-Schul- oder Privat-adressenänderungen, Eintritt in den Ruhestand oder Kontoänderungen auch an den s/vsh zu denken, und uns oder der AWU diese umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und uns ersparen Sie Kosten.



Podium Kongress 99: Doppke, Ministerin, Dr. Riecke, Prof. Schönwalder

Vorwort

- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Diese Ausgabe der s/vsh-information erhalten wieder einmal **alle Schulleitungen in Schleswig-Holstein kostenlos**. Der Schulleiterverband will damit auf seine Arbeit aufmerksam machen und noch mehr Kolleginnen und Kollegen dazu bewegen, sich im s/vsh für die Belange von Schulleitungen zu engagieren:

Seit seiner **Gründung im Jahre 1991** setzt sich der s/vsh intensiv mit Schulleitungsfragen auseinander, beschäftigt sich u. a. mit Konzepten zur Weiterentwicklung des Berufsbildes "Schulleitung" und setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen an die ständig wachsenden Anforderungen angepasst werden. Leider hat sich hier in den letzten Jahren ein deutliches Missverhältnis ergeben: Einerseits wird immer häufiger auf **die Bedeutung von Führung** hingewiesen, andererseits haben sich die **Arbeitsbedingungen im Leitungsbereich z.T. drastisch verschlechtert**, weil im Rahmen der Stärkung der Eigenverantwortung immer mehr Aufgaben an die Schule verlagert werden. Schulleiterinnen und Schulleiter und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben **offensichtlich keine ausreichende Lobby**. Im Gegensatz zu anderen Gruppen, die Ausgleichsstunden erhalten, können wir übertragene Aufgaben nicht ablehnen bzw. streichen oder ohne weiteres die Konsequenzen ziehen und das Amt aufgeben. **Die Arbeitsbelastung hat so die zumutbare Grenze längst überschritten**. Dies wurde auch auf unserem Kongress (siehe auch den folgenden Bericht), an dem fast 200 Personen teilgenommen haben, sehr deutlich.

Alle Schularten und Schulformen sind von dieser Entwicklung betroffen. **Eine gemeinsame Interessenvertretung für alle Schulleitungen wird immer wichtiger**. Leider sind die Schularten mit direkter Anbindung an das Ministerium in unserem Verband nur spärlich vertreten. Sicher gab und gibt es dafür gute Gründe. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit KLAUS, der Arbeitszeitverlängerung und der Vor-

griffsstunde zeigen aber, dass **eine Bündelung der Kräfte** sicher sinnvoll (gewesen) wäre. Leider ist der s/vsh mit seinem Versuch, zumindest gemeinsame Vorgehensweisen abzusprechen, gescheitert. Im nächsten Jahr, so hat es die Ministerin auf unserem Kongress versprochen, sollen die Ausgleichsregelungen für Schulleitungen mit Beteiligung des s/vsh überarbeitet werden. Wir wollen dabei erreichen, dass **alle Schulleitungen eine angemessene Leitungszeit** zur Verfügung haben. **Im Klartext: Die überproportionale Belastung durch KLAUS muss endlich korrigiert werden!** Außerdem wird die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes auf den Schulbereich (u. a. siehe Kieler Nachrichten: „Zensuren für die Chefs“) auf uns zu kommen. Wir werden uns auf den Regionalversammlungen im Februar / März intensiv mit diesem Thema auseinander setzen, denn die Ausgestaltung wird entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsbedingungen auch der kommenden Schulleitungsgeneration haben. Das neue Jahrtausend wird viele Veränderungen der Gesellschaft und damit auch der Schule mit sich bringen. **Schulleitungen werden immer mehr für die Qualitätssicherung Verantwortung übernehmen müssen**. Wer also Veränderungen wirklich will, kommt nicht daran vorbei, die **Schulleitungen zu stärken** und mit Kompetenzen auszustatten, die über eine Beratungstätigkeit hinausgehen. Dazu gehört aber auch, dass die zu Verfügung stehende **Leitungszeit** endlich in Balance zu den Aufgaben steht ! Noch können wir den Lauf der Dinge mit beeinflussen. Deshalb: **Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen, Aufgaben anpacken, Probleme lösen!**

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und viel Glück und Erfolg im Jahr 2000!

Ihr *Michael Doppke*

T E R M I N - V O R S C H A U ARBEITSKREIS



KLEINE SCHULEN

KLEINE SCHULEN

**DAS NÄCHSTE TREFFEN FINDET AM 1. 2. 2000 UM 15.30 UHR
IM HOTEL GUTSMANN IN BAD BRAMSTEDT STATT.**

**AUF DER TAGESORDNUNG STEHEN
BERICHTE UND AUSTAUSCH ÜBER DIE BISHERIGE SCHULPROGRAMMARBEIT**

Ansprechpartner ist: Peter Franke, dienstlich Tel. 04606-238 oder franke.p@t-online.de

s/vsh-Kongress 1999 - Texte und Berichte

Am 7.10.99 fand in Bad Segeberg im leicht ramponierten und nicht optimal organisierten Hotel Intermar unser diesjähriger Kongress unter dem Motto „Fit für gute Schule“ statt. Im folgenden finden Sie die dort nachmittags gesprochenen Grußworte (für die verhinderte SPD-Sprecherin verlas Walter Rossow den Text) und den Vormittags-Vortrag von Prof. Schönwälder, den uns dieser freundlicherweise auf Diskette zur Verfügung stellte, wobei er die Folien noch nachträglich einarbeitete. So können sich auch damals verhinderte Kolleginnen und Kollegen diesen Text zu Gemüte führen. Über die Diskussionsrunde mit der Ministerin berichtet im Anschluss Klaus-Ingo Marquardt. Die Angebote der Mittagsphase zum Mitmachen fanden regen Zuspruch, ob nun Rückengymnastik, Software oder andere Informationsangebote, diese können aber hier natürlich nicht geboten werden

FIT FÜR GUTE SCHULE

Konsequenzen aus der stetig wachsenden Belastung von Schulleitungen im Alltag - Ergebnisse und Konsequenzen aus einer Belastungsuntersuchung im Schulbereich

- Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder -

1. Einleitung und Fragestellung

Zur Einleitung lohnt es sich, Fragen zu stellen. Eine erste defaitistische kann einen allerdings schon ins Stolpern bringen: Was kann überhaupt noch gesagt werden, wenn alle Welt über die Belastungen des Personals im Schulbereich sowieso schon alles weiß? Und man weiß Bescheid! Viel besser als die versammelten Schulleiter; natürlich besser als der Referent und in

jedem Fall besser als jeder, der meint, ein Schulleiter etwa hätte mehr zu leisten, als den Lehrern mitzuteilen, wo sie unterrichten sollten. Daß allein das Aufstellen des Stundenplans Tage oder Wochen dauern kann, völlig unglaublich! Und dass Schulleiter viele andere Aufgaben haben, ah ja, interessant.

Je mehr man sich über das „Ja, Ja“ von Journalisten, die nicht recherchieren, er-

eifert, wenn man über die Arbeitsbelastung von Lehrern spricht; je deutlicher man vermutet, wissendem Lächeln in Kommissionen zu begegnen und dem Abwenden von auch nur einem nicht vorgekauften Gedanken, desto mehr kann man befürchten, sich im Wald der Selbstverständlichkeiten anderer Leute verirren zu können. Doch die Antwort eines Lehrerforschers liegt nahe: 'Ins Feld gehen, weiter forschen und prüfen, ob man sich nicht doch irrt.

Schon seit mehr als 30 Jahren werden Belege der Arbeitsüberlastung im Lehrerberuf präsentiert, und auch die Feststellung von der wachsenden Belastung durch die Schularbeit ist trotz aller Aktualität, wie u.a. das Tagungsprogramm ausweist, nicht neu. Man könnte versucht sein, darin den Grundton des Klapperns zu hören, das nun einmal zum Handwerk gehört. Für Lehrer wird das unter "Jammern" geführt. Wär's das dann?

Abgesehen von der Richtigkeit der Feststellung, "was Menschen für wahr halten, ist wahr" (subjektiv), muß die Hartnäckigkeit auffallen, mit der die Ansicht von der zunehmenden Arbeitsbelastung durch die Schularbeit aufrecht erhalten wird. Deshalb erscheint es sinnvoll, sich mit der Frage zu befassen,

wie kommt es zu der These der *zunehmenden* Belastung durch die Arbeit in und für die Schule, und welche Möglichkeiten könnten bestehen, ihr Auswuchern nicht nur zu begrenzen, sondern den Trend umzukehren?

Zwei Antworten liegen nahe und könnten eine Erörterung schnell beenden: annehmen, die Pädagogen in den Schulen jammern ja nur und/oder mehr: Mittel und Personal genügten, um alles (wieder) in Ordnung zu bringen.

Beide Antworten enthalten mehr blendenden Schein als gedankliche Substanz. Weder jammern die Pädagogen, denn sie sind hoch belastet; noch ist mittelfristig mit höheren Mittelzuweisungen an das Bildungswesen zu rechnen. Darüber hinaus bleiben öffentliche Mittel immer knapp. Ihre rationale Verwendung bleibt somit ein Dauerproblem. Vernunft bewährt sich nicht in - pädagogisch visionären - Gedankengebäuden, sondern in der optima-

len Bewältigung von Aufgaben des wirklichen (Schul-)Lebens. Da rationaler Diskurs Fakten als Basis braucht, sollte man sich zunächst darum bemühen.

2.1 Arbeitsbelastung im Lehrerberuf

Die Frage nach dem Arbeitszeitumfang der Lehrer und Lehrerinnen wird kaum als anstößig empfunden; etwas ungewöhnlich ist sie doch. Wer fragt schon einen Angestellten im Finanzamt, einen Staatsanwalt, Arzt oder Uhrmacher nach seiner Arbeitszeit? Bei Lehrern fühlen sich viele dazu berechtigt trotz mehr oder weniger deutlich erkennbarer Verletztheit der danach Befragten. Denn leicht ist die unterschwellige Ansicht zu vermuten, 'arbeiten die wirklich?' Lehrer sehen sich u.a. im Hinblick auf ihre Arbeitszeit einem dauerhaften latenten und zuweilen expliziten Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Das Motiv zum Erkenntnisinteresse Dritter zu diesem Aspekt des Lehrerberufs kann von Gerechtigkeitssinn über Neid bis hin zu Beifall suchender Effekthascherei oder gar gezielter Stimmungsmache zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen dieser Berufsgruppe reichen. Manchen gilt der Lehrerberuf als der bestbezahlte Halbtagsjob in Deutschland - und dann die Ferien!!! Die Flugzeuge nach Mallorca werden zur Osterferienzeit als Lehrerbomber gehandelt. Jeder Bildungspolitiker kennt mindestens einen Lehrer, dem er auf dem Markt beim Einkaufen begegnet ist oder zum Tennisplatz eilen sah. Mindestens so viele anscheinend pflichtvergessene Lehrer und Lehrerinnen dürfte es also geben wie Bildungspolitiker, multiplizierbar mit der Anzahl der Auftritte jener Sachverständigen. Niemand fragt danach, was diese Zeugen um diese Zeit auf dem Markt oder dem Weg zum Sportplatz taten.

Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen ließ seinerzeit sogar eine Umfrage in Auftrag geben, in der vor der Landtagswahl Wähler gefragt wurden, ob sie der Erhöhung des Unterrichtsdeputats um eine Stunde zustimmen würden. Wie zu erwarten, war die Mehrheit dafür. "Von anderer Leute Brot ist gut abschneiden", sagt ein Sprichwort. Lehrer haben u.a. zu ihrer Arbeitszeitbelastung eine schlechte Presse und diese Presse ist auch leicht zu machen. Es ergeht ihnen wie den Uhrma-

chern, denen man den oft als unverschämt empfundenen Preis für das bisschen Reparatur auch nicht als berechtigt abnehmen will. Selten aber trifft man Uhrmacher, die auch noch selbst den Eindruck nähren, ihre Arbeit sei meist in kurzer Zeit getan, viel seltener jedenfalls als Lehrer. Denn fragt man sie nach ihrer Ar-

beitszeit, erhält man meist die Anzahl ihrer Unterrichtsstunden als Auskunft. Selbst von Kultusministerien (NRW) wurden Listen über die Unterrichtspflichtstunden je Bundesland unter der Rubrik **"Arbeitszeit der Lehrer"** verschickt. Demgegenüber ist festzuhalten:

Lehrer haben in der Regel längere Arbeitszeiten als die Mehrheit der abhängig Beschäftigten, also die Mehrheit der Eltern ihrer Schüler und das seit mindestens 40 Jahren.

Tabelle Seit 1958 ermittelte durchschnittliche Lehrerarbeitszeit je Unterrichtswoche nach Lehrerangaben

Verfasser	Jahr	Bundesland	n	durchschnittliche Arbeitszeit je Unterrichtswoche	Anmerkung Nr.	durchschnittliches Deputat je Unterrichtswoche	durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit i.d. Industrie	Differenz Lehrer Industrie
Graf/Rutenfranz	1958	N R W	1681	45,0	1	21,1-28,9	45,7	- 0,7
Frister/Häcker/								
Hoppe	1960	Berlin	385	51	2	21,9-24,9	45,6	+ 5,4
Nengelken/Ulich	1965	Bayern	576	46	3	17,7-18,7	44,3	+ 1,7
Seegerer/								
Wulsten/Ulich	1969	N R W	1000	56,6		26,1-26,7	39,7	+16,9
Knight/Wegenstein	1972	B R D	9129	54,3	4	24,8	42,8	+11,5
Müller-								
Limmroth	1979	B R D	185	53,4		18,3	42,4	+11,0
v.Engelhardt	1979	Nds	1006	51,4		23,4	42,4	+ 9,0
Möller/Saupe	1980	Berlin	312	48,9		24,3	41,8	+ 7,1
Wulk	1982/4	S-H	68	48,4	5			
Häbler/Kunz	1985	B R D	1214	46,3	6	22,6-27	40,9	+ 5,4
Redeker/								
Schäfer	1990	Bremen	19	45,3	7	23,0	39,7	+ 5,6
Hübner/Werle	1994	Berlin	599	47,6		23,4-25,0		
Foerster	1996	Hessen	82	50,5			37,7	+12,8
Gräßler/Klose	1975	D D R	391	43,8	8	17,9-24,6	44,0	- 0,2

Quelle für Spalte 7: Stat.Jahrbuch der BRD, 1961; S.498; 1967, S.478; 1970, S.442; 1974, S.467; 1980, S.467; 1986, S.468; 1991, S.562, 1997, S.593

Anmerkung 1; Spalte 5: 42-48 Std. max.50 Std.; Anmerkung 2; Spalte 5: 50-52 Std.; Anmerkung 3; Spalte 5: 44-48 Std.; Anmerkung 4; Spalte 5: von 45,1 Std. für 47 Wochen zurückgerechnet auf 39 Unterrichtswochen; Anmerkung 5; Spalte 5: nur für Berufsschullehrer; Anmerkung 6; Spalte 5: Wert für 861 VollzeitLehrerInnen; Anmerkung 7; Spalte 5: Zwar nur 20 LehrerInnen aber über je 20 Wochen erhoben; Anmerkung 8; Spalte 7: gesetzliche Arbeitszeit in der DDR; erste Langzeiterhebung

Die Ergebnisse der Knight/Wegenstein-Studie, obwohl in offiziellem Auftrag für teures Geld erstellt, wurden zunächst möglichst unter Verschluß gehalten und insgesamt ignoriert - nicht wegen ihrer methodologischen Mängel, sondern wegen der darin sich abzeichnenden riesigen

Kosten, die eine Gleichstellung der Lehrerarbeitszeit mit der für üblich angesehenen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zur Folge gehabt hätte. Darüber hinaus ist festzuhalten:

Die Lehrerarbeitszeit ist nicht nur über längere Jahresabschnitte, sondern

auch im Wochenverlauf anders verteilt als die als gleichmäßig unterstellbare Regelarbeitszeit des überwiegenden Teils anderer abhängig Beschäftigter. Zumindest die Lehrerschaft arbeitet an allen Wochentagen; regelmäßig am Wochenende (80%), viele sonnabends u n d sonntags, was nicht heißen muß jeder Lehrer sähe sich immer dazu genötigt.

Diese Befunde sind regelmäßig repliziert worden. Zur Überprüfung wurde die Verteilung je zugänglicher Schulart vorgenommen. Das Bild blieb! Sogar für die große Mehrheit der einzelnen Lehrer stellte es sich wieder immer ein. (Die Daten von Häbler/Kunz 1985, Schäfer, 1990 und Schönwälder für Bremerhaven 1994) zeichnen das gleiche Bild. Häbler/Kunz erkundigten sich erstmals nach dem Ausmaß der Erfüllung der Arbeitszeitpflicht der Lehrer nach dem Tarifmaß im öffentlichen Dienst variiert nach Beschäftigungsverhältnis von Volldeputat bis zur Reduktion auf eine halbe Stelle. Sie förderten zu Tage:

Jede Lehrergruppe überschreitet die nominale Pflichtarbeitszeit im öffentlichen Dienst, Vollzeitlehrkräfte um 16%; die Teilzeitlehrer um noch höhere Prozentsätze, und zwar um so mehr, je niedriger die Unterrichtspflichtzeit. Auch dieser Befund ließ sich replizieren: Schäfer 1990 und unsere gemeinsame Datenauswertung von Lehrerauskünften aus Bremerhaven

bestätigten es im vollen Umfang! Die Tendenz in diesen Daten besagt:

Je niedriger die Unterrichtspflicht, desto höher fällt die Übererfüllung der Arbeitspflicht - gemessen in Arbeitsstunden - aus!

(Nicht in jedem Einzelfall, aber für die Gruppe der TZL.)

Lehrerarbeitszeit bzw. Lehrerbelastung ist nicht identisch mit der Zahl der Unterrichtsstunden, die zu geben ein Lehrer verpflichtet ist. Es ist grotesk, das sagen zu müssen. Ein sehr großer Teil der Lehrerschaft verschreibt sich dem pädagogischen Auftrag mit einem hohen Qualitätsanspruch, den man durch hohen Zeiteinsatz zu verwirklichen trachtet. Eine Untersuchung in der Schweiz erbrachte die Aussage, Lehrer verausgabten sich zeitlich immer in vollem Maße, unabhängig von der Anzahl der Pflichtstunden für Unterricht. Hinzuzufügen ist, niemand wagt zu sagen, wann die pädagogische Pflicht als erfüllt zu bezeichnen ist. Deshalb ist der Umfang der Unterrichtspflichtstunden kein zutreffendes Belastungsmaß.

Zur Wiederholung im Prinzip bekannter Fakten sollen abschließend auch ein paar Zahlen aus der **jüngsten Arbeitszeituntersuchung in Nordrhein-Westfalen aus der Studie von Mummert+Partner (1998)** genannt werden. Danach ergab sich für...

Schulart	Durchschn. Jahresarbeitszeit in Std.	Minimum	Maximum	Standardabweichung
Grundschulen	1.750	1.289	2.476	205
Hauptschulen	1.791	1.166	2.635	225
Realschulen	1.769	949	2.443	245
Gymnasien	1.900	930	3.562	309
Gesamtschulen	1.976	1.207	3.152	295
Berufsschulen	1.839	606	3.000	283
Kollegschulen	1.798	923	3.133	335
Sonderschulen	1.828	948	2.612	242
2. Bildungsweg	1.864	973	2.772	327

An diesen Zahlen ist vieles interessant, u.a. das Problem ihrer Bedeutsamkeit. Ins Auge fällt sehr schnell die weite Streuung der aufgeschriebenen Arbeitsstunden zwi-

schen den und innerhalb der einzelnen Schularten.

Das Schulleben basiert offensichtlich in erheblichem Maße auf Selbstaktivie-

rung und in deutlichem Umfang auf freiwilliger Mehrarbeit der Lehrerschaft. Lehrerarbeitszeit bzw. Lehrerbelastung ist nicht identisch mit der Zahl der Unterrichtsstunden, die zu geben ein Lehrer verpflichtet wird.

Eine Personalratsvertreterin für die Gesamtschulen teilte auf einer Veranstaltung ergänzend mit, dass die Arbeitszeiten der Schulleitungen und Koordinatoren von Mummert+Partner aus der Ermittlung der Mittelwerte herausgerechnet worden sind. Es bedarf kaum gedanklicher Anstrengung, um den Grund dafür zu finden. Aus einer eigenen Befragung von Grundschul- und Sek.-I Lehrerinnen und Lehrern 1989 in Niedersachsen legten sich ähnliche Schlüsse nahe. Es war nur nicht genau auszumachen, wie viele Schulleiter unter den Antwortenden waren.

Nicht nur informell, sondern formell ist den Lehrerinnen und Lehrern ein nach oben unbegrenzter pädagogischer Arbeitsauftrag erteilt worden. Man sollte das analog zur nach oben offenen Richterskala zur Messung von Erdbeben sehen (Heiko Gosch). Man kann immer noch mehr tun, um dem Auftrag der möglichst wirksamen Förderung jedes Schülers gerecht zu werden, oder etwas Geleistetes auch immer noch etwas besser oder anders zu tun. Das gilt auch für Schulleitungen, nicht nur für ihren Unterricht, sondern auch für die Organisation ihrer Schulen. Daß die Schule läuft, für regelmäßigen Unterricht durch anwesende Lehrer gesorgt ist, ist ja nur die formale Seite des Schulbetriebs und schwer genug einzuhalten. Darüber hinaus kann man sich nicht nur, sondern wird sich auch fragen sollen, ob man eine andere bessere Kombination von Aufgabenverteilungen hätte vornehmen können, ob bestimmte Schülergruppen mehr oder weniger begünstigt werden und wie zu vermeiden ist, dass Murphy's Gesetz nicht immer dieselben trifft und wie die Gradwanderung zwischen restriktiven Bedingungen und Rechtsansprüchen der Schüler, ihrer Eltern und der Lehrer ohne Brüche oder mehr als gelegentlichen Absturz bewältigt werden kann.

Schulleitungen haben u.a. auch die Aufgabe eine angemessene Selbstbelastung

ihrer Lehrkräfte zu ermöglichen, dazu anzuregen - aber auch die Selbstausbeutung von Lehrkräften und bei sich selber in Grenzen zu halten.

2.2 Belastung im Schulbetrieb und Arbeitszeit

Alle bisherigen Arbeitszeiterhebungen von Lehrern für Lehrer weisen neben manchen anderen Mängeln - die von Thomas Riecke-Baulecke vermutlich ausgenommen - die Malaise auf, Arbeitsbelastung auf eine einzige Dimension zu reduzieren, die quantitativ erfaßbare der Zeit. In den Arbeitswissenschaften gehört ein differenzierteres Verständnis von Arbeitsbelastung zum Standard. Danach ist Arbeitsbelastung zu bestimmen nach Art der Tätigkeiten, die zur Erfüllung von Arbeitsaufgaben erforderlich sind, ihrem Zeitumfang, ihrer Intensität und ihrer (Zeit-)Struktur - Sie ist zu ergänzen, um die Belastung, die aus den Arbeitsbedingungen auf die Arbeitenden einwirkt.

Die Ignorierung der qualitativen Dimension der pädagogischen Arbeit veranlaßte die Max-Traeger-Stiftung an die Technologieberatungstelle beim DGB in Münster und den Referenten den Forschungsauftrag zu vergeben, parallel zur reinen Arbeitszeit-Untersuchung von Mummert+Partner den qualitativen Seiten pädagogischer Arbeit nachzugehen - eigentlich ein Schritt, der vor der Zeiterhebung von der erwähnten Firma selbst hätte durchgeführt werden müssen. Dazu wurde eine Fragebogenerhebung durchgeführt und in Expertenrunden Auskünfte eingeholt. Parallel dazu lief und läuft eine Belastungsuntersuchung in Bremen, basierend auf dem gleichen Fragebogen ergänzt um arbeitsmedizinische Untersuchungen und teilnehmende Beobachtung in Schulen. Aus diesem Datenkomplex soll etwas berichtet werden, um dann zu Schlüssen zu gelangen.

(Vgl.: H.G.Schönwälder, W. Plum; Pädagogische Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer - terra incognita der Bildungspolitik, Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung, NDS-Verlag Essen, 1. Auflage November 1998, 2. wesentlich ergänzte Auflage in Vorbereitung).

In aller Kürze gesagt, die Hypothese **Belastung ist mehr als Arbeitszeitaufwand!** konnte bestätigt werden. Zu gleichen Items zur Belastung fanden sich

in allgemeiner - psychischer - Hinsicht und fokussiert auf den Zeitaspekt so unterschiedliche Bewertungen, dass von einer Entsprechung der Beurteilung durch die gleichen Personen zu den gleichen Fragen in der Nähe von 1:1 nicht die Rede sein kann, die Korrelation der Mittelwerte zu den 20 Einzelfragen lag deutlich unter 1, je nach Schulart allerdings verschieden. Das besagt, was man auch ohne unsere Befragung wissen konnte: es besteht zwar ein positiver Zusammenhang zwischen allgemeinen Belastungseinschätzungen und der Bewertung des Zeitaspekts, aber die Zeitbelastung determiniert die Lehrerurteile nicht. Die qualitative Seite darf nicht ignoriert werden ! Die scheinbar problemlose Operationalisierbarkeit der Zeitvariablen täuscht über dieses wesentliche Validitätsproblem hinweg.

Eine Lehrerin aus einer der Expertengruppen brachte es auf den Nenner: "Hast Du Erfolg, interessiert Dich die Zeit nicht mehr; hattest Du keinen, ist jede Stunde zuviel gewesen." Vergeblichkeit also belastet; auch die von vertretenen Absichten gegenüber der jeweiligen Schulleitung.

Arbeitsbelastung im Lehrerberuf entsteht in Form von Selbstaktivierung unter mehr oder weniger restriktiven Bedingungen und Außeneinflüssen. Dazu ist die Aufrechterhaltung einer hohen Motivation erforderlich. Pflichtstunden- und Aufgabenausweitung, Vergrößerung von Klassen werden als Beeinträchtigung empfunden, als Behinderung bei der Verwirklichung der eigenen pädagogischen Ansprüche, denn andere Orientierungsgrößen gibt es z.Zt. nicht. Schulleitungen stehen vor dem Problem, die konkreten Anforderung und die pädagogischen Konsequenzen behördlicher Anweisungen wenigstens grob in ein Gleichgewicht zu bringen und - wo möglich - auszutariieren, ohne die Qualität ihrer Schule zu gefährden. Sie werden von Lehrern auch als Täter angesehen, mindestens Mittäter, ob sie unliebsam entscheiden wollten oder mußten. Dieser ungenehmen Seite des Bildes und mancher Schulleiterpflichten ist noch etwas näher nachzugehen.

3.1 Schulleitungen zwischen Baum und Borke

Die Leitung einer Schule ist ein pädagogischer Arbeitsauftrag. Der Bildungsrechtler Wimmer behauptet, Lehrer seien Berufsjuristen, Schulleiter erst recht könnte hinzugefügt werden - angelehrte. Die Dominanz juristischer Argumente gerade von gestandenen Schulleuten in der Kultusbürokratie wird Pädagogen immer wieder erstaunen. Erklären kann man das natürlich; was kann man ab einem IQ von 100 nicht alles plausibel machen? (Job Günter Klink). Dem ist ein anderer Satz von Juristen gegenüber zu stellen: "Recht soll nicht verhindern, sondern ermöglichen". Tatsächlich gibt es im Bildungswesen eine dritte Dimension. Recht und rechtlich abgesicherte Anweisung soll bestimmtes Handeln - oder auch definierte Ergebnisse - in einem Bereich erzwingen, in dem ein konkurrierender pädagogischer Rechtsauftrag besteht. Anweisender Kultusbürokratie scheint von geringem Interesse, ob die Angewiesenen den Sinn der Aufträge akzeptieren, ob sie sich dazu fähig oder berechtigt (Remonstrationsrecht) sehen oder nicht. Gleiches gilt für Schulleitungen. Ihre Aufgabe ist es, konkret umzusetzen, was ungeschlacht wirkende Verwaltungslogik meint, pädagogischen Prozessen nach tatsächlichen oder vermeintlichen bildungspolitischen Vorgaben überstülpen zu können, ohne - auch begründeten - Gegenreaktionen Rechnung zu tragen. Das ist der Boden, auf dem ein Auseinanderklaffen von offiziellem Schein und Schulrealität bereitet wird. Das zehrt und zerrt auch. Es gelingt selten ganz richtig, oft genug, weil es nicht gelingen kann. Das muß umso mehr belasten, je eindeutiger Kapazitäten in der Schule gekürzt werden, auch die der Schulleitungen.

Schulleitungen obliegt es, zentrale Vorgaben in die Ermöglichung pädagogischer Praxis zu transponieren. Dazu ist ein Regelwerk vorgegeben, dessen strikte Anwendung nach bürokratischer Vorstellung einen reibungslosen Vollzug gewährleistet. Aber "mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht, und mach noch einen zweiten Plan, geh'n tun sie beide nicht..." Um es irgendwie zu schaffen, wird Intelligenz benötigt, organisatorische Kreativität aller Beteiligten. Ein nur technisch perfekter Schulleiter mag unbeschadet bestehen, zum zündenden Funken für einen guten

Schulleiter fehlt ihm doch der unerläßliche Gegenpol des persönlichen erkennbaren Engagements. Doch der technisch funktionierende Schulleiter scheint das Idealbild seiner Vorgesetzten zu sein.

Konkrete Schularbeit lebt von der Selbstaktivierung des pädagogischen Personals. Die Schulleitungen haben zu helfen - nach ihren Kräften und Möglichkeiten - die labilen Teilgleichgewichte, in denen Lehrer arbeiten, aufrecht zu erhalten und auf Dauer erträgliche Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer zu organisieren. Das kann nur unter Beachtung sozialpsychologischer Verhaltensbedingungen für die selbstverantwortliche Arbeit der Lehrerschaft geschehen. Aber gerade die Sozialpsychologie der Selbstbelastung der Lehrerschaft, von denen die Schulleiter in Teilen ein Teil sind, wird in zentralen Vorgaben, so der Schluß aus Lehrerzeugnissen, sträflich vernachlässigt. Die zentralinstanzlich vorgesehene Aktivierung der Leistungspotenzen der LehrerInnen durch einfaches Verfügen von "Mehr" (Unterricht) läßt Augenmaß vermissen. Anweisen nach dem bürokratischen Muster von Befehl und Gehorsam konterkariert die Absicht. Schulleiter sind die Boten, die die Konsequenzen zentraler Lenkungsentscheidungen mitzuteilen und organisatorisch umzusetzen haben. Ein anderes Sprichwort sagt: "Wer die Wahrheit sagt, muß ein schnelles Pferd haben." Schulleiter können sich leider keines leisten, wenn sie neue Belastungen zu verlangen verpflichtet sind. Sie wünschten sich aber vielleicht manchmal eines.

3.2 Lehrerreaktionen auf Schulleitungsverhalten

LehrerInnen sehen in ihrer Schulleitung das konkrete Gegenüber offizieller Schulpolitik. Gegenüber kann Partner aber auch Gegner heißen oder auch mal das Eine und mal das Andere. Dieses Andere will ich kurz illustrieren.

Besonderen Missfallens erfreuten sich junge Schulleiter, die in NRW aus dem Soester Institut hervorgegangen waren, da sie ihre Hauptaufgabe in der Durchsetzung zentralbehördlicher Vorgaben sahen, so mehrere LehrerInnen.

In allen Seminargruppen kam spontan das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine nahezu unbeeinflussbare anonyme Institution zum Ausdruck. "Vereinzelung in einer allenfalls bedingt pädagogikfreundlichen Organisation" wurde konstatiert.

Damit korrespondiert die verbreitete Empfindung, "Schachfigur unverständiger Organisatoren zu sein und als Lückenbüßer für Versäumnisse anderer jederzeit als Bauernopfer herhalten zu müssen."

Immer wieder kam die Fülle der Aufgaben und situativen Anforderungen sowie die daraus folgende Hetze zur Sprache. Die meisten Lehrer empfanden sich nicht nur zeitweise als überlastet.

Zahlreiche Beispiele belegten nicht nur Tätigkeitsspannen, sondern auch und nicht zuletzt Einzelereignisse höchst unterschiedlicher Art belasten. Sie sind nicht mit der Stechuhr oder dem Selbstaufschreibungsbogen zu erfassen.

Diese Quintessenz aus Lehreräußerungen spiegelt ein Bild, dass wohl alle kennen. Das Wort "Lehrer" in obigen Texten kann weitgehend durch Schulleitungen ersetzt werden. Doch es gibt ein Darüber Hinaus: die strukturelle Konfliktsituation, in der sich Schulleitungen befinden mit allenfalls formell ausreichenden Mitteln real fördernde pädagogische Prozesse pädagogisch produktiv organisieren zu sollen. Und auch für sie gilt, niemand sagt, wann ihre Mühe die Pflichtgrenze erreicht.

3.3 Schulleitung im Teufelskreis widerstreitender Interessen

Mein Großvater trug in der Poesie-Albums-Zeit regelmäßig den Spruch ein:

"Wenn einer deiht wat hei kann, kann hei nich mier dauhn, as hei deiht."

Das könnte für Lehrer mit ihrem nach oben offenen - und sogar nach unten schwer zu begrenzenden - pädagogischen Arbeitsauftrag ebenso gelten, wie für die Anwesenden. Einem Enkel wird es erlaubt sein, den Satz für ein Poesiealbum einer Schule etwas umzuformulieren:

"Wenn 'n Liehrer - oder Schaulrekter - deiht, wat hei kann, kann hei nich mier

dauhn, as hei deiht. Nauch is't nie - arbeiten möht wie doch."

Da der Enkel nun mal ein Studierter ist, fällt ihm natürlich noch was ein, ein ergänzender Zusatz zur Meinung von Schlossermeister August Raabe aus Plau.

"Wenn einer etwas tun kann, dann vielleicht „so“ oder „so“. Vorausgesetzt seine Handlungsbedingungen lassen das zu. Bei der Lehrerschaft ist da vieles möglich, auch wenn sie es nicht wahr macht: "Arbeite langsam und gediegen, was nicht fertig wird, bleibt liegen." Das wäre ein Motto für Arbeit nach Vorschrift. Können Schulleitungen sich das leisten?

Schulleitungen stehen an der Schnittlinie vieler Interessen. Trotz schlicht materieller Engpässe müssen Sie den berechtigten, wohl zu verstehenden Interessen der Schüler an optimaler pädagogischer Förderung entsprechen, wie das Gesetz es befiehlt, auch wenn Schüler - und auch manche Eltern - oft nur begrenzt begreifen, was ihr ureigenstes Interesse ist. Lehrer haben pädagogische Interessen zu vertreten, das ist ihre Pflicht; ihre eigenen zu benennen, ist ihr Recht. Welche muß, welche kann die Schulleitung erfüllen - vgl. Sozialpsychologie - und vor allem, wie ist zu vermitteln, was möglich ist, nicht nur scheint. Außerdem greifen auch Entscheidungen der Schulträger in das Schulleben ein, verursachen häufig eindeutig bestimmbare Mehrarbeit z.T. mit der ausdrücklichen Weigerung, der dafür erforderlichen Arbeitskapazität Rechnung zu tragen. Ergänzungen sind möglich und schließlich *'last and least'*, auch Schulleitungen haben legitime Ansprüche, sogar für sich selbst.

Aus dieser Gemengelage ragt ein Brocken heraus, "Geldmangel" (- wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Pädagogik ihr Recht verloren). Diese Zuspitzung ist jedoch falsch, denn eine ganze Menge ist doch da! Weil die Ausgaben für das Bildungswesen einen Löwenanteil am öffentlichen Haushalt auszumachen scheinen, wird finanztechnisch orientiert versucht, durch Kürzungen u.a. auf dem Wege von Ausgabenfixierungen das zu erreichen, was fälschlicherweise "Sparen" genannt wird. Trotzdem stimmt: die Haus-

haltslage ist eng! Daran kommt man nicht vorbei.

4.1 Grundlagen einer fundierten

Schulorganisation

Öffentliche Haushaltsmittel sind immer knapp - im Vergleich mit wünschbaren Leistungen der öffentlichen Hand. Das gilt - und galt - auch für die Schuletats - selbst in den heute goldig schimmernden Zeiten von Bildungsreform und Reformeuphorie. Irgend jemand fällt immer noch etwas ein, was man mit mehr Geld meint besser machen zu können, was ja *auch* stimmt. Entschieden wird heute eher nach der Maxime, "man kann alles immer auch ein bißchen billiger machen... - verschwiegen wird: und schlechter..."

Dazu ist zu fragen: Wie billig und schlecht darf es sein - oder: Wie gut muß es denn sein?

Leicht zu fragen, schwer zu beantworten!

Pflichtstundenzahlen lassen sich z.B. einfach heraufsetzen. Das senkt die Durchschnittsausgaben je Unterrichtsstunde, leicht zu rechnen. Aber wie steht es mit der Qualität des Unterrichts? Es ist unbekannt, welcher Aufwand für guten oder auch nur akzeptablen Unterricht getrieben werden muß. Wir wußten bisher wenig oder nichts über die Effizienz des Mitteleinsatzes an unseren Schulen - und wissen es heute auch nicht. Was begründet die Meinung, Schul- und Unterrichtsqualität blieben bei Ausweitung der Unterrichtsdeputate, noch dazu bei verschlechterten Unterrichtsbedingungen, gleich?

Mittel effizient zu verwenden ist kein einfaches Geschäft; in der Schule schwieriger als anderswo. Aber was sind die Mittel? Geld? Das auch, aber in der Schule hat zuvörderst die reale Leistung zu interessieren. Wir müssen uns bewußt sein: Die Schule ist ein Dienstleistungsbetrieb, in dem Prozesse durch Arbeitsleistung, pädagogische Arbeit auf verschiedenen Abstraktionsstufen so zu gestalten sind, dass Schüler zu solchen Tätigkeiten veranlaßt werden, die sie mit großer Wahrscheinlichkeit nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu dauerhaften Lernergebnissen führen. Von hinten aufgerollt meint das, unbezahlte Schülerarbeit soll durch (bezahlte) unmittelbare Lehrerarbeit in

Form von Unterricht möglichst wirksam gestaltet werden. Dem Unterricht vorangestellt ist möglichst wirksam planende Lehrerarbeit, der wiederum mittelbar Unterricht ermöglichende und gestaltende pädagogisch-organisatorische Arbeit der Schulleitungen vorgeschaltet ist. Sie haben optimale Arbeitsbedingungen der Schüler zu gewährleisten, was optimale Arbeitsbedingungen für die Lehrer zur Voraussetzung hat. Letztere bestehen nicht allein in der Gewährung von Zeiträumen für nichtunterrichtliche Arbeit der Lehrer, sondern auch und nicht zuletzt in dem Kunststück, ein sowohl forderndes als auch zur Selbstaktivierung von Lehrern und Schülern und weiterer Beteiligter veranlassendes Sozialklima - durch Arbeit - zu schaffen und aufrecht zu erhalten.

Es wird vielfach übersehen, dass 'Schule halten' sich nicht einfach aus dem Zusammensperren von via Schulzwang verpflichteten Schülern und dem vertraglich Arbeitszwang unterworfenen Pädagogen von selbst ergibt. Der Wahrnehmung - der öffentlichen zumal - entgeht meistens die dahinter stehende Organisationsleistung von Lehrern und nicht zuletzt der Schulleitung. Schule ist Arbeit! Und Arbeit braucht - auch bei gutem Willen - förderliche Arbeitsbedingungen. Wer hier dysfunktional kürzt, stört pädagogische Prozesse, zerstört auch Manches.

Für dysfunktional ist z.B. der in diesen Tagen abgelieferte Vorschlag der Firma Mummert+Partner zu charakterisieren, die Stundenermäßigung der Schulleitungsteams der Gesamtschulen in NRW zu kürzen, da sie mittlerweile Routine hätten. Maßlatte dafür geben die Regelungen für die Gymnasien ab. Ein reiner Analogieschluß also soll begründen, ohne dass eine Analyse der tatsächlichen Aufgaben vorgenommen worden ist. Das wurde im übrigen auch für die Organisationsaufgaben an Gymnasien und den dafür erforderlichen Zeitaufwand versäumt. So verschafft sich Verwaltung ein gutes Gewissen, möge sie nicht drauf ruhen.

Der ebenfalls im I S F (Institut für interdisziplinäre Schulforschung der Universität Bremen) tätige Prof. Dr. med. Jörg Berndt hat in psycho-physischen Untersuchungen

der Lehrerschaft mehrerer Schulen in Bremen feststellen müssen, dass Lehrer offensichtlich dabei sind, über ihre Dauerleistungsgrenze hinaus zu gehen - mit Hilfe u.a. von Medizinerinnen. Teilnehmende Beobachtung eines - im übrigen sehr guten - Schulleitungsteams hat neben der Fülle der Aufgaben und ihrer Verschiedenartigkeit ein merkwürdiges Nichtereignis zu Tage treten lassen: Niemand ging während des gesamten Vormittags pinkeln. Andere bestätigten, ihnen ginge es genauso, sie nähmen wieder mit nach Hause, was sie in die Schule gebracht hätten. Das ist zwar nicht gesundheitsschädlich, wie Jörg Berndt erklärte, aber es ist stressabhängig, also ein Signal.

Wissen wir eigentlich, welcher Arbeitsaufwand getrieben werden muß, um die Arbeit der Schüler durch die Arbeit der Lehrer möglichst effizient zu organisieren? Wir wissen es nicht! Und weiter ist zu behaupten, wir müßten es wissen, wenn die Bedingungen für eine effektive gute Schule eingeräumt werden sollen. Die Versuchung, die Effizienzfrage auszuklammern, ist groß. Rein rechnerisch ergibt sich eine Menge Holz vor der Tür, entzöge man jeder Schulleitung nur zwei oder vier oder mehr Stunden Unterrichtsermäßigung, rein rechnerisch! Denn wer den Schulleitungen Planungs- und Organisationskapazität wegnimmt, akzeptiert das Absinken der Planungsqualität der Schulen. Schule als Prozeß besteht aus vielfältig miteinander vernetzten Tätigkeiten von hochqualifizierten Individuen, die eigene Handlungsspielräume haben - müssen! Dieser Prozeß lebt vom Engagement der Beteiligten, von ihrer Selbstaktivierung. Bei jedem steuernden Eingriff von außen, seitens des Kultusministeriums etwa und auch der Schulleitung, muß bedacht werden, dass er einen bestehenden oder sich anbahnenden produktiven Gleichklang mißtönend in irreguläre Schwingungen versetzen kann. Mit der Peitsche knallen und rufen nun maloch mal endlich hilft da gar nichts.

Die Schule ist eine hoch sensible Organisation und die in ihr Tätigen dürfen in der pädagogischen Sache keine gehorsamen Staatsdiener sein. Es ist ihre wie der Lehrers Pflicht, im Interesse ihres pädagogi-

schen Auftrags eigenständig zu agieren, und dazu wird neben Handlungsspielraum Zeitkapazität und 'man power' benötigt. Will man es anders, sollten Mittel für eine Vernetzung aller Schulen eingeworben werden und von Kiel aus wäre alles von ein, zwei Leuten zu programmieren - und dann „Gute Nacht Marie“.

4.2 Rückbesinnung auf die Eingangsfrage

Jede einzelne Schule kann als öffentlicher Betrieb, d.h. nicht als Unternehmung, angesehen werden. Man bedenke, schon bei einer kleinen Schule mit nur 10 Lehrkräften ist der Einsatz eines Lohnwerts von 1,1 Mio Mark sinnvoll zu organisieren, in großen Schulen um die 20 Mio. pro Jahr. Kann angenommen werden, das ginge mit links?

Der Eindruck dürfte nicht falsch sein: in der Schulpolitik beißt sich finanzpolitisches Denken mit bildungspolitischen Zielsetzungen im pädagogischen Raum. Der finanzpolitische Grenznutzen verdrossen geleisteter Mehrleistungen an den Schulen wird höher eingeschätzt als der unkalkulierte dadurch eintretende Qualitätsverlust an den Schulen. Weil für das Schulwesen bisher keine Effizienzprüfungen existieren, ist die Argumentationsbasis der Bildungspolitik schwach. Deshalb ist es auch für Bildungsminister so schwierig, berechnete Forderungen für das Bildungswesen zur Geltung zu bringen. Deshalb auch müssen selbst gutwillige Bildungsminister mehr aushalten, als sie zu verantworten haben. Was Vorgänger versäumten, nämlich Bemühen um Effektivitätsbelege, haben aktuelle Minister heute auszubaden. Das ist keine angenehme Situation. Die Versuchung zu Scheinrezepten besteht. Aber Gängelung hochqualifizierter Beamter und Angestellter ist nicht produktiv, weil sie Eigeninitiative und Kreativität vor Ort unterbinden muß. Sich regen bringt Segen, aber man muß sich auch bewegen können. In der sogenannten Wirtschaft weiß man das schon lange.

Die Antwort auf die Eingangsfrage lautet:

Die These der zunehmenden Belastung durch die Arbeit in und für die Schule ergibt sich strukturell aus dem nach

oben offenen pädagogischen Auftrag, der zudem deklamatorisch nach politischer Wetterlage ausgeweitet wird. Der Druck wird durch Ressourcenkürzungen für die Schulen ohne anzugeben, welche Leistungskürzungen damit einher gehen dürfen oder sollen, verstärkt. Hier fehlt Klarheit, vielleicht auch Ehrlichkeit.

5. Was tun?

5.1 Grundsätze

Für die Schule ist der Anspruch zu erheben, eine rationale Organisation zu sein. Sie ist ein öffentlicher Betrieb. Dementsprechend ist zu verfahren.

Das Schulgesetz verpflichtet die Schule und die in ihr Tätigen auf möglichst wirksames Handeln im Sinne des Schulzwecks. Daraus folgt: das Schulwesen, die Einzelschule, alle dort Bediensteten, nicht zuletzt die Lehrer, sind dazu aufgerufen, die pädagogischen Ressourcen der Schule, also auch sich selbst, gemäß dem Rational- oder Ökonomieprinzip einzubringen.

Die knappste Ressource des Schulbetriebs ist die Zeit; die der Schüler(!) und die der Pädagogen. Deshalb sollte der Grundgedanke der anstehenden inneren Schulreform in der strikten Beachtung der Zeitökonomie bestehen, und zwar sowohl in ihrer quantitativen als auch in ihren qualitativen Dimension. Aber auch Rationalisierung benötigt Arbeitszeit und Arbeitskapazität. Sie muß gewährt werden.

5.2 Allgemeine Vorschläge

Realistische Vorstellungen über den für definierte Planungs- und Unterrichtsleistungen für erforderlich zu haltenden Zeitaufwand sollten erarbeitet werden. Erst auf einer solchen Grundlage kann es sinnvoll sein, leistbare Aufgabenbereiche zuzuschneiden. Das schließt die Ermittlung von Effizienzbeziehung zwischen Zeitaufwand und zu erwartendem und erforderlichem Dienstleistungsangebot einer einzelnen Schule ein.

Einzelschulen und ihrer Lehrerschaft sollten ein Recht auf Planungssicherung eingeräumt werden. Damit wäre die Voraussetzung gegeben, sie in die Pflicht zur

rechtzeitigen Einstellung auf die Arbeit im neuen Schuljahr zu nehmen.

Die Kompetenz von Schulleitern sollte über den Rahmen der Einzelschule hinaus verstärkt genutzt werden, z.B. bei Neueinstellungen von Lehrern. Die Funktionsfähigkeit und damit Effizienz der Schulleitungsteams sollte durch angemessene, je nach Problemlage der Einzelschulen variierende Freistellungen erhöht werden.

Für die von Schulleitungen zu erbringenden Leistungen könnte ein Personalmix mit Verwaltungsangestellten vorgesehen werden.

Für konzeptionell notwendige Weichenstellungen könnten exemplarische Betriebsanalysen von Schulen aller Stufen zur Grundlage gemacht werden.



Von Schulbetriebsanalysen ausgehend könnten von den Kollegien, Schulleitungen und den übrigen Instanzen gemeinsam zeitökonomische Arbeitsstrukturen situationsgerecht ausgearbeitet werden. Das schließt Entwürfe zeitsparender Arbeitsaufteilung für Lehrer ein.

Es sollten auch Kriterien für die Abschätzung der Effizienz der Schulleitungen und

der Kultusbehörde entwickelt werden, um nach Ansatzpunkten für Effektivierungen suchen zu können.

Personalpolitik sollte erkennbarer als bisher in den Dienst der Personalpflege gestellt werden. Unterrichtsverpflichtungen der Lehrerschaft könnten in begrenzt überschreitbaren Spannen vorgegeben werden, die u.a. erlauben, das Recht auf ein Sabbatical oder anderes zu erarbeiten.

Schluß

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Schluß, nicht am Ende. Ich hoffe, meine Ausführungen helfen, mit der Ministerin in eine Diskussion einzutreten. Sie werden Konkreteres auf dem Herzen haben, als ich wissen kann. Es ist im wesentlichen

Ihre Diskussion mit Ihrer "Dienstherrin" über die Möglichkeiten der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein. Niemand wird ihr guten Willen einreden müssen. Der ist da.

In Abwandlung eines dritten Sprichworts: "Die Ehe ist (zwar) ein Hafen im Sturm, aber oft auch ein Sturm im Hafen", läßt sich Schule als ein Hafen verstehen, in dem es oft genug stürmt. Der Hafenmeister sollte in die Lage versetzt sein, Sturmschäden zu begegnen und sie auch ausbessern zu können. Das erst macht ihn fit für einen funktionsfähigen Hafen - pardon: eine gute Schule.

Grußworte der Parteien

Grußwort von Sabine Schröder, MdL bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

- die schulpolitischen Debatten des Jahres 1998 wurden nahezu vollständig von der Neufassung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes beherrscht. Diese Novellierung hat für die interne Organisation der Schule und damit auch für die Schulleitungen einiges Neue gebracht und damit auch die Schulleitungen sowohl in ihrer Leitungsfunktion als auch in ihrer Moderatorenrolle vor neue Herausforderungen gestellt.

Es ist noch viel zu früh, um die Erfahrungen mit der neuen Leitungsstruktur bereits umfassend auswerten und bewerten zu können. Doch wage ich heute bereits die Prognose, dass viele Befürchtungen, die während der Debatte um die Novellierung laut geworden sind, sich nicht bewahrheitet haben und auch in Zukunft nicht bewahrheiten werden.

Ich kann auch nur davor warnen, in jeder neuen Herausforderung immer nur die Gefährdung des in der Vergangenheit Erreichten zu sehen oder Verschlechterungen für die eigenen Arbeitsbedingungen zu antizipieren. Vielmehr liegen in Neuerungen, die mit mehr Eigenverantwortung und zugleich mit mehr Mitbestimmung verbunden sind, für alle Beteiligten große Chancen, zu einem Konsens darüber zu finden, wie sich die Schule zu Beginn des neuen Jahrtausends gestalten muss. Sie haben daran entscheidend mitgewirkt.

Die wirklichen Herausforderungen kommen auf Sie als Schulleiter, auf alle Lehrerinnen und Lehrer, auf die Schüler und auf die Eltern nicht in erster Linie durch Änderungen von Schulgesetzen oder Lehrplänen zu. Diese Änderungen versuchen ja nur, den tiefgreifenden Wandlungsprozessen innerhalb unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Pädagogische Arbeit ist heute sicher schwieriger und verantwortungsvoller, als sie es noch vor einer Generation war. Es ist weitgehend unstrittig, auch zwischen den Parteien, dass die Schulen heute mehr als nur Wissensvermittlung und Qualifikation zu leisten haben; sie müssen sich vielmehr als Lebensmittelpunkt vieler Schülerinnen und Schüler beweisen, deren andere Lebensumfelder, in erster Linie die Familien, ihren ursprünglichen Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Dies gilt in erster Linie – aber nicht nur – für die Hauptschulen.

Es muss künftig sehr viel stärker als bisher bereits in der grundständigen Lehrerbildung, aber auch im Referendariat und in der Fortbildung Wert darauf gelegt werden, die sozialpädagogische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer zu verstärken. Die Pädagogen müssen dazu befähigt werden, Legasthenie ebenso rechtzeitig zu diagnostizieren wie sie in der Lage sein müssen, die Unterforderung von Kindern mit besonders hohen Begabungen zu erkennen und ihr gegenzusteuern. Ebenso muss es an jeder Schule nicht nur einen, sondern mehrere Lehrerinnen oder Lehrer geben, die Erfahrungen auf dem Gebiet der Gewaltprävention haben. Wir leben nicht in den USA; Amokläufe und Schießereien auf den Schulhöfen hat es in dem erschreckenden Ausmaß, wie wir es in den letzten Monaten aus den Nachrichten hinsichtlich der USA zur Kenntnis nehmen mußten, bei uns noch nicht gegeben. Dennoch sind Gewalt unter Schülern und Mobbing, nicht nur aber auch unter Schülern, ein verbreitetes Phänomen.

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung und die Reduzierung des Unterrichtsausfalls auf - wie in jedem Bereich der Verwaltung oder der Wirtschaft unvermeidbare Prozentsätze - bleibt Aufgabe aller Beteiligten, der politisch Verantwortlichen, der Schulaufsicht, der Schulleitung, aller Lehrerinnen und Lehrer.

Das Land leistet dabei einen großen Beitrag: Unter Einschluss des jetzt anstehenden Landeshaushaltes für das Jahr 2000 wird das Land in der jetzt auslaufenden Legislaturperiode 450 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen haben und alle frei werdenden Stellen wieder besetzt haben. Für die kommenden 5-jährige Legislaturperiode sind weitere 800 Stellen zugesagt. Gemessen an der geringen Größe unseres Landes bewegt sich Schleswig-Holstein damit an der Spitze aller Bundesländer.

Ich begrüße es dabei besonders, dass von den 200 Stellen, die wir für das Schuljahr 2000/01 einrichten werden, 70 Stellen an die Grund- und Hauptschulen und 65 Stellen an die Sonderschulen gehen sollen.

Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen die Stundengebermittel erheblich erhöht. Es bleibt nun Aufgabe der Schulleitungen, in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und dem Ministerium dafür zu sorgen, dass diese Mittel auch tatsächlich abgerufen werden. Wir bekommen immer wieder Hinweise von Eltern, dass es leider auch Schulleitungen gibt, die diese Aufgabe nicht mit dem genügenden Nachdruck wahrnehmen. Dies sind sicher Einzelfälle und nicht repräsentativ für den Einsatz, den die Leiterinnen und Leiter der rund 1.050 Schulen in unserem Land tagtäglich erbringen.

Es gibt – wie könnte dies anders sein? – eine Diskrepanz zwischen den wachsenden Aufgaben der Schulleitungen und dem Abbau der Ausgleichsstunden, die das Land im Zusammenhang mit dem Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung (KLAUS) vornehmen musste. Bei dieser Diskrepanz wird es auch vorerst bleiben müssen. Niemand wird angesichts der weiterhin stark anwachsenden Schülerzahlen versprechen können, in absehbarer Zeit einen neuen Pool für Ausgleichsstunden zu schaffen. Die Chance auf Entlastung im Stundendeputat kann sich nur in der mittleren Zukunft ergeben, wenn die Schülerzahlen wieder sinken.

Wir warten auf die Ergebnisse der Arbeitszeitkommission des Ministeriums sowie auf den Verlauf der Modellversuche für die Einrichtung von Schulassistenten, die die Pädagogen von Verwaltungstätigkeiten entlasten sollen.

Was ich Ihnen aber versprechen kann, ist, dass ich, meine Fraktion und meine Partei den leider immer noch verbreiteten Stammtischvorurteilen von den Lehrern und damit auch den Schulleitern entgegentreten, die angeblich vier Monate im Jahr Ferien haben und in der restlichen Zeit nur Halbtagsarbeit leisten. Egal, aus welcher Richtung solche Ausfälligkeiten kommen, wir können und dürfen sie nicht durchgehen lassen. Die Arbeitsbelastung der Lehrer ist hoch, auch dann, wenn man die unterrichtsfreie Zeit gegenrechnet; das haben alle Arbeitszeituntersuchungen immer gezeigt. Das im internationalen Vergleich hohe Einkommensniveau unserer Lehrerinnen und Lehrer und der gesicherte Arbeitsplatz sind dafür eine gewisse Kompensation, aber keine vollständige.

Ich begrüße es daher außerordentlich, dass die Bildungsministerin vor einigen Monaten mit einer Öffentlichkeitskampagne begonnen hat, die dazu beitragen soll, das öffentliche Image der Pädagogen ins richtige Licht zu rücken. In diesem Sinne möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen allen für Ihre Arbeit im vergangenen Jahr herzlich bedanken und Ihnen für das kommende Jahr alles Gute wünschen. Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein wird in der SPD-Landtagsfraktion immer einen verlässlichen Ansprechpartner finden.

Grußwort von Monika Obieray, Vorstandssprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Schulleiterinnen und
Schulleiter, liebe Gäste,

bevor ich auf die bildungspolitischen
Vorstellungen von Bündnis 90/Die
Grünen für die kommenden Jahre ein-
gehe, möchte ich Ihnen ganz knapp
darstellen, wie wir die Situation für
Schulleitung heute sehen.

Sie alle haben es tagtäglich mit den
Kindern der Hightech-Welt zu tun; die
sind je nach häuslichem Hintergrund
schnell und sprunghaft wie ein Mouse-
Klick, aggressiv wie ihre Computer-
spiele, träge vom Fernsehkonsum oder
frech wie die Talkshows. Und alle for-
dern geballte Aufmerksamkeit und Zu-
wendung.

Sie haben es mit Eltern zu tun, die
häufig so wenig Zeit haben wie ihre
Kinder, die mit den Anforderungen der
Leistungsgesellschaft selbst kaum fer-
tig werden, aber von den Lehrkräften
vollen Einsatz und Hilfe bei allen Er-
ziehungsproblemen erwarten.

Sie haben es mit Kollegien zu tun, de-
ren Altersdurchschnitt oft von dem der
Eltern weit nach oben abweicht; mit
KollegInnen, die müde und reformun-
willig sind nach den vielen Reformen,
die sie schon hinter sich haben; oder
auch mit Kollegien, in denen Jung und
Alt hart aufeinanderprallen und päd-
agogische und didaktische Vorstellun-
gen weit auseinanderklaffen.

Sie haben es mit einer Schulverwal-
tung zu tun, die Ihnen schon viele Op-
fer abverlangt hat, und mit einer Ar-
beitswelt, in der Lehrkräfte immer noch
als „faule Säcke“ angesehen werden,
die die Schülerschaft unzureichend auf
das Arbeitsleben vorbereiten.

Es gibt Leute, die reden in diesem
Kontext von einer „Herausforderung“
für die Schulleitungen und von der
Aufgabe, den „Betrieb Schule“ zu op-

timieren und den „Output“ zu verbes-
sern.

Das ist nicht unsere Auffassung von
Schule. Schule ist kein Wirtschaftsbe-
trieb und SchülerInnen sind keine
„Produkte“. Schule ist kein Zulieferbe-
trieb für die Wirtschaft.

Welche Vorstellungen haben Bündnis
90/Die Grünen von Schule und Schul-
leitung heute?

Wir glauben, daß Schule heute Lern-
und Lebensort sein muß. Schule muß
einerseits den Anforderungen der Lei-
stungsgesellschaft gerecht werden, sie
muß SchülerInnen besser auf die Ar-
beitswelt vorbereiten, sie muß stärker
fordern.

Aber Schule muß auch der Tatsache
Rechnung tragen, daß es die klassi-
sche „Normalfamilie“ immer weniger
gibt, daß Kinder heute mit viel mehr
Unsicherheit und Veränderung kon-
frontiert sind und auch daß Kinder ei-
ner Klasse heute bedeuten kann: Kin-
der von Kasachstan bis Portugal.

Deshalb muß Schule genau so viel
fördern, sie muß integrieren, unter-
schiedlichen Fähigkeiten gerecht wer-
den und zu sozialem und kommunika-
tivem Verhalten erziehen.

Das ist eine ungeheuer große **Bela-
stung** für Schulleitung und Kollegium.
Und es ist eine der wichtigsten Aufga-
ben, die geleistet werden müssen, da-
mit unsere Gesellschaft zukunftsfähig
wird.

Was kann Politik tun?

Für jede Schule 5 zusätzliche Lehr-
kräfte und 10 Poolstunden mehr – das
würde ich Ihnen gern versprechen.
Das wäre aber unerfüllbare Wahl-
kampf- Rhetorik, und Sie würden es
mir sowieso nicht glauben. Es gibt kei-
ne einzige Partei, die zur Zeit mehr

verspricht als 1000 LehrerInnenstellen für die nächsten 5 Jahre. Das reicht gerade, um den notwendigsten Bedarf zu decken. Mehr kann aber auch unter den gegenwärtigen finanziellen Zwängen nicht versprochen werden.

Aber es gibt trotzdem viel zu tun.

Was Schulen heute am dringendsten brauchen ist: Ruhe. Wir brauchen keine Reform der Reform, es gibt auch schon zu viele Erlasse und Richtlinien. Schulen brauchen jetzt einfach Zeit, um die neuen Möglichkeiten des Schulgesetzes, um die Schulautonomie auszuprobieren und mit Leben zu erfüllen.

Schulleitungen und Schulkonferenzen mit Drittelparität müssen miteinander umgehen lernen. Schulprofile müssen erarbeitet oder zumindest diskutiert und schriftlich niedergelegt werden.

Schulen sind gefordert, sich ihrer Umgebung stärker zu öffnen. Sie sollen mit der Wirtschaft, den Jugendhilfeträgern, „Runden Tischen“ und Vereinen aller Art stärker zusammenarbeiten.

Sie denken über Ganztagesbetrieb und alle damit verbundenen Konsequenzen nach.

Das alles reicht schon für eine ganze Legislaturperiode.

Unserer Meinung nach **muß Politik helfen und unterstützen**. Und das kann sie auch angesichts knapper Kassen tun.

Wir können **Moderation** bereitstellen und damit Schulen helfen, ihr Schulprofil zu gestalten und Autonomie zu nutzen. Das geschieht jetzt schon mit Erfolg und muß in den nächsten Jahren intensiv fortgesetzt werden. Dabei müssen zukünftig auch Eltern und SchülerInnen einbezogen werden, da-

mit sie ihrer gestiegenen Verantwortung gerecht werden können.

Wir können die **LehrerInnenausbildung** den neuen Anforderungen besser anpassen. Das wird Schulleitung mittelfristig entlasten.

Wir können einen intensiven **Dialog mit der Wirtschaft** führen, um Kooperationsmöglichkeiten zu fördern und Defizite abzubauen.

Wir können **Schulleitungen besser vorbereiten**, indem wir ihnen gezielte Fortbildung und regelmäßige Unterstützung anbieten. Das haben wir schon eingeleitet. Wir wollen aber die Fortbildung in Kooperation mit den Schulleitungen verbessern und weiterentwickeln. Wir sind nicht der Meinung, daß SchulleiterInnen zu „Managern“ umfunktioniert werden müssen. Damit würden sie ihrer pädagogischen und gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht. Aber sie brauchen mehr betriebswirtschaftliche Kenntnisse als bisher. Sie müssen in die Lage versetzt werden, mit den Schulträgern, mit Bauämtern oder Handwerkern kompetent zu verhandeln. Sie müssen mit dem Schulbudget „jonglieren“ können, „Sponsoring“ betreiben und mittelfristig auch selbständig Personalentscheidungen treffen.

Das sieht nicht nach Viel aus, aber es ist viel, wenn es richtig gemacht wird. Wir glauben, daß dies der Weg für die Schulen und die Schulleitung der Zukunft ist. Wir fordern viel Arbeit, aber wir wissen und sagen auch, daß es ohne gute Schule keine Zukunft für unsere Kinder gibt. Und wir möchten diesen Weg gern gemeinsam mit Ihnen gehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Position des SSW zu Aufgaben und Rahmenbedingungen von Schulleitungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedaure, an Ihrem Kongress nicht teilnehmen zu können, weil ich verreist bin. Nicht ver-säumen möchte ich jedoch, Ihnen zumindest die Positionen des SSW zu den Aufgaben und Rahmenbedingungen von Schulleitungen zuzusenden.

Schulleiterinnen und Schulleiter fühlen sich in den oft spannungsreichen Konstellationen zwischen den Interessen von Gesellschaft, Politik, Eltern, Lehrenden und Lernenden nicht selten wie eine Mischung aus „Prügelknabe“ und „Mädchen für alles“. Sie sollen zugleich für Pädagogik und Verwaltung ihrer Schulen verantwortlich sein und ausserdem auch Unterricht erteilen. Das ist sehr viel und erfordert große Vielseitigkeit, menschliches Einfühlungsvermögen und Dynamik.

Der SSW begrüßt, dass der Schulleiterverband Schleswig-Holstein den diesjährigen Schulleiter-Kongress unter das Motto „fit für gute Schule“ gestellt hat. Eine gute Schule, die Zeit und Platz für die unterschiedlichen Ansprüche der in ihr lernenden und lehrenden Menschen hat, ist sicher das Ziel von uns allen. Wie diese Ziel erreicht werden soll, und wie man „fit“ für gute Schule wird, darüber gibt es viele Meinungen.

Für den SSW steht fest, dass die vielfältigen Aufgaben, die in den kommenden Jahren verstärkt auf Schulleitung zukommen werden, nur zu bewältigen sind, wenn die Rahmenbedingungen für die Erfüllung von Leitungsaufgaben geändert werden. Mit anderen Worten:

Schulleitung kann nur funktionieren, wenn dafür mehr Zeit zur Verfügung gestellt wird. Wir meinen damit auch, dass der seit Beginn des Schuljahres gültige Ausgleichstundenerlass für Schulleitung überdacht werden muss. Nicht in Frage kommt dabei aus unserer Sicht, Schulleiter und Schulleiterinnen gänzlich vom Unterricht zu befreien. Der direkte Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern ist die Voraussetzung dafür, dass die „Bodenhaftigkeit“ von Entscheidungen gewahrt bleibt.

Schulleitung wird in den kommenden Jahren immer mehr eine Aufgabe sein, die nur in einem Leitungs-Team gelöst werden kann, darauf deuten alle Erfahrungen hin. Auch dafür müssen aus der Sicht des SSW die Rahmenbedingungen geschaffen werden, z.B. bei der Bereitstellung von einem breiten Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten.

Dem SSW ist es weiterhin wichtig, dass Schulleitung von reinen Verwaltungstätigkeiten entlastet wird. Wir haben daher auch der Einführung von „Schulassistenten“ im Landtag zugestimmt. Leider hapert es an der Umsetzung dieses Beschlusses. Wir fordern daher, dass der Modellversuch in die Wege geleitet wird, damit wir in Sachen „Modernisierung der Schulverwaltung“ weiter kommen.

Chancengleichheit für alle muss das Ziel einer zukunftsweisenden Bildungspolitik sein. Das heißt für den SSW auch die Forderung nach einer ungeteilten Schule nach nordischem Vorbild. Dabei unterstützen wir jeden Schritt, der in diese Richtung führt.

Auf Schulleitung übertragen bedeutet dies, dass der SSW grundsätzlich für mehr Autonomie der einzelnen Schulen eintritt. Nur so werden Schulleiterinnen und Schulleiter in die Lage versetzt, Personalplanung für ihre Schulen effizient durchführen zu können. Damit meinen wir auch, dass dem Bildungsministerium künftig verstärkt die Rolle eines Dienstleistungsorgans für die Schulen zukommen wird. Wir begrüßen, dass erste Schritte in diese Richtung vorgenommen worden sind.

Mit dezentralem Finanzspielraum und mehr Entscheidungskompetenz vor Ort, können aus unserer Sicht die besten Lösungen in Einzelfragen gefunden werden. Dafür ist auch entscheidend, dass Grundsatzfragen in allen schulischen Angelegenheiten in enger Zusammenarbeit zwischen Ministerium, Schulleitung, Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern beraten und beschlossen werden.

Grußwort von Jost de Jager, MdL bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Sehr geehrter Herr Doppke,
Frau Ministerin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf mich zunächst namens der CDU-Fraktion für die freundliche Einladung zu Ihrem Kongress und für die Gelegenheit zu einem Grußwort bedanken. Es ist ein schöner Anlass, über die guten Kontakte mit dem Vorstand hinaus, Ihnen als Verband insgesamt einige Positionen der CDU-Fraktion darzulegen und auf das Motto Ihres heutigen Kongresses einzugehen.

Der Schulleiterverband hat in der Vergangenheit bewiesen, dass er ein gutes "Händchen" für schulpolitische Mottos hat. Ein anderes Motto von Ihnen, "Zeit für gute Schule", ist ja in Abwandlungen und Variationen nicht nur Gegenstand einer Imagekampagne gewesen, sondern auch einer Landtagsdebatte, was letztlich zum Nachdruck dieser Debatte in Ihrer Verbandszeitschrift geführt hat.

Ihren diesjährigen Kongress stellen Sie unter das Leitthema "Fit für gute Schule". Ich meine, dass für gute Schule mindestens drei Beteiligte auch wirklich fit sein müssen. Erstens sind es die Lehrkräfte und die Schulleiterinnen und Schulleiter, zweitens sind es die Schulen selbst und zum dritten ist es die Politik, die nicht minder fit sein muss als die beiden anderen.

Zum Ersten; den Lehrkräften und den Schulleiterinnen und Schulleitern. Mit Interesse habe ich dem Programm entnommen, dass auf dem Markt der Möglichkeiten unter anderem Informationen zur Entspannung und Gesundheit von Schulleiterinnen und Schulleitern angeboten worden sind. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Die Notwendigkeit solcher Angebote mag, ungewollt oder gewollt, ein Spiegel der Schulwirklichkeit in vielen Schulen sein. Denn in der Tat: Die Grenze der Belastbarkeit für die Lehrerinnen und Lehrer genauso wie für die Schulleiterinnen und Schulleiter ist erreicht, oft überschritten. Und diese Grenze der Belastbarkeit ziehe ich nicht in erster Linie in

dem Verhältnis zwischen den Schülern und den Lehrern, sondern in dem Verhältnis zwischen den Schulen und dem Land. Es darf nicht so weitergehen, dass den Schulen immer mehr Aufgaben aufgetragen werden, ohne dass sie von ihren zeitlichen Möglichkeiten her auch in die Lage versetzt werden, diese zusätzlichen Aufgaben wirklich erfüllen zu können. Darin liegt meines Erachtens das Kernproblem der vielbeschworenen Schulautonomie und anderer schulpolitischen Entscheidungen: die Lehr- und Leitungskräfte in den Schulen vor Ort müssen mit immer weniger Zeit immer mehr leisten. Jüngstes Beispiel dafür ist das von der Landesregierung gewählte Verbeamtungsmodell. Es sieht, wie Sie als Schulleiter nur zu genau wissen, die erneute Beurteilung einer Lehrkraft als Voraussetzung für die Verbeamtung vor. Diese Beurteilung müssen Sie, meine Damen und Herren, vornehmen. Wir hätten es Ihnen erspart, denn wir sind der Auffassung, dass jemand, der nach dem zweiten Examen in den Schuldienst aufgenommen wurde, offenkundig für den Schuldienst und damit für die Verbeamtung geeignet ist, denn wäre er es nicht, hätte man ihn von vornherein gar nicht in den Schuldienst aufnehmen dürfen.

2. Sind die Schulen fit für gute Schule? Wie Sie wissen, hat die CDU-Landtagsfraktion zusammen mit dem Spitzenkandidaten zu Beginn des laufenden Schuljahres unsere schulpolitischen Leitlinien für das Jahr 2000 und danach vorgestellt. Wir glauben, dass unser Maßnahmenkatalog in der Tat dazu geeignet ist, die Schulen für die Herausforderungen der kommenden Jahre fit zu machen. Ich möchte Ihnen die Auflistung der einzelnen Punkte für die jeweiligen Schularten, nicht zuletzt aus Zeitgründen, ersparen. Ich möchte vielmehr nur noch einmal betonen, dass wir in der Schärfung der einzelnen Schulartprofile – sprich in der weiteren Differenzierung der einzelnen Schularten – immer noch das am besten geeignete Mittel sehen, Schüler und Schulen für die Zukunft fit zu machen. Wir glauben auch

weiterhin, dass guter Unterricht und eine gute Unterrichtsversorgung das wesentliche Charakteristikum für gute Schule sind und sein werden. Insofern habe ich mir in der bereits erwähnten Landtagsdebatte erlaubt, Ihr Motto vom Vorjahr abzuwandeln in "Mehr Zeit für guten Unterricht". Denn wir wollen mit dem 1000-Lehrer-Programm, das wir für die kommende Legislaturperiode angekündigt haben, die Unterrichtsgrundversorgung und damit die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für guten Unterricht sichern. Gute Schule besteht natürlich nicht allein aus Unterricht. Sie beinhaltet immer auch das Extra

an Engagement und den Einsatz, den Lehrkräfte über den Lehrplan hinaus leisten. Dieses Extra kommt aber nur bei Motivation zustande. Womit wir wieder bei Punkt 1 wären oder bei Punkt 3.

3. Auch die Politik muss fit für gute Schule sein. Dazu gehören unsere Vorschläge, die wir gemacht haben, dazu gehört aber ein ganz wesentlicher Faktor: Wir wollen ein neues Vertrauen zwischen Lehrern und Landesregierung wieder herstellen und dazu gehört weiterhin die gute Zusammenarbeit mit denen, die in und für die Schulen Verantwortung tragen.

Grußwort von Dr. Ekkehard Klug, MdL bildungspolitischer Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit, Ihnen heute einige Überlegungen zum Thema „Aufgaben und Rahmenbedingungen für Schulleitungen“ vortragen zu können. Angesichts der gebotenen Kürze eines Grußwortes kann dabei manches natürlich nur im „Telegrammstil“ angesprochen werden.

Ausgangspunkt ist für mich die Feststellung, dass die Tätigkeit des Schulleiters bzw. der Schulleiterin ein **eigener Beruf** ist. Auch wenn jeder Schulleiter aus dem Lehrerberuf hervorgeht und aus dieser Berufserfahrung heraus in seine neue Funktion wechselt, handelt es sich dabei doch um einen neuen Beruf eigener Art: nämlich die Wahrnehmung einer pädagogischen und administrativen Leitungsfunktion.

Ich sehe den Schulleiter also nicht - wie es die Landesregierung einmal in einer Antwort auf eine meiner Anfragen formuliert hat - als einen „Moderator“ zwischen den am Schulleben beteiligten Gruppen an. Er hat vielmehr eine Führungsaufgabe. Dass er diese im Sinne moderner Vorstellungen im Dialog mit dem Kollegium, Eltern und Schülern wahrzunehmen hat - und nicht etwa wie preußischer Rektor des letzten Jahrhunderts nach dem

Prinzip von Befehl und Gehorsam - versteht sich dabei von selbst.

Aus dieser Beschreibung der Rolle von Schulleiterinnen und Schulleitern sind meines Erachtens verschiedene Schlussfolgerungen und Forderungen abzuleiten.

1.

Für die Schulleitertätigkeit ist eine besondere Aus- und Fortbildung erforderlich. In Zukunft brauchen wir hierfür einen besonderen Haushaltsansatz, und zwar getrennt von den Mitteln für Lehrerfortbildung.

Dass letztere in den vergangenen Jahren nahezu halbiert worden sind, sei in diesem Zusammenhang nur am Rande vermerkt: Von einem dreiprozentigen Anteil an den Personalkosten, wie ihn die Landesregierung 1997 in einer Vereinbarung mit DBB, DBG und DAG als Richtgröße genannt hat, sind wir jedenfalls im Schulbereich meilenweit entfernt. Tatsächlich liegt hier der Anteil der Fortbildungsmittel bei 0,8 Promille.

2.

Die Landesregierung versieht ihre Rechenschaftsberichte seit einigen Jahren mit der Überschrift „Geschäftsbericht Schleswig-Holstein“. Bleibt man bei dem in der Wirtschaft üblichen Sprachgebrauch, so wären die Schulleiter als Ange-

hörige des „mittleren Managements“ im Schulwesen zu bezeichnen. Als solche müssen sie aber auch bei allen Entscheidungen, die das Schulwesen betreffen behandelt werden: Ihre Teilhabe am Entscheidungsprozess und die Einbeziehung ihrer Berufserfahrung sind in diesem Lande stark verbesserungsbedürftig! Es kann nicht angehen, dass Schulleiter von neuen schulpolitischen Maßnahmen erst aus der Zeitung erfahren.

3.

Für die Wahrnehmung ihrer Leitungsaufgabe brauchen Schulleiter ein angemessenes Zeitbudget. Durch KLAUS sind jedoch die Rahmenbedingungen für die Schulleitungen massiv verschlechtert worden. Andererseits sind in den letzten Jahren viele Millionen Mark durch die verfehlte Entbeamtungspolitik verschwendet worden. Nicht zuletzt wegen dieser sinnlos verlorenen Ressourcen ist es nicht denkbar, die Uhr einfach wieder zurückzudrehen.

Ich erkenne jedoch ausdrücklich an, dass Handlungsbedarf besteht, und hierzu nur in Stichworten folgende Punkte: Erweiterte Eigenverantwortung von Schulen erfordert mehr Leitungszeit. Die Schülerzahlen wachsen in den kommenden Jahren in den weiterführenden Schulen so stark, dass auch hierdurch größere Belastungen für die Schulleitungen entstehen.

Schließlich müssen wir feststellen, dass sich auch die Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung von Schulleiterstellen häufen - ich denke etwa an Beispiele aus Aumühle, St. Michaelisdonn und Itzehoe. Verbesserte zeitliche Rahmenbedingungen für die Arbeit der Schulleiterinnen und Schulleiter sind aus diesen Gründen gerechtfertigt und notwendig.

Gleichwohl kann ich Ihnen dazu wegen der finanziellen Probleme des Landes keinen „großen Schluck aus der Pulle“ versprechen. Verbesserungen in kleinen Schritten sind jedoch machbar, und zwar nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern gezielt nach Schularten und Schulgrößen, dort, wo es erkennbar am nötigsten ist.

Natürlich werden Sie fragen: Wie soll das finanziert werden. Dazu möchte ich auf folgendes hinweisen: Der Landesrech-

nungshofbericht, der heute Vormittag ein weiteres Mal im Bildungsausschuss diskutiert worden ist und den die Landesregierung so vehement attackiert hat, enthält eine bemerkenswerte Feststellung. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass die fünfjährige Vorlaufzeit im Angestelltenstatus, die die amtierende Landesregierung künftig vor einer Verbeamtung vorschreiben will, bis zum Jahre 2006 zusätzliche Kosten in Höhe von insgesamt 326 Millionen DM produzieren wird - weil die Pensionierungswelle dem Land nämlich von Jahr zu Jahr eine höhere Zahl vergleichsweise teurer Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis beschert. Diese Kostenlawine würde den Spielraum für die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte - jener 1.000 Stellen, die vorgeblich auch die amtierende Regierung schaffen will - völlig zunichte machen. Umgekehrt wären wir bei sofortiger Rückkehr zur Verbeamtung junger Lehrerinnen und Lehrer - und dies ist das Ziel der F.D.P. - sowohl in der Lage, die benötigten neuen Stellen zu finanzieren als auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Schulleiter schrittweise zu verbessern.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich in den dargestellten Fakten den eigentlich Grund für die heftigen Angriffe der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen auf den Rechnungshof sehe. Der Rechnungshofbericht hat gezeigt, wie sehr auch die neue Regierungspolitik in Sachen Lehrerbeschäftigung auf Sand gebaut worden ist, und um dies zu verdecken, werden jetzt alle möglichen Nebelkerzen abgeschossen.

4.

Zuletzt noch eine Anmerkung aus aktuellem Anlaß: Ich habe gestern eine Kleine Anfrage zu einem Vorgang aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde eingereicht, der meines Erachtens hier nicht unerwähnt bleiben darf.

Die „Kieler Nachrichten“ haben am 15. September 1999 unter der Überschrift „Eklat an der Dorfschule“ über Vorwürfe einzelner Eltern an die Adresse einer Schulleiterin berichtet. Im folgenden Zitat lasse ich die in dem Artikel genannten Namen fort. In der Zeitung wird berichtet: „Die Schulleiterin soll außerdem bei Einbrüchen in die Schule mitgewirkt haben, so mutmaßen die ... [Name eines Eltern-

paares]. Es sei seltsam, dass bei einem Diebstahl 1998 angeblich Personalakten und Wahlunterlagen für den Schulleiternbeirat aus dem Schulleiterzimmer verschwunden seien, sagte ... [Name].

Auch als im Juli 1999 ein Einbrecher in der Schule sein Unwesen trieb, habe der allein das Zimmer von Frau [Name der Schulleiterin] aufgebrochen“.

Nach meiner Kenntnis hat es zu diesen in der Presse unter Namensnennung verbreiteten schweren Anschuldigungen gegen eine Schulleiterin keine öffentliche Reaktion der unteren Schulaufsicht oder des Ministeriums gegeben. Ich meine, bei einem Vorgang dieser Art besteht in jedem Falle Handlungsbedarf: Treffen derartige Anschuldigungen zu, ist die Schulaufsicht gefordert, zu reagieren, und falls die Vorwürfe nicht haltbar sind, ge-

bietet die Fürsorgepflicht des Dienstherrn und dessen Verantwortung für die Schule gleichermaßen eine klare öffentliche Stellungnahme. Ich meine, dass Schulleiterinnen und Schulleiter in solchen Fällen mit Recht erwarten können, dass sich die Schulaufsicht schützend vor sie stellt.

Ich kann es nicht nachvollziehen, wenn sich die zuständige Schulrätin auf der öffentlichen Veranstaltung, über die der zitierte Zeitungsartikel berichtet, mit einer schriftlichen Erklärung an die Teilnehmer wendet, in der es zu den Konflikten an der Schule heißt:

„Es würde nicht dem Gesetzauftrag entsprechen, würde sich die untere oder oberste Schulaufsicht regelnd oder gar durch Weisungen an die eine oder andere Seite einmischen“.

Podiumsdiskussion

- Klaus-Ingo Marquardt -

Teilnehmer: Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave, Herr Prof. Dr. Hans-Georg Schönwälder, Michael Doppke und Herrn Dr. Riecke-Baulecke als Moderator.

Die Ministerin erinnert an ihren Besuch vom vergangenen Jahr. Die damals gemachten Versprechen wurden eingehalten. Der „Erbsenzähler-Erlass“ ist aufgehoben worden, die Bekanntgabe erging durch persönliche Schreiben und nicht über die Presse und eine Kampagne der Landesregierung gegen das schlechte Image der Schulen wurde ins Leben gerufen. Eine Befragung von Schulleitern ergab, dass fehlende Anerkennung der Arbeit durch die Schulbehörde und der Autoritätsverlust der Lehrerinnen und Lehrer als besonders belastend empfunden wird. Die bereits 22 stattgefundenen Schulbesuche sollen die Wertschätzung und Anerkennung der Ministerin unterstreichen.

Die starke Kritik aus Wirtschaft und Handwerk - vor allem an der Hauptschule - wird als überzogen zurück gewiesen.

Die besondere Belastung der Schulleiterinnen und Schulleiter wird anerkannt. In den nächsten Jahren sind 400 SL-Stellen

neu zu besetzen. Ein Personalentwicklungskonzept soll zusammen mit dem s/vsh erarbeitet werden.

Der Ausgleichsstundenerlass wird überarbeitet. Eine Arbeitsgruppe erarbeitet Lösung zum nächsten Schuljahr.

Zur Eröffnung der Diskussion bestätigt *Michael Doppke* das gute und konstruktive Gesprächsklima zwischen s/vsh und Ministerium.

Statement Prof. Schönwälder: Bleibt die Qualität gleich, wenn die Arbeit unter Zeitdruck gerät? Kann es sein, dass weniger Unterricht gleiche oder bessere Ergebnisse bringt? Ein Konzept wäre zu erarbeiten, wie man bei knapper Zeit die Qualität erhalten kann.

Dr. Riecke: Führt die Arbeit an Schulprogrammen zu Mehrarbeit?

Ministerin: Die Erarbeitung der Schulprogramme führt zu höherer Arbeitszufriedenheit und langfristig zur Entlastung.

Dr. Riecke: Ist durch Schulprogrammarbeit Entlastung zu erzielen?

Doppke (s/vsh): Durch Schwerpunktsetzung und Kappung überholter Aufgaben kann Entlastung entstehen, muss aber

nicht. Alles steht und fällt mit der Motivation der Schulleiterinnen und Schulleiter. Man braucht eben Zeit für gute Schule!

Kollegin aus dem Plenum:

Das Ministerium zerstört Motivation, indem Konrektoren nach ihrer Ernennung zwei Jahre und länger auf Bezahlung warten müssen. Andere Stellvertreter reduzieren auf eigene Kosten ihre Stundenzahl, um ihre Aufgabe erfüllen zu können.

Ministerin: Solche Dinge sind zwar ärgerlich, aber das Personalbudget gibt mehr nicht her.

Rossow (slvsh): Im Ministerium ist es aber möglich, dass jemand vom Schulrat direkt zum Ministerialrat befördert wird.

Ministerin: Über Personalangelegenheiten kann ich hier nicht reden.

Kollegin aus dem Plenum: Eine Kindergartenleiterin mit 3 Gruppen wird von der Gruppenarbeit entbunden. Mitgliedern der Schulleitung

werden immer mehr Unterrichtsstunden aufgebürdet.

Ministerin: Ich erkenne die Kritikpunkte an, kann aber keine Versprechungen machen. Auch in anderen Bereichen wird nicht sofort nach der Beförderung höhergruppiert.

Dr. Riecke: Wie wirkt sich die zunehmende Belastung in der Schule aus?

Doppke (slvsh): In der Schule ist es wichtig, Gespräche zu führen und sich um die Qualität zu kümmern. Da die Gespräche in der Regel nur vormittags stattfinden können, muss dafür auch vormittags ausreichend Zeit zur Verfügung stehen.

Eine weitere Entlastung könnte im administrativen Bereich durch die Einführung einer einheitlichen Schulsoftware herbeigeführt werden. Die Diskussion über ein Personalentwicklungskonzept muss schnellstens geführt werden, wenn die frei werdenden SL-Stellen wieder besetzt werden sollen.

Ministerin: Es gibt genügend Anwärter für SL-Stellen, sie müssen nur motiviert werden.

Dr. Riecke: In England sollen SL jährlich beurteilt werden. Die Bezahlung erfolgt dann entsprechend der Beurteilung.

Prof. Schönwälder: Die Bezahlung nach Leistung ist im Bereich der Schulen nahezu unmöglich, denn worin soll die Leistung



bestehen? Mit Vergleichsarbeiten ist das nicht herauszufinden. SL sollten Beamte bleiben. Die SL müssen ihre Kollegien motivieren, gute Arbeit zu leisten.

Dr. Riecke: Es gibt an den verschiedenen Schularten unterschiedliche Arten der Arbeitszeit. Dies führt zu einer Gerechtigkeitslücke, die geschlossen werden sollte.

Ministerin: Dieses Thema ist ein ganz heißes Eisen. Schulen sollten selbständig Modelle entwickeln, um die Arbeitszeit besser zu verteilen. Wir wollen keine englischen Verhältnisse. Die Verbesserung der Qualität sollte durch Beratung, Ausbildung und Programmarbeit an den Schulen erreicht werden.

Doppke (slvsh): Der slvsh hat ein Arbeitszeitmodell erarbeitet und vorgelegt. Es weicht sowohl vom dänischen als auch vom Hamburger Modell ab und beinhaltet die sog. **Systemzeit**. Unter Systemzeit versteht man die Zeit, die eine Lehrkraft nicht für ihre Klasse oder für sich selbst,

sondern für das System Schule aufbringt. Die Kolleginnen, die nichts für das System Schule tun, sollen mehr unterrichten.

Kollege aus dem Plenum: Ich bezweifle, dass das funktioniert. Mit Poolstunden ist ein ähnlicher Effekt zu erzielen.

Prof. Schönwälder: Ehrliche Selbstevaluation an den Schulen bringt Freizeitleer zu Tage. Diese Kollegen müssen dann richtig eingesetzt werden.

Dr. Riecke: Ich greife auf: Lasst die Schulen in Ruhe! Meine Frage an die Ministerin: Welches sind die vordringlichsten Regelungsbedürfnisse?

Ministerin: Wir beginnen mit Modellen auf freiwilliger Basis. Es gibt keine weitere Erhöhung der Arbeitszeit. Wenn die Arbeitszeit-Kommission ihre Ergebnisse vorlegt, wird es Ausschreibungen für Schulen geben. Der slvsh wird in die Umsetzung eingebunden. Es wird eine feste Arbeitsgruppe installiert.

Doppke (slvsh): Der slvsh begrüßt diese Ankündigungen. Zur Einführung von Schulassistenten: Dieses darf nicht dazu führen, dass SL noch mehr Unterricht ge-

ben müssen. Statt dessen sollten Schulsekretärinnen im Bedarfsfall zu Sachbearbeiterinnen aufgewertet werden. Wie steht es um die Zeugnisordnung?

Ministerin: Die **Halbjahreszeugnisse werden nicht abgeschafft**. Der Widerstand bei den Eltern und auch den Schulen ist zu groß. Über die Wiedereinführung der Kopfnoten ist noch nicht entschieden. Über die Einführung im Abschlusszeugnisses für Hauptschüler wird im Ministerium beraten.

Prof. Schönwälder: Wir befinden uns in einer Diskussion über die Innere Schulreform.

Dr. Riecke: Fazit dieser Diskussion: **Schule darf nicht zerredet werden. Entlastung kann auch durch Würdigung der Arbeit entstehen. Der Verlauf und die Atmosphäre der Diskussion waren ein gutes Beispiel für konstruktive Arbeit.**

Protokoll der Mitgliederversammlung

9. November 1999, 15-18 Uhr, Hotel Gutsmann, Bad Bramstedt

- Klaus-Ingo Marquardt -

Der Vorsitzende Michael Doppke eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüßt die Mitglieder. Er schlägt Uwe Koch zum Versammlungsleiter vor. Diesem Vorschlag wird einstimmig entsprochen.

1. Bericht des Vorsitzenden

Die wesentlichen Informationen werden im Laufe des Jahres über unsere Zeitung an die Mitglieder gegeben. Wichtige Aktionen des Verbandes waren:

- **Mehr Zeit für gute Schule**

Wir können mit dem Verlauf und den Ergebnissen dieser Aktion nicht zufrieden sein, werden den Slogan aber beibehalten.

- **Vorgriffsstunde**

Auch hier ist die Regelung unbefriedigend. Wir hoffen auf die Ausgleichsstundenregelung.

- **Integration**

Am Donnerstag, dem 25.11.1999, findet im Landeshaus eine bildungspolitische Podiumsdiskussion mit Staats-

sekretär Dr. Stegner und den bildungspolitischen Sprechern der Parteien statt.

- **Initiative Hauptschule**

Wir arbeiten weiter an der Stärkung der *Initiative Hauptschule*. Bei einem Wettbewerb dieser Initiative konnte die Hauptschule in Brunsbüttel einen Geldpreis von DM 10.000 gewinnen. Schulleiter dort ist unser Geschäftsführer Paul Kniebusch.

- **Zeitung**

Die Zeitung ist für die Verbandsarbeit sehr wichtig. Für die überaus zeitaufwendige Arbeit geht der Dank an Angelika Sing und Walter Rossow.

Es folgen Kassenbericht 98 und Haushaltsplanung 2000

KASSENBERICHT 1998

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Einnahmen

1. Übertrag aus 1997	
a. Kto. 188 000	7.819,35 DM
b. Kto. 690 188 000	11.304,14 DM
2. Restbeiträge 1997	1.140,00 DM
3. Beiträge 1998	49.710,00 DM
4. Werbung	10.220,00 DM
5. ASD-Rückzahlung	500,00 DM
6. Schulprogramme	400,00 DM
7. Zinsen Kto. 188 000	3,16 DM
8. Zinsen Kto. 690 188 000	675,35 DM
9. Veranstaltungen	5.908,61 DM
10. Sonstiges	940,61 DM
Summe	88.621,22 DM

Ausgaben

1. Anschaffungen	2.156,89 DM
2. Mitgliederversammlung	6.582,20 DM
3. Fortbildung	9.122,20 DM
4. Geschäftsstelle + Telefon	3.547,05 DM
a. Zeitung	19.658,24 DM
b. Schreibkraft	2.079,80 DM
c. Finanzamt	2.542,98 DM
d. Sonderveranstaltungen	16.206,89 DM
5. Vorstand - Telefon/Fax/Schulung	17.973,44 DM
6. ASD	3.024,00 DM
7. Inventar/Unterhaltung	628,85 DM
8. Sonstiges	825,00 DM
Summe	84.347,54 DM

Kontostand 188 000 zum 31.12.1998 294,19 DM

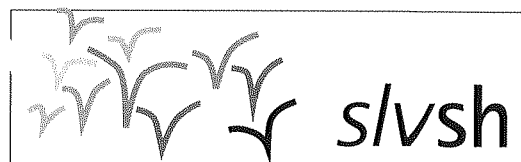
Kontostand 690 188 000 zum 31.12.1998 3.979,49 DM

GESAMTÜBERTRAG zum 01.01.1999**4.273,68 DM**

Bad Bramstedt, 20.10.1999

Hans-Peter Drosdatis
KassiererBankverbindung:
Raiffeisenbank Bad Bramstedt
Kto.-Nr. 188 000 (BLZ 200 691 30)

Haushaltsvoranschlag 2000



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V.

Einnahmen

1.	Beitrag (400 Mitglieder)	48.000,00 DM
2.	Werbung	8.000,00 DM
3.	Zinsen	1.000,00 DM
4.	Rücklagen aus 1999	11.000,00 DM

Summe	68.000,00 DM
--------------	---------------------

Ausgaben

2000	Anschaffungen	3.000,00 DM
3000	Mitglieder / Veranstaltungen	11.000,00 DM
4000	Fortbildung	6.000,00 DM
5000	Geschäftsstelle	33.000,00 DM

Zeitung
Schreibkraft
Telefon
Finanzamt

6000	Vorstand / Telefon / Fax	10.000,00 DM
7000	ASD	3.000,00 DM
8000	Inv./ Unterhaltung	1.000,00 DM
9000	Sonstiges	1.000,00 DM

Summe	68.000,00 DM
--------------	---------------------

Bad Bramstedt, 15.08.1999

Hans-Peter Drosdatis
Kassierer

Zusätzlich zu diesen Themen fanden vielfältige Gespräche im Ministerium statt. Es gab Gespräche mit den Spitzenvertretern der Parteien und dem Präsidenten der Unternehmensverbände, Herrn Driftmann.

Das Thesenpapier aus Zeitung Nr. 31 bleibt Leitschnur für die Zukunft. Die Qualität von Schule muss in den Vordergrund gestellt werden. Die Mitglieder werden gebeten, dem Vorstand ihre Meinung zu bestimmten aktuellen Entwicklungen mitzuteilen. Der Vorstand braucht Rückmeldungen.

Die Belastung der Vorstandsmitglieder ist spürbar und sollte nicht weiter gesteigert werden. Holger Arpe und Heidi Garling scheiden aus dem Vorstand aus. Der Vorsitzende dankt allen Vorstandsmitgliedern und Beratern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich für Ämter oder als Berater zur Verfügung zu stellen.

2. Bericht des Kassenwarts

Kassenwart Hans-Peter Drosdatis erläutert den vorliegenden Kassenbericht. Die gewählten Kassenprüfer konnten aus verschiedenen Gründen die Kasse nicht prüfen, so dass der vorjährige Kassenprüfer, Herr Brüchmann, noch einmal gebeten wurde. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen. Der Kassenprüfer beantragt die Entlastung des Vorstandes, dem Antrag wird einstimmig bei Enthaltung des Vorstandes entsprochen.

Uwe Koch dankt im Namen der Mitglieder allen Vorständlern für die geleistete Arbeit.

3. Haushaltsplan 2000

Hans-Peter Drosdatis stellt den Haushaltsplan vor. Die Mitglieder nehmen den Plan einstimmig an.

4. Wahlen

Walter Flach wird zum Wahlleiter vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Er erläutert die Vorschläge des Vorstands, wie sie in Heft 31 abgedruckt wurden. Es müssen lediglich zwei Beisitzer neu gewählt werden. Von den drei Kandidaten zieht Kollege Peter Franke seine Kandi-

datur zurück und erklärt sich bereit, weiter als Berater tätig zu sein.

Die Mitgliederversammlung wählt en bloc die gesamte Liste.

Zu Kassenprüfern im nächsten Jahr werden die Kollegen Franke und Lueken gewählt.

5. Anträge

Der Mitgliederbeitrag für Pensionäre wird auf DM 30,00 p.a. festgesetzt. Damit sollen die Kosten für die Zeitung und das Porto abgedeckt werden. Die MV stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

6. Verschiedenes

Kollegen bitten um Aufklärung über die Pläne des Ministeriums, die Schulleiter durch die Kollegien beurteilen zu lassen. Die Diskussion darüber wird auf die Frageunde mit Frau Dr. Köster-Bunselmeyer verschoben.

7. Frau Dr. Köster-Bunselmeyer stellt sich den Fragen der Mitglieder des s/vsh

Frage: Wie ist der Sachstand zur **Beurteilung der Schulleiter** durch die Kollegien ?

Antw.: Zu den **Modernisierungsansätzen** im öffentlichen Dienst gehört das Leitbild einer **kundenorientierten und bürgerfreundlichen Verwaltung** mit der Zielsetzung: Effektiv, kooperativ und transparent. Diese Zielsetzung ist im Wesentlichen unstrittig. Im Verwaltungsbereich finden Regelbeurteilungen statt. Instrument der Personalentwicklung ist das **Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch**, das einmal im Jahr außerhalb der Beurteilungsgespräche geführt werden soll. Ziel dieser Gespräche ist die Frage, inwieweit die Ziele der Dienststelle verwirklicht werden konnten. Die Rückmeldung durch die anonymen Fragebogen mündet in ein Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch. Vorgesetzte müssen **Kritik** ertragen können.

Für Schulen relevant: Die Prinzipien der beschriebenen Strukturverbesserungen sind auch auf Schulen anzuwenden, soweit sie

die Bedingungen in den Schulen berücksichtigen. Die Schulräte sind beauftragt, mit den Schulleitern die Bedingungen für die Umsetzung zu beraten.

s/vsh: Michael Doppke weist darauf hin, dass auch diese Umsetzung wieder Zeit erfordert, die den Schulleitern fortwährend genommen wird.

Antw.: Die Ministerin sucht nach Möglichkeiten, den Schulleitern mehr Zeit zur Verfügung zu stellen. Für das Haushaltsjahr 2000 ist aber nichts eingeplant. **Trotzdem sollen die Personalressourcen gepflegt werden.** Das Land Niedersachsen hat den Schulleitern die Beurteilungsaufgabe übertragen. Schleswig-Holstein hat dies teilweise eingeführt und prüft, in wie weit dies vorangetrieben werden kann. Die Ausführungsbestimmungen für die Schulen werden alle Vorschläge berücksichtigen. Das Ministerium prüft, ob Fortbildung für Schulleiter durch das IPTS verstärkt werden kann (unter Reduzierung anderer Fortbildungsangebote). **Pflege der Ressourcen bedeutet nicht, dass die Arbeit weniger wird, sondern dass effektiver gearbeitet werden muss. Effektives Arbeiten bedeutet, dass man notfalls Aufgaben wegfallen lässt - auf gar keinen Fall aber Unterricht!**

Frage: Ist geplant, den Schulleitern Instrumente an die Hand zu geben, um die Kollegien zu effektiver, kooperativer und transparenter Arbeit zu motivieren (z.B. Verpflichtende Fortbildung, Präsenzzeiten, Disziplinarvorgesetzter)?

Antw.: Das Ministerium wendet sich dagegen, Regelbeurteilungen für Lehrer einzuführen. Es wird aber geprüft, in welcher Weise die Erreichung der nächsten Dienstaltersstufe von einer positiven Beurteilung durch den Schulleiter abhängig gemacht werden kann. Das Ministerium legt dazu im nächsten Jahr einen Entwurf vor. Im Bundesrecht ermöglicht die Beurteilung die Hemmung des Aufstiegs. Ob damit auch dis-

ziplinarrechtliche Veränderungen verbunden werden können, ist noch ungeklärt. Die unterschiedlichen Strukturen an den Gymnasien einerseits und den übrigen Schulen andererseits sind historisch gewachsen, sollen sich aber zunehmend annähern.

Frage: Der Öffentlichkeit müsste vermittelt werden, dass die zusätzlichen Belastungen der Schulleitungen durch immer neu hinzu kommende Aufgaben zwingend erfordert, die **Unterrichtsverpflichtung zu senken**. Ist geplant, im Ausgleichsstunden-erlass entsprechend zu verfahren?

Frage: Ist geplant, die **Ungleichbehandlung der verschiedenen Schularten im Hinblick auf Leitungszeit** im Ausgleichsstunden-erlass aufzuheben oder wenigstens zu mildern und anzugleichen?

Antw.: **Das große Rad wird nicht gedreht!** Bei der Neufassung des Ausgleichsstunden-erlasses ist nicht mit einer Erhöhung der Ausgleichsstunden zu rechnen.

Die Mitglieder äußern deutlich ihr Missfallen über diese Ankündigung, widerspricht sie doch entschieden den Äußerungen, die die Ministerin anlässlich des Kongresses am 7. November 1999 gemacht hat.

Auf Nachfrage, ob Frau Dr. Köster-Bunselmeyer das Hamburger Modell zur Arbeitszeit von Schulleitern bekannt sei, muss sie eingestehen, dieses nicht zu kennen.

Im Hamburger Modell werden die Schulleiter aller Schularten auf 24 Stunden Unterrichtsverpflichtung gesetzt. Das bedeutet besonders für Schulleiter kleiner Schulen eine deutliche Entlastung.

Es ist leichter, Schulleitungen zu benachteiligen, als an die Besitzstände anderer heranzugehen. Ob auf diese Weise der Nachwuchsbedarf der nächsten Jahre gedeckt werden kann, darf getrost bezweifelt werden.

Frage: Ist geplant, einen **festen jährlichen Zeitpunkt für die Beurteilungen** zur Verbeamtung festzulegen?

Antw.: Dafür gibt es keine Pläne.

Frage: Die Erlasse zur Schulautonomie und zum Schulprogramm waren in den Schulen nahezu unstrittig. Das war auch darauf zurückzuführen, dass diese **Erlasse rechtzeitig** mit den Betroffenen **beraten** wurden. Ist geplant, auch zukünftige Veränderungen rechtzeitig mit den Betroffenen zu erörtern?

Antw.: Die im Ministerium mit diesem Thema befassten Mitarbeiter werden über diesen Wunsch unterrichtet!

Frage: Müssen **Regelungen** immer wieder **neu erfunden** werden, wenn in anderen Bundesländern bereits Erfahrungen damit vorliegen?

Antw.: Die Erfahrung zeigt, dass in den meisten Fällen die Rahmenbedingungen so unterschiedlich sind, dass eine Übernahme nicht möglich ist.

Frage: Der s/vsh hat auf eine Anfrage vom April bis heute **keine Antwort** erhalten. Obwohl dieser Tatbestand auch in der Zeitung veröffentlicht wurde, ist bis heute keine Reaktion erfolgt.

Antw.: Von einem solchen Schreiben ist mir nichts bekannt.

In seinem Schlusswort dankt Michael Doppke Frau Dr. Köster-Bunselmeyer für ihr Erscheinen und erklärt noch einmal deutlich:

Bei der Neufassung des Ausgleichs-stundenerlasses geht es nicht darum, anderen etwas wegzunehmen, sondern die vorhandenen Ressourcen sinnvoll zu nutzen.

Dabei sollte der Begriff Ausgleichs-stunden durch Leitungszeit ersetzt werden

I n t e g r a t i o n - A n s p r u c h u n d W i r k l i c h k e i t

Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Pädagogik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen in Schleswig-Holstein

- Nora Siegmund, s/vsh & Angela Ehlers, vds -

Gemeinsames bildungspolitisches Grundlagenpapier des vds-Fachverbandes für Behindertenpädagogik, Landesverband Schleswig-Holstein, und des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband deutscher Hörgeschädigtenpädagogen - Landesverband Schleswig-Holstein, dem Verband der Blinden- und Sehbehindertenpädagogen - Landesverband Schleswig-Holstein, der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik - Landesverband Schleswig-Holstein, zur Diskussionsrunde am 25. November 1999 ab 17.00 Uhr im Landeshaus in Kiel.

1. Recht auf Bildung

Gemäß der Salamanca-Erklärung der UNESCO vom Juni 1994 ist die Sonderpädagogik als Teil des Gesamtsystems Bildung in Schleswig-Holstein zu erhalten und entsprechend den in Wandlung begriffenen gesellschaftlichen Bedingungen weiterzuentwickeln.

Sonderpädagogische Leistungen sind über unterschiedlichste Organisationsstrukturen auf den Bedarf der Menschen mit besonderen Bedürfnissen abzustimmen.

Zur Erfüllung dieses Auftrages sind die im folgenden genannten Voraussetzungen durch den Gesetzgeber zu gewährleisten:

1.1 Allgemeine Bedingungen für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen

Kinder und Jugendliche mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen haben einen Anspruch auf kontinuierliche sonderpädagogische Unterstützung und Begleitung in allen Erziehungs- und Bildungsprozessen. Dazu gehört eine begleitende pädagogische Diagnostik und regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung von individuellen Bildungs- und Erziehungsplänen (IBEP) ebenso wie die gewissenhafte, regelmäßige Auswahl und Neubewertung des günstigsten Förderortes und

Fördersettings für jede Schülerin und jeden Schüler mit speziellem Förderbedarf in einem oder mehreren Förderschwerpunkten.

2.1 Feststellung der individuellen pädagogischen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen

Die Ermittlung, Realisierung und kontinuierliche Evaluation der besonderen pädagogischen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, wie sie für die unterschiedlichen Bildungsphasen im folgenden dargestellt werden, gelten für alle durch die KMK-Empfehlungen festgelegten Förderschwerpunkte gleichermaßen.

2.1.1 Vorschulischer Bereich

Mit der Zusammenarbeit von vorschulischen Einrichtungen und Schulen ist bereits frühzeitig im Elementarbereich zu beginnen. Durch regelmäßige Gespräche über Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen unter Beteiligung der Eltern und der zuständigen Dienste wird auf der Basis gemeinsam erstellter Förderpläne, die auch sonderpädagogische Möglichkeiten und Therapiemaßnahmen einbeziehen, der Schulbesuch vorbereitet. Gemeinsame Konferenzen vorschulischer und schulischer Einrichtungen über alle anstehenden Bildungsfragen schaffen gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Schwerpunktsetzungen.

2.1.2 Einschulungsphase

Die Lehrkräfte des sonderpädagogischen Förderzentrums sind vor Beginn der Vollzeitschulpflicht zur Entscheidungsfindung für besondere pädagogische Maßnahmen hinzuzuziehen. Auf der Basis der kontinuierlichen Fortschreibung der Förderpläne des Elementarbereichs werden die Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in Eingangsklassen durch Grund- und Sonderschullehrkräfte beschult und kontinuierlich begleitet. Herkömmliche diagnostische Verfahren sind nicht in der Lage, die Umwelt des Kindes abzubilden und können somit leicht zu Verunsicherungen von Kindern und Eltern führen. Regelmäßige Besprechungen geben die Schwerpunkte für Förderziele vor, die in individuellen Bildungs- und Erziehungsplänen festgehalten und regelmäßig -

spätestens alle zwei Jahre - evaluiert werden. Die Eltern sind einzubeziehen.

2.1.3 Begleitende sonderpädagogische Beratungen der allgemeinbildenden Schulen

Es ist Aufgabe der Sonderpädagogik, Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen und deren Lehrkräfte bei auffälligen Entwicklungsverläufen und Lernproblemen zu beraten.

Unterrichtsbeobachtung, Umfelderkundung, allgemeine und lernprozeßorientierte Diagnostik führen zu gemeinsam mit den Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen und den Kindern bzw. Jugendlichen entwickelten Teilzielen, Interventionsmaßnahmen und Zeitplänen, die eine kontinuierliche Evaluation ermöglichen. Das Ziel aller sonderpädagogischen Maßnahmen ist die Ermöglichung einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowohl im Erwerbs- als auch im privaten Bereich. Besonderer pädagogischer Förderbedarf besteht so lange, bis ein der individuellen Entwicklungsmöglichkeit angemessener Status der Selbstorganisation erreicht ist. Die nachschulischen Bildungseinrichtungen müssen finanziell so ausgestattet sein, daß sie dem Förderbedarf entsprechen können.

2.2 Organisatorische Bedingungen für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen

Für jeden Menschen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen sind die organisatorischen Bedingungen des Bildungs- und Erziehungsprozesses in allen Schulstufen, allen Übergangsbereichen in veränderte Lebensphasen (Einschulung, Wechsel in die Sekundarstufe, berufliche Bildung etc.) und an allen zur Verfügung stehenden Förderorten im Gemeinsamen Unterricht (Integration) und innerhalb der Sonderschulen genau zu prüfen und auf die individuellen Bedürfnisse anzupassen.

2.2.1 Primarstufe

Die Klassen, in denen Kinder mit besonderen, festgelegten Bildungs- und Erziehungsansprüchen gemeinsam mit Kindern ohne spezielle pädagogische Bedürfnisse unterrichtet werden, sollen nicht mehr als

20 Schülerinnen und Schüler umfassen. Dabei muß die Anzahl der Kinder ohne spezifische sonderpädagogische Bedürfnisse deutlich über der Zahl der Kinder mit speziellen Bedürfnissen liegen, um ein positives Modellernen in allen Lebensbereichen zu gewährleisten.

Bei Zusammenfassung von Kindern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen - auch unterschiedlicher Förderschwerpunkte - muß dafür gesorgt werden, daß die Lerngruppe eine ausreichende Wochenstundenanzahl sonderpädagogischer Unterstützung erhält (Bündelungsprinzip). Die Entscheidung über die Zusammensetzung der Lerngruppen im Gemeinsamen Unterricht muß an den jeweiligen Gegebenheiten orientiert und in jedem Fall gesondert ausgehandelt werden. Sie muß einvernehmlich getroffen, in einem Protokoll festgehalten und bei sich verändernden Bedingungen mit allen am Bildungsgeschehen beteiligten Personen neu verhandelt werden.

2.2.2 Klassen an Sonderschulen

Klassen bzw. Lerngruppen innerhalb der als Förderzentren arbeitenden Sonderschulen müssen erhalten und nach festgelegten Qualitätskriterien geführt werden. In ihnen werden diejenigen Kinder und Jugendlichen gebildet und erzogen, deren besonderen pädagogischen Bedürfnissen dort besser nachgekommen werden kann.

2.2.3 Sekundarstufen 1 und 2

Für die Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in der Sekundarstufe gelten die gleichen Bedingungsfaktoren und Entscheidungskriterien wie in der Primarstufe. Aufgrund der längeren Unterrichtszeiten kann allerdings eine Ausweitung sonderpädagogischer Unterstützung und Begleitung erforderlich werden. Dieser Faktor sollte bei Überlegungen zur Bündelung von Schülerinnen und Schülern mit speziellen pädagogischen Bedürfnissen berücksichtigt werden.

Auch im Bereich der Sekundarstufen muß der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne spezifische pädagogische Bedürfnisse deutlich über der Anzahl der Kinder bzw. Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegen, um positives

Modellernen zu gewährleisten. Über die Zusammensetzung der Lerngruppen wird - wie unter 2.2.1 dargestellt - vor Ort jeweils neu entschieden.

2.2.4 Übergang in die nachschulische Phase

Für alle Jugendlichen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen ist der Übergang in das Erwerbsleben langfristig vorzubereiten und eine professionelle Begleitung während der Phase der Berufsvorbereitung und der beruflichen Bildung zu gewährleisten. Die Nutzung außerschulischer Lernorte, Werkstatt-Unterricht, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und die Einbeziehung nichtschulischen Personals in die Erziehungs- und Bildungsprozesse sind unabdingbar. Bei Bedarf ist eine verlängerte Schulbesuchszeit zu ermöglichen. Jeder Schulstandort entwickelt hierfür im Rahmen eines Gesamtkonzepts individuell geeignete Curricula und Arbeitsformen.

3 Gemeinsamer Unterricht

Für gelingende Lernprozesse in integrativen Beschulungsformen aller Schularten sind je nach individuellen Bildungs-, Erziehungs-, Pflege- und Therapiebedürfnissen jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin die personellen, sächlichen und räumlichen Bedingungen zu prüfen und anzupassen.

3.1 Voraussetzungen für integrative Beschulungsformen

Die Lernprozesse des Gemeinsamen Unterrichts sind so zu organisieren, daß den unterschiedlichen Zugangsweisen und Leistungsmöglichkeiten aller Schülerinnen und Schüler der Lerngruppe Rechnung getragen wird. Neben lehrerorientierten Arbeitsformen sind geöffnete Lernangebote tragende Elemente des Gemeinsamen Unterrichts mit Kindern und Jugendlichen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen und Schülerinnen und Schülern ohne spezifische Förderbedürfnisse. Hierzu gehören eine eindeutige Handlungs- und Situationsorientierung der Bildungs- und Erziehungsangebote, variationsreiche Sozialformen wie Partner- und Gruppenarbeit, Projekte, Vorhaben, Praktika, Lehrgänge, Erkundungen, Präsentationen

tionen, das Lernen in der dafür vorbereiteten Umgebung und vieles mehr.

Die sonderpädagogischen Angebote in allen Förderschwerpunkten beziehen sich auf die begleitende Diagnostik, Beratung, auf therapeutische Elemente, auf die Bereitstellung didaktisch-methodischer Fach- und Fachrichtungskompetenzen und insbesondere von Kompetenzen der Kooperation und Teamarbeit. Für die Kooperation aller Lehr- und therapeutischen Kräfte im Gemeinsamen Unterricht sind verbindliche gemeinsame Planungszeiten innerhalb des Stundensolls unabdingbar.

Die gemeinsame Stoffplanung auf der Basis der geltenden Lehrpläne für die entsprechenden Schularten bzw. sonderpädagogischen Förderschwerpunkte und eine gemeinsame Evaluation der angestrebten Zielsetzungen sichern das Erreichen der Leistungsziele für alle Schülerinnen und Schüler mit und ohne speziellen Förderbedarf.

3.1.1 Personelle Voraussetzungen

Die organisatorische und fachliche Zuordnung der im Gemeinsamen Unterricht tätigen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen liegt stets beim zuständigen Förderzentrum.

Die unterrichtliche Tätigkeit wird u.a. begleitet durch regelmäßige Fachtagungen am Förderzentrum, Lehrerkonferenzen, Stufenbesprechungen, Fallbesprechungen, pädagogische Supervision, Einzelgespräche. Nur so kann Kompetenzerhalt und Kompetenzerweiterung in den Förderschwerpunkten und im didaktisch-methodischen Bereich gewährleistet werden.

Die Leitung des jeweiligen Förderzentrums ist federführend bei der Festlegung der Bedingungen des Gemeinsamen Unterrichts einschließlich Zeitvorgaben und Alltagsregularien.

Alle notwendigen Absprachen der Teamlehrkräfte untereinander, mit den Schulleitungen, begleitenden Diensten etc. sind in der Arbeitszeitregelung (Systemzeit) zu berücksichtigen.

Um geeignete personelle Voraussetzungen für effizienten Gemeinsamen Unterricht schaffen zu können, müssen kleine Förderzentren zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden, so daß in Zusammenarbeit mit den überregionalen

Förderzentren alle benötigten Fachrichtungen mit ausreichenden Kompetenzen vertreten sind.

Jedem Förderzentrum ist sozialpädagogische Kompetenz im erforderlichen Maß zuzuordnen, um die häufig notwendige weitere personelle Unterstützung für einzelne Kinder und Jugendliche oder für kleinere Lerngruppen zu gewährleisten.

3.1.2 Sächliche und räumliche

Voraussetzungen

Jedes Förderzentrum muß über ein geeignetes Budget verfügen, um notwendige Hilfsmittel und Therapiematerialien beschaffen zu können. Hierbei müssen sich die Schulkostenbeiträge am jeweiligen individuellen Grad des Unterstützungsbedarfs und nicht am Regelbeitrag der besuchten Schulart orientieren. Der Schulträger beschafft und das zuständige Förderzentrum verwaltet die benötigten Hilfsmittel, deren Einsatz mit allen beteiligten Personen abgestimmt wird. Beim Unterricht für kranke Schülerinnen und Schüler sorgt die jeweilige Krankenhaus-einrichtung für die erforderlichen Hilfsmittel und Räumlichkeiten.

Überregionale Förderzentren erhalten aus Landesmitteln eine materielle Zuweisung nach Bedarf, um besondere Hilfsmittel für Kinder und Jugendliche mit Körperbehinderungen und/oder Sinnesbeeinträchtigungen zur Verfügung zu stellen.

Wo für den Gemeinsamen Unterricht spezielle bauliche Maßnahmen erforderlich werden, sind diese als Einzelfall zu behandeln und mit dem Schulträger abzustimmen.

Um die o.g. Arbeits- und Sozialformen des Gemeinsamen Unterrichts realisieren zu können, sind Arbeits- und Rückzugsräume in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen.

4 Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement der zusammenwirkenden Systeme

Um Qualität und Effizienz der Pädagogik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen innerhalb der allgemein- und berufsbildenden Schulen und der Förderzentren zu gewährleisten und weiterzuentwickeln,

Über 60 Jahre OSCHMI

Bereits 1935 wurden unter dem guten Namen OSCHMI Gebrauchsmöbel für Schule und Beruf ausgeliefert.

Als einer der ersten Hersteller in Deutschland nahmen wir die heute weltweit führenden Emaill-Stahlbleche für Schreibflächen von Schul- und Planungstafeln in die Fertigung. Die rasante Entwicklung der Unterrichts- und Präsentationsmethoden fordert eine ständige Weiterentwicklung unserer Produkte.

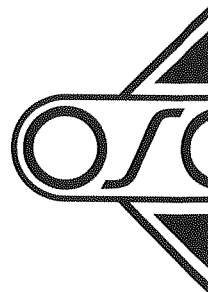
Wir stellen uns dieser Aufgabe. Unsere Konstrukteure passen unsere Tafeln, Projektionsflächen und Spezialmöbel laufend den aktuellen technischen Erfordernissen an. In Sachen Verarbeitung und Haltbarkeit gehen unsere Tafeln und Spezialmöbel weit über die gesetzlichen Garantiezeiten hinaus. Ein Beweis für solide Qualität und ausgereifte Technik.

Qualifiziertes Personal, leistungsfähige Produktionsanlagen und der Wille zur Herstellung von Qualitätserzeugnissen wird auch weiterhin unsere selbstgestellte Aufgabe sein.

Die Nähe zu unseren Kunden, deren Bedürfnissen gerecht zu werden, ist ein wesentlicher Faktor dieses Selbstverständnisses.

Wir machen fast alles möglich. Sonderanfertigungen gehören zu unseren täglichen Aufgaben, und dies stets zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Unser Team steht Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.



Qualität au



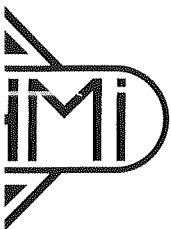
Ihr Fachhandelspartner:

Brettschneider-Lehrmittel

Von-dem-Hagen-Weg 46

24536 Neumünster

Tel. (0 43 21) 3 88 87 · Fax (0 43 21) 3 87 70



Norddeutschland

- Pylonentafeln
- Weißwandtafeln
- Wandtafeln
- Lineaturen
- Mobile Tafeln
- Schultische/ -stühle
- Sitzbänke
- Schulschränke
- Geräteschränke
- Medienarchive
- Computertische

und Vieles mehr.

Fordern Sie unseren aktuellen Katalog an!
Einfach anrufen unter:
(0 43 21) 3 88 87

sind Maßnahmen der Organisationsentwicklung sicherzustellen.

4.1 Planungssicherheit

- Jedes Förderzentrum muß ein verlässlich zugewiesenes Personalstundenkontingent für die Arbeit innerhalb der Schule und für die Förderzentrumsarbeit besitzen, mit dem Planungssicherheit für das gesamte Schuljahr gewährleistet ist.
- Zuweisungen müssen für einen mittelfristigen Zeitraum von vier Jahren pro Kreis bzw. pro kreisfreier Stadt mit einem Schwankungsbereich von +/- 10% erfolgen und sich an den jeweiligen programmatischen Schwerpunkten der Einzelschulen orientieren.
- Nach jeweils zwei Schuljahren ist die Stellenzuweisung in Zusammenhang mit den festgelegten Aufgabenschwerpunkten des jeweiligen Förderzentrums zu evaluieren.
- Die räumlichen, sächlichen und personellen Bedarfe werden für jede Schülerin und jeden Schüler individuell im IBEP (Individueller Bildungs- und Erziehungsplan) festgelegt und fortgeschrieben. Hierzu gehören auch alle benötigten Pflege- und Therapiemaßnahmen.
- Für Prävention im vorschulischen Bereich und insbesondere für den Bereich der Berufsorientierung und -hinführung und für die berufliche Bildung sind ausreichend Stunden vorzuhalten, um die in den KMK-Empfehlungen für die jeweiligen Förderschwerpunkte vorgesehenen Aufgaben erfüllen zu können.

4.2 Professionalität

- Jedes Förderzentrum muß im Rahmen der festgelegten Systemzeit (Arbeitszeit pro gesamtem Aufgabenfeld der einzelnen Lehrkraft) die Möglichkeit erhalten, schulinterne Lehrerfortbildung flexibel und je nach Bedürfnis- und aktueller Aufgabenlage anzubieten und hierfür geeignete Referenten einzuwerben. Zur Systemzeit gehören u.a. Einheiten für Planung, Beratung, Kooperation, Diagnostik und Elternarbeit. Die Berechnung der Systemzeiten richtet sich in autonomer Eigenverantwortung

nach den im Schulprogramm festgelegten Entwicklungsschwerpunkten.

- Es ist zu gewährleisten, daß die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen, die mit Lehrkräften der Förderzentren im Gemeinsamen Unterricht kooperieren, an den schulinternen Lehrerfortbildungen der Förderzentren teilnehmen können. Das gilt insbesondere auch für die Schulleitungen.
- Die Förderzentren und ihre Netzwerke müssen Begleitung und Unterstützung durch unabhängige Schulentwicklungsberater erhalten. Die Schulaufsicht wird einbezogen.

4.3 Qualitätsmanagement

- Für die pädagogische Arbeit müssen Qualitätsmaßstäbe festgelegt werden in Bezug auf
 - Individuelle Bildungs- und Erziehungspläne (IBEP),
 - Rahmenvereinbarungen im Gemeinsamen Unterricht, in kooperativen Lernsituationen, zu Bildungs- und Erziehungsansprüchen und -zielsetzungen,
 - qualifizierende Schulabschlüsse (für alle Schülerinnen und Schüler).
- Die Effizienzkriterien und Qualitätsmaßstäbe sonderpädagogischen Arbeitens werden unter Berücksichtigung von Effizienzkriterien der allgemein- und berufsbildenden Schulen, der Wirtschaft und der Forschung weiterentwickelt.
- Zum Qualitätsmanagement für jeden Schüler und jede Schülerin mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen und Ansprüchen gehört die Erstellung, Umsetzung, Evaluation und Weiterentwicklung des IBEP unter größtmöglicher Einbeziehung der eigenen Wünsche und Vorstellungen des Schülers und der Schülerin (empowerment) und unter Federführung einer jeweils festzulegenden Lehrkraft.

5. Lehrerbildung

Es muß sichergestellt werden, daß in allen Bereichen der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein die Pädagogik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und der Gemeinsame Unterricht konstitutiver Bestandteil sind.

Jeder Lehramtsstudent und jede Lehramtsstudentin muß bereits vor Beginn der II. Phase über ausreichende Erfahrungen mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen und mit Unterricht in integrativen Lernsituationen verfügen.

5.1 Im universitären Bereich

Pädagogik für Menschen mit besonderen Bedürfnissen muß integraler Bestandteil jedes Lehramtsstudienganges mit einer ausreichenden Anzahl von Semesterwochenstunden sein.

Nur bei Studienerfahrungen mit Gemeinsamen Unterricht kann gewährleistet werden, daß langfristig Pädagoginnen und Pädagogen aller Schularten über Kompetenzen der Bildung und Erziehung im Gemeinsamen Unterricht verfügen. Fragestellungen der Sonderpädagogik und des Gemeinsamen Unterrichts müssen in den Prüfungsordnungen für alle Lehreraufbahnen fest verankert sein.

Gleichzeitig sind im Bereich der Sonderpädagogik die Fachrichtungsstudiengänge einschließlich des Bildungsangebots für kranke Schülerinnen und Schüler analog zu den in den KMK-Empfehlungen festgelegten Förderschwerpunkten zu erhalten, auf den jeweiligen aktuellsten Forschungsständen weiterzuentwickeln und personell sicherzustellen.

5.2. Im Landesinstitut für Praxis und Theorie der Schule

Das Landesseminar für Sonderpädagogik ist in Schleswig-Holstein zuständig für die Ausbildung der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen aller Fachrichtungskombinationen in der II. Phase der Lehrerbildung und für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Kinder und Jugendliche mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen bilden und erziehen. Durch den Einsatz von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern an den Sonderschulen des Landes und im Gemeinsamen Unterricht an den allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie im vor- und nachschulischen Bereich wird eine kontinuierliche inhaltliche Weiterentwicklung in allen sonderpädagogischen Förderschwerpunkten maßgeblich unterstützt und gefördert.

Deshalb muß das Landesseminar für Sonderpädagogik eine langfristige Be-

standsgarantie und eine angemessene personelle und sächliche Ausstattung erhalten, um diesen Weiterentwicklungsauftrag in ausreichendem Maß erfüllen zu können.

Eine besondere Bedeutung kommt der intensiven Kooperation und Vernetzung des Landesseminars für Sonderpädagogik mit dem universitären Bereich der Sonderpädagogik zu, um Forschung und Lehre effizient und qualitätssichernd für Menschen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen nutzbar zu machen. Hierfür sind angemessene Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen.

5.2. 1 In der II. Phase der Lehrerbildung

Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen aller Fachrichtungskombinationen müssen in der II. Phase der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein in allen Sonderschularten und im Gemeinsamen Unterricht an allen allgemein- und berufsbildenden Schularten ausgebildet werden. Dabei müssen Kooperationsprozesse mit Kolleginnen und Kollegen aller Schularten und -formen während der gesamten Ausbildungszeit institutionalisiert sein.

Erziehung, Bildung und sonderpädagogische Förderung im Unterricht von Menschen mit besonderen Bedürfnissen stellt an die Ausbildung vor allem qualitativ, aber auch quantitativ hohe Anforderungen. Um ihnen in angemessener Weise entsprechen zu können, muß die II. Phase der Ausbildung für die Laufbahn der Sonderschullehrerin und des Sonderschullehrers mindestens vier Halbjahre umfassen. Während der gesamten Ausbildungszeit müssen Kooperationsseminare mit Studienreferendarinnen und -referendaren und Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern aller Schularten mit ausreichenden Zeitanteilen durchgeführt werden, um sowohl die besonderen Aufgabenstellungen der Pädagogik für Menschen mit Behinderungen als auch die Bildungs- und Erziehungsziele der allgemein- und berufsbildenden Schulen zu vermitteln und zu reflektieren. Hierzu gehören sowohl pädagogische als auch didaktisch-methodische Fragestellungen.

5.2.2 Fort- und Weiterbildung

Ein wesentlicher Auftrag des Landesseminars für Sonderpädagogik ist die Fort- und

Weiterbildung von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an allen Förderorten für Menschen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in Schleswig-Holstein. Hierzu gehören allgemeine Bildungs- und Erziehungsfragen, Fragestellungen der begleitenden pädagogischen Diagnostik, didaktisch-methodische Aufgabenstellungen und übergreifende Schwerpunkte wie z.B. die Arbeit mit modernen Kommunikationstechnologien, die Erziehung zum verantwortungsvollen Umgang mit der Freizeit und bilinguale Angebote. Ein besonderes Augenmerk wird dabei neben der Eingangsphase der Grundschule auf den Übergangsbereich ins Erwachsenen- und Berufsleben gelegt. Das Landesseminar für Sonderpädagogik macht daneben Fortbildungsangebote für Lehrkräfte aller Schularten, die Menschen

mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen im Gemeinsamen Unterricht bilden und erziehen bzw. die dieses zukünftig tun werden und sich auf diese Aufgabe vorbereiten möchten.

Besondere Bedeutung hat die gemeinsame Fortbildung von Lehrkräften aller Schularten zu einzelnen Schwerpunkten. Qualität und Effizienz sonderpädagogischen Arbeitens können auf Dauer nur sichergestellt werden, wenn die Studienleiterinnen und Studienleiter des Landesseminars für Sonderpädagogik selbst ausreichend Zeit und Unterstützung für eigene Weiterqualifizierung finden.

Um die dargestellten Aufträge erfüllen zu können, muß das Landesseminar für Sonderpädagogik langfristig personell und sächlich angemessen ausgestattet sein.

Gemeinsamer Unterricht

**von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und
Regelschüler/innen (integrative Beschulung)**

- Wolfgang Buck -

Begründung

Dieser Unterricht zielt auf die Möglichkeiten und Chancen ab, die das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit sehr unterschiedlichen Begabungen und Zugangsweisen bietet. Es ist der Grundgedanke des Kennenlernens anderer Positionen in der Auseinandersetzung mit der Welt. Neues wird jedoch dabei nicht vorrangig durch Lehrpersonen, sondern durch das gemeinsame Bemühen der Lernenden erschlossen, die sich gegenseitig Modelle anregenden Verhaltens sind.

Voraussetzungen

1. Dieser Unterricht setzt voraus, daß möglichst viele gemeinsame Lernsituationen durch die Institution Schule angeboten werden und dasselbe Thema unter verschiedenen Aspekten erschlossen wird. Unterschiedliche Wege, Zeitspannen und Zugangsweisen werden bei der Planung ebenso berücksichtigt wie verschiedene Sozialformen von der großen über die kleine Lerngruppe und Partnerarbeit bis hin zur Einzelbeschäftigung

mit unterschiedlichen Hilfen durch Lehrkräfte. Lehrerzentrierte Darbietungen (Frontalunterricht) in streng definierter Lernsituationen (Ort, Zeit, Raum) können ebenso wichtige Erfahrungen für die Lerngruppe darstellen wie offener Unterricht in vorgegebenen oder frei bestimmten Situationen (Projekte, Präsentationen, Erkundungen, Wochenpläne, Stationsunterricht usw.).

2. Die gemeinsame Auseinandersetzung mit einem Thema zielt beim „Gemeinsamen Unterricht“ immer auf das Zusammentragen und gegenseitige Vermitteln gemachter Erfahrungen und erworbener Fertigkeiten hin. Die Dynamik entsteht dabei durch die Spannung zwischen dem gemeinsamen Handeln in der Gruppe und der intensiven Auseinandersetzung des Einzelnen mit dem Gegenstand.

3. Der „Gemeinsame Unterricht“ erfordert von den Lehrkräften langfristiges Planen, das Erschließen von unterschiedlichen Lernorten, Lernmaterialien und Lernsitua-

tionen. Die neuen Lehrpläne weisen durch den Auftrag zum fächerübergreifenden Lernen mit ihren Vorschlägen die Richtung, die „Kleinarbeit“ ist jedoch am Anfang sehr kräftezehrend. Voraussetzung für ein Gelingen ist die Planung im Team. Themen und Lernziele, die durch den Lehrplan vorgegeben sind, müssen in ein Zeitraster gebracht werden (grober Stoff-

plan). Die anfallenden Arbeiten werden vom Team dann meist aufgeteilt erledigt. Das Team erörtert dann die Ergebnisse vor Beginn der Unterrichtssequenz und bereitet sie für die Lerngruppe entsprechend ihrer Erfordernisse auf. Detailab-sprachen auf der Basis von Verlaufserfol-gen (von Stunde zu Stunde) sind danach in der Regel nur kurz notwendig.

Allgemeine Vorgaben für Unterricht im Team

1. Das Team sollte sich als gleichberechtigt in Bezug auf Lehrerrolle, Elternan-sprechpartner und Schulleitung verstehen.
2. Die Verantwortung für die lehrplangemäße Leistungsentwicklung hat bei den RegelschülerInnen die Lehrkraft der Re-Schule, bei den IntegrationsschülerInnen die Lehrkraft des FÖZ. Die Planung und Durchführung des Unterrichts ist Aufgabe des Teams. (s. Teammodell)
3. Lern- und Lehrmittel, die zusätzlich für Integrationsunterricht benötigt werden, können beim FÖZ beantragt werden.
4. Leistungsbewertungen von Schülerarbeiten werden entsprechend der gültigen Vorschriften der Schulart vorgenommen, das gilt auch für die Zeugnisse. Die Zensuren werden von der jeweils zuständigen Lehrkraft erteilt und durch Unterschrift/Zeichen kenntlich gemacht. Zusätzlich zu den Textbewertungen der Leistungen für IntegrationsschülerInnen (bis einschl. Kl.6) können als „Ergänzung“ Ziffernzensuren (auch Ziffernzeugnisanlagen) erteilt werden, wenn päd. Gründe dies sinnvoll erscheinen lassen.
5. Beide Lehrkräfte nehmen ihre Verantwortung auf Pausen-, Klassen-, Fach- bzw. Schulkonferenzen und Elternversammlungen der Regelschule entsprechend wahr.
6. Regelschullehrkräfte der Integrationsklassen können an Konferenzen des FÖZ teilnehmen. Für Lehrkräfte des FÖZ ist die Teilnahme an Lehrerkonferenzen, FÖZ-Tagen und SCHILF-Tagen Pflicht.
7. Außerunterrichtliche Aktivitäten (Ausflüge, Feste, Fahrten, Elternaktivitäten usw.) werden gemeinsam und gleichberechtigt vom Team verantwortet.
8. Die Lehrkräfte des FÖZ übernehmen im Rahmen ihrer Unterrichtsverpflichtung auch Aufsicht im Regelschulbereich, jedoch müssen Belastungen, die sich wegen Fahrten zu weiteren Schulen ergeben, entsprechend berücksichtigt werden.
9. Für kurzzeitige Vertretungen planen die Teams selbst Regelungen. Für längerfri-stige Ausfälle (> 3 Wochen) wird zusammen mit dem FÖZ nach Lösungen ge-sucht. Bei Krankheit wird frühestmöglich der Teampartner/die Teampartnerin in-formiert. Daneben müssen die Schulleitungen der Regelschule und des FÖZ in-formiert werden.
10. Für Vertretungsunterricht soll das Team nur in Notfällen getrennt werden (Teams sind keine Lehrerreserven!)
11. Die für das Team vorgesehene regelmäßige Beratungsstunde ist in Stundenplä-nen auszuweisen.
12. Bei allen Problemsituationen in Integrationsklassen sollen beide Schulleitungen rechtzeitig mit zu Rate gezogen werden.

Teammodell

Vorbereitung

1. Treffen

Team

bespricht Schülerssituation der Klasse
und legt Themen in Zeitplan fest (Stoffverteilung)

Teampartner

Teampartner

sammeln Ideen, Material und erkunden außerschulische Lernsituationen

2. Treffen

Team

sichtet, strukturiert und teilt die Einzelelemente der Vorbereitung auf die Teampartner auf

Teampartner

Teampartner

führen Detailvorbereitungen bezogen auf Gesamtgruppe und Teilgruppen aus

Team

3. Treffen

überprüft Gesamtkonzept, organisiert Unterrichtsverlauf
und legt Rollen und Aufgaben fest

Durchführung

4. Treffen

Team

führt in Thema für Gesamtgruppe ein

Teampartner

Teampartner

übernehmen die abgesprochenen Aufgaben und Rollen in Gesamtgruppe bzw. Teilgruppen

5. Treffen

Team

reflektiert Verlauf, modifiziert ggf. Unterrichtsfortgang kontinuierlich und moderiert
Abschlußphase für die Gesamtgruppe

ASD-HERBSTTAGUNG '99 IN BAD SODEN - SALMÜNSTER

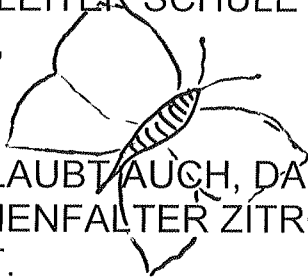
- Angelika Sing -

Vom 11.11. Bis 13.11.99 fand im Landhotel Betz in Bad Soden-Salmünster die diesjährige Herbsttagung der ASD statt, die vom hessischen Schulleiterverband in angenehmem Ambiente, in einem bequemen, hellen Tagungsraum und mit interessantem Beiprogramm und schmackhaftem Essen ausgerichtet wurde.

Von den 16 Bundesländern mit 15 Schulleiterverbänden (Bremen besitzt keinen) waren 14 vertreten - Brandenburg konnte krankheitshalber nicht. Nach einer Begrüßung mit Stehimbiss und einleitenden Worten des Vorsitzenden Michael Jurczok wurden die Formalien - Begrüßung, Ladung, Protokoll - zügig abgehandelt. Von der Vorstandsarbeit berichtete Dr. Heinrich Habeck (s. schriftlicher Vorstandsbericht nächste Seite); danach schilderte Michael Jurczok den Besuch beim KSK-Präsidenten H-J. Meyer, dem sächsischen Kultusminister in Dresden, der noch sehr

WER GLAUBT, DASS EIN
SCHULLEITER SCHULE
LEITET,

DER GLAUBT AUCH, DASS EIN
ZITRONENFALTER ZITRONEN
FALTET.



in seinen sächsischen Gegebenheiten verhaftet schien. Er akzeptiert das Berufsbild Schulleiter der ASD, steht dem „Dienstvorgesetzten“ interessiert gegenüber, sieht zwar durch Autonomie die Stellung des Schulleiters gestärkt, lehnt aber eine eigene Arbeitszeitverordnung für Schulleiter als Leitungszeit ab. Zum Thema Berufsakademie für Führungskräfte verdeutlichte er, dass die Länder dem „Bund“ kritisch gegenüberstehen - sie wollen keine Vereinheitlichung, also Abwertung ihrer Kulturhoheit, so dass es bisher keine Beschäftigung mit einer Konzeption der Berufsakademie gibt. In diesem Zusammenhang berichtete M. Jurczok davon, dass der Raabe-Verlag

sich inzwischen von seiner Finanzierungsbereitschaft distanziert hat.

Es folgte der Kassenbericht von Michelle Kramm für 1999, wo das Geld zum Jahresende alle ist, aber keine Schulden gemacht und alle Aufgaben erfüllt wurden sowie ein entsprechender Entwurf für 2000. Die Zufriedenheit aller mit der akkuraten und selbstverständlichen Arbeit der Kassiererin ist bei allen groß. Ein Thema, das jahrelang in der ASD viel Zeit kostete, ist heute Angelegenheit von wenigen Minuten.

Armin Hechler berichtete von der Zusammenarbeit mit „Schule und Wirtschaft“, bei der fast nur hessische Schulleiter anwesend waren. Dort wurde die Methode eines „Evaluationsbaums“ (AHP-Methode) angewandt, bei der Qualitäts- und Leistungsfaktoren bis in die kleinsten Verästelungen mess- und hinterfragbar werden. Die Grundfrage, ob pädagogische Leistung überhaupt messbar sei, wurde so wenig gestellt, wie die Frage nach der Kontrolle in der Schule. Beides scheint selbstverständlich und nur eine Frage der angewandten Methode. Da der gymnasiale- und der Schulaufsichtsanteil der Teilnehmer hoch ist, wird in Zukunft Frau Böttcher aus Hamburg den Grundschulbereich neben Herrn Hechler vertreten.

Herr Winkler schildert die Präsentation der Broschüre „Schulleitung in Deutschland“, die in kleinem feinem Rahmen in Berlin am 17.9.99 im Schöneberger Rathaus stattfand. Im Referat von Herrn Dichanz von der Fernuniversität Hagen wurde noch einmal die rechtzeitige Ausbildung von Schulleitung und die Rechtsstellung derselben betont. An der geringen Resonanz der Presse wurde leider wieder klar, dass sich diese zwar für Schule, nicht aber für die kleine Gruppe Schulleitung interessiert, was zu einer erneuten Diskussion der ASD zu Möglichkeiten der Pressearbeit führte, für die uns die entscheidenden Ansprechpartner fehlen.

Anbei der Vorstandsbericht im Originaltext.



ASD-
Vorstand
mit
Ingrid
Minning,
• Michael
• Jurczok,
Heinfried
Habeck
und
Heinz
Winkler

Es fehlt
Michaele
Kramm

TOP 4: Vorstandsbericht 99/2

ASD

1. Dieser Vorstand ist seit 2 Jahren im Amt. Er führt mit dieser Tagung die vierte Mitgliederversammlung durch.
2. Der Vorstand trifft sich regelmäßig alle 4 – 6 Wochen zu Sitzungen, seit Oberwolfach fanden 4 Vorstandssitzungen statt.
3. Die Schwerpunkte der gemeinsamen Sitzungsarbeit lagen seit Oberwolfach bei der Planung und Durchführung der Tagung Bad Soden, der begleitenden Arbeit und Herausgabe der Broschüre „Schulleitung in Deutschland“, in Brennpunktbereichen der schul- und bildungspolitischen Diskussion.
4. Die Broschüre „Schulleitung in Deutschland“ wurde im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.
5. Die Mitgliedsverbände werden bei Wünschen und Anfragen zügig bedient.
6. Ein Treffen mit dem Präsidenten der KMK fand in Dresden statt.
7. Es fand ein Interview mit dem saarländischen Rundfunk auf Anfrage statt.
8. Es erfolgte eine Mitarbeit bei der Tagung Schule / Wirtschaft in Schönebeck / Elbe.
9. Der Schulleiterverband Sachsen konnte für die aktive ASD – Arbeit nach einem Treffen in Leipzig wieder zurück gewonnen werden.
10. Für die Delegierten des Bundeslandes Brandenburg wurde beim dortigen Kultusministerium die Sonderurlaubsregelung bei Beibehaltung der Bezüge durchgesetzt.
11. Mitglieder des Vorstandes nahmen teil an Sitzungen bzw. Tagungen in Baden – Württemberg und Sachsen - Anhalt.
12. Einnahmen und Ausgaben der ASD entsprachen weiter den Planungen.
13. Info-Dienst und interner Pressedienst wurden weiter ausgebaut und optisch professionalisiert.
14. Die eigene homepage im Internet wurde gepflegt und weiter entwickelt.
15. Die Lokalpresse und die überregionale Presse erhielten zu Tagungen die entsprechende Pressemitteilung.
16. Es gab seit Amtsantritt dieses Vorstandes keine Satzungs- und Beitragsänderungen.
17. Trotzdem: Der Arbeitsaufwand ist groß, die Belastung wegen der gleichzeitigen Arbeit in den Bundesländern hoch.

Es folgen die Länderberichte - *voraussichtlich zum letzten Mal in dieser etwas mühsam selbst erstellten Form, denn am letzten Tag gelang es, statt Plakaten zumindest für interessierte Zeitungsredakteure die Erstellung verständlicher Seiten aller Länder auf Disketten zu beschließen, so dass Ihnen ab der Frühjahrstagung dann 15 Länderberichte ausführlich zum Nachlesen vorliegen werden! Mir erscheint diese Möglichkeit, sich über Geplantes und Beschlossenes in anderen Ministerien und anderen Verbänden zu informieren, stets wichtig und interessant und ein fruchtbarer Austausch zu sein; wenn Sie es anders sehen und Ihnen die neue Form zu ausführlich und nicht relevant erscheint, sagen Sie mir bitte Bescheid!*

Niedersachsen berichtet von seiner erfolgreichen Herbsttagung in Anwesenheit des Ministeriums und dem zunehmend kämpferischen Ton der Mitglieder. Die Fortbildung ist staatlicherseits besser geworden - es gibt eine Zusammenarbeit mit dem Verband. Eine Anhörung zur Schulverwaltungsreform hat stattgefunden, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema Schulleitungsarbeitszeit ist geplant. Belastet sind Schulleitungen durch eine weitere vielseitige Statistik, durch Leistungsüberprüfungen am Ende von Sek.I „zur Sicherung schulformbezogener Leistungsstandards“, wobei die Forderungen nach mehr Leitungszeit erfolglos verhallt. Die Grundschulleitungen fühlen sich sehr allein gelassen mit der Umsetzung der „Verlässlichen Grundschule“.

Thüringen klagt als „Zwei-Mann-Vorstand“ über Arbeitsüberlastung, bes. da Verband anerkannt ist und z.B. zu Podiumsveranstaltungen geladen wird, auch in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungsinstitut. Die Verbeamtung schreitet zügig voran, das Floating-Modell (allmähliche Arbeits- und Gehaltsverringering entsprechend den Schülerzahlen von 90 bis 65% bei vollem Kündigungsschutz der Angestellten und einer Garantie nach 15 Jahren wieder 100% arbeiten zu können) wird praktiziert, greift aber eigentlich nur in der Grundschule. In der Sekundarschule müssen die meisten Lehrkräfte die restlichen Prozente als Überstunden ableisten, die im nächsten Jahr bezahlt werden. Geändert hat sich die Lehrerzuteilung, die statt nach Klassen (Vorteil der

kleinen Landschulen) nun nach Schülerzahlen (Vorteil für große Schulen) vorgenommen wird.

Schleswig-Holstein berichtet vom erfolgreichen Kongress FIT FÜR GUTE SCHULE mit Ministerin, von der Wiederwahl fast derselben Mannschaft wie seit Jahren im Vorstand, von Holger Arpes Aufstieg in die obere Schulaufsicht - er hat die ASD mit vielen seiner Denkmodelle bereichert - von dem Auf-Eis-Liegen der Abschaffung der Halbjahreszeugnisse wegen der Eltern-/Schülereinsprüche und den Wahlen im Februar und den „befürchteten“ Schulasistenten, deren Funktion unklar ist und die eventuell weitere Mehrarbeit für SL bedeuten könnten. Außerdem ganz aktuell von der geplanten Umsetzung des Leistungsstufenmodells, wie es unsere Abteilungsleiterin Frau Köster-Buns-elmeyer bei der Mitgliederversammlung erläutert hat und den dazugehörenden Schlagzeilen über die anonym mit Fragebogen zu zensierenden Schulleiter.

Baden-Württemberg schildert seinen Schulleitertag mit Kultusministerin Schavan, die die Stärkung der Schulleitung bekräftigt - eine Neuregelung der Arbeitszeit für SL aber ablehnt. Leider hat auch B-W jetzt einen Erbsenzählererlass zum Unterrichtsausfall am Hals, der unnötige Zeitverschwendung darstellt. Dafür soll die Verlässliche Halbtagschule nicht überstürzt eingeführt werden. Die Leistungsstufenverordnung tritt 2000 in Kraft, die heftige Stellungnahme des Verbandes dazu fand eine große Medienresonanz. Dem Verband selbst mangelt es an Vorstandsnachwuchs für die nächsten Jahre - die regionalen Arbeitskreise werden weiter ausgebaut.

In **Sachsen-Anhalt** nimmt die Stellung des Verbandes zu, so dass er in den Bildungsausschüssen mitarbeitet. Das Berufsbild wird anerkannt, allerdings ohne letzte Konsequenzen; der Minister nahm an der Herbsttagung teil, die Vorbereitung wurde auch von den Schulämtern unterstützt. Unzufrieden ist der Verband mit den zögerlichen Eintrittten und der mangelnder Mitarbeit der Mitglieder sowie der neuen Versetzungsordnung, die Leistungsbereitschaft nicht fördert, der zu wenig vorbereiteten Sekundarschuleinführung mit organisatorischen Problemen, besonders bei der äußeren Differenzie-

rung (Parallelkurse in Fachräumen, die bei Schulschließungen nicht bedacht wurden.) Es wurde versuchsweise ein Eingangsstufenkonzept wie in S-H mit 1-3jähriger Verweildauer geschaffen, allerdings in Verbindung mit Lesen durch Schreiben!

Das **Saarland** schafft die Sekundar- und Hauptschulen zugunsten einer „Erweiterten Realschule“ ab; der Regierungswechsel bedeutet neue Perspektiven, eine geplante Veränderung ist die Auflösung und Reduzierung der Schulämter, die zentral ins Ministerium umziehen sollen, die Abschaffung der örtlichen Personalräte, wobei große Systeme sie vielleicht doch behalten sollen; es ist eine amtsbezogene Besoldung geplant, Schulleitung wird mit Worten, aber nicht mit mehr Leitungszeit gestärkt. Die Allgemeine Dienstordnung für Lehrkräfte ist leider noch nicht verändert. Der Saarländische Verband erhofft sich nach Auflösung des Sekundarschulleiterverbandes neue Mitglieder und klagt ansonsten über mangelndes Interesse an Verbandsmitarbeit und Fortbildung.

Nordrhein-Westfalen leidet unter dem Vorwahlkampf, der sich in massiven zusätzlichen Abfragen und Aufgaben auswirkt wie eine Art Erbsen zähltlererlass gegen Unterrichtsausfall, Schulleitung auf Zeit, Parallelarbeiten und der Forderung nach internetfähigen Lehrkräften. Während die Ministerin weiter verschlossen ist, öffnet sich der Staatssekretär dem Verband. Als Erfolg des Verbandes sind 2 Stunden zusätzliche Leitungszeit wegen der vielen zusätzlichen Aufgaben (Schulprogramm...) für HS,RS,GS zu verbuchen. Veranstaltungen des Verbandes sind gut besucht, die hohen Anforderungen an den Vorstand gehen aber an die Grenzen der Leistungsfähigkeit, Probleme macht auch die Satzung des Vorstands mit ausgeglichener Schulformzugehörigkeit.

In **Berlin** werden in Zukunft Schulleiter/innen für 2 Jahre auf Probe befördert, Schulleitung auf Zeit ist kein Thema. Ersteres soll auch für langjährige Schulleiter östlicher Bezirke gelten, wobei die Leitungszeit seit 91 nicht automatisch auf die Probezeit angerechnet werden soll. Eventuell soll nach 13 Jahren erneut über die Eignung entschieden werden. Ganz unverständlich ist, dass Fortbildungen des

Verbandes, die teuer (weil zu gut?) sind, landesseits nicht mehr anerkannt werden!!! Die Umsetzung der Leistungsstufenverordnung ist in Arbeit. Der Vorstand ist überlastet - wie überall - Aufgaben und Themen müssen vertagt werden, die Veranstaltungen sind aber gefragt, der Verband als Gesprächspartner anerkannt.

In **Sachsen** ist die Akzeptanz des Verbandes etwas gewachsen - die übrigen Probleme s. TOP 14 gegen Ende der Tagung, so dass er im Ministerium gehört wird, der Minister sagte jedoch die Herbsttagung kurzfristig ab, so dass sie verschoben werden mußte. Auf Forderung der Wirtschaft hat Sachsen wieder Kopfnoten eingeführt. Die Grundschulleiter wurden inzwischen verbeamtet, sie sollen in der Leitungszeit besser gestellt werden; bei den Lehrern gibt es noch große Unterschiede in der Besoldung, die sehr niedrig angesetzt ist, eine Höherstufung erfolgte bei einem Drittel der Grund- und Mittelschulleiter nach Beurteilung aller Lehrkräfte!! Viele haben Teilzeitverträge mit 17 Stunden bei entsprechendem Gehalt, was für einige Familien problematisch ist. Die Klassen- bzw. Lerngruppenbildung wird vom Schulamt rigide geregelt, es gibt keine Schulautonomie. Da noch immer Schulen schließen müssen, gibt es für Schulleiter/innen Probleme; ein Personalentwicklungskonzept für Schule existiert nicht.

Hamburg gibt jetzt - nach Erstellung von Gebäudepässen zu Alter, Zustand, Größe.. - auch die Mittel für die große Bauunterhaltung an die Schulen. Fachwissen kann eingekauft werden. Für Riesensanierungen (Dach für Million) gibt es einen Pool. Man freut sich über die kurzen Wege und mehr Autonomie, die Mehrarbeit von SL wird aber nicht ausgeglichen. Der Kontakt zur Schulsenatorin ist da, die versprochene Verbesserung der Informationspolitik hielt aber nur 2 Wochen vor; die Sparpolitik führt aber zu geringerer Stundenversorgung, wobei in der Bürgerschaft Sparmodelle viel zu positiv verkauft werden. Es gibt Vergleichsarbeiten in Kl. 3, 5, 7, 9/10. Das neue Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte und SL ab Sommer zur Probe freigegeben, sorgt für Unruhe - *Zusammenfassung siehe Artikel im Anschluss* - Auch hier zeichnen sich die Mitglieder des Verbandes durch Trägheit aus - ob aus

Überlastung oder wegen wunschloser Zufriedenheit ist leider nicht zu erfahren.

Mecklenburg-Vorpommern hat es bei der Neuwahl geschafft, im Vorstand die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen; durch Schulschließungen gehen aber Mitglieder verloren; der Verband wird im Kultusministerium aber anerkannt. Das Land hält die Schulen durch ständige Veränderungen und neue Konzepte in Atem, so dass keine Ruhe einkehren kann, z.B. das Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen; eventuell soll aus HS&RS Regionalschulen werden; auch ein Personalentwicklungskonzept wird angedacht. Die Schulämter wurden konzentriert, die Bürokratie erhöht, die Wege werden länger, die Beratung fehlt und die Schulen müssen mehr Aufgaben ohne Entlastung dazu erledigen.

Bayern hat inzwischen 1300 Mitglieder in Bezirken, teilweise auch Kreisen, so sind überall Ansprechpartner vorhanden; trotzdem ist nachlassendes Engagement auch hier zu spüren. Der Verband wird im Ministerium gehört und in Planungen einbezogen. *Der langjährige Verbandsvorsitzende Stiersdorfer ist inzwischen Schulrat und so wird er der ASD mit seinem trockenen Humor, seinem analytischen Verstand und seinem unverkennbaren Akzent fehlen.* Die Struktur der Schulaufsicht wird verändert. In Bayern werden trotz Sparzwang weiter Lehrer eingestellt. Die Hauptschule wurde durch die M-Züge gestärkt, die Qualitätssicherung an Schulen führte zur Stärkung von Schulleitung, deren Stellung von den Gewerkschaften aber stark angegriffen wird. Dort gibt es auch Gegner gegen die 6-stufige Realschule und Befürworter einer 6-jährigen Grundschule.

Hessen muß sich von ROTGRÜN auf SCHWARZGELB umstellen, was 1400 Neueinstellungen, eine Lehrervertretungsreserve, ein neues Personalvertretungsgesetz, einen Wegfall des Findungsausschusses bei der Schulleiterwahl, eine „Entmachtung“ der Schulkonferenz, schulformbezogene Lehrpläne in Vorbereitung, eine Abschaffung der unabhängigen Förderstufe (Orientierungsstufe), eine Aufwertung von Haupt- und Realschule, Ziffernnoten ab 2. Klasse, eine Querversetzung aus Kl. 5 Realschule, z.B. im Halbjahr zur Hauptschule zurück ohne Eltern-

zustimmung, die Möglichkeit von Ordnungsmaßnahmen für Schulleitung und Abitur nach 12 Jahren mit sich bringt. Unzufrieden ist man weiter mit der Belastung von SL kleiner Systeme, die sich auch z.T. stark gegen die veränderte SL-Rolle als Dienstvorgesetzter... wehren, was im Verband zu Konflikten führt. Die Verbandsarbeit und die Ministeriumskontakte sind gut. *Außerdem wird mitgeteilt, dass das Gründungsmitglied der ASD Dr. Sigulla durch einen Unfall verstorben ist.*

Rheinland-Pfalz hat nur fünf Aktive im Vorstand, was die Arbeitsbelastung viel zu hoch macht. Dafür gibt es Gesamtschul- und Gymnasialleiter, die sich für Vorstandsarbeit interessieren und helfen, schulartübergreifend zu argumentieren. Die Einrichtung einer Führungsakademie in Kaiserslautern (Uni) nähert sich in ihrer Konzeption dem ASD-Modell. Der Verband wird vom Kultusministerium einbezogen, die Bezirksregierungen werden aufgelöst, die Aufgaben von SL ausgeweitet; ältere Schulleiter haben durch das Arbeitszeitkonto und den Wegfall der Altersermäßigung 2 Stunden Mehrarbeit zu leisten. Arbeitszeit ist leider kein Thema im Ministerium. Der hohe Unterrichtsausfall in der weiterführenden Schule durch mangelnde Einstellung von Fachkräften wird in der Verantwortung den Schulleitern untergeschoben. Durch Widerstände der Gewerkschaften kommt die Umsetzung der Dienstrechtsreform nur schleppend voran.

Die Länderberichte wurden unterbrochen vom gemeinsamen Abendessen im Hotel, der anschließenden Busfahrt nach Steinau an der Straße und dem Besuch des Marionettentheaters mit einer Aufführung des Urfaust nur für uns, der in seiner Tragik und dem moralischen „bad-end“ gewürzt wurde durch die Sprüche des Kasperl, die jede Gleichstellungsbeauftragte zu rechtlichen Maßnahmen getrieben hätte - gerechterweise bekamen aber auch die vielen männlichen Kollegen ihr Fett weg! Nach einer interessanten Besichtigung hinter der Bühne, Übungen im Puppenspiel... wurde im ebenfalls historischen Burgmannhaus mit ein paar Bier nachgespült, was einige Immerdurstige dann in der Hotelbar noch einmal wiederholten. Nach diesem geselligen und erholsamen Abend erwartete uns ein sehr langer und

anstrengender Freitag: Per Bus ging es sehr früh nach Hanau zu Heraeus, einem Familienbetrieb, der sich in vier Generationen zu einer Holding ausgewachsen hat mit weltumspannenden Niederlassungen in allen Kontinenten mit den Bereichen Edelmetalle (Verarbeitung in der Technik, Sensoren, Halbleiter.. und Handel), Dental (Materialien für Ihre Dritten und für Reparaturen), Quarzglas (Telekommunikation.. OP-Lampen) und Sensoren (Automobiltechnik, Stahlerzeugung - Platinmesssonden..), was wir nach einer Begrüßung durch Herrn Heraeus und nach dem Mittagessen in der Kantine auch durch den Personal- und Servicechef Herrn Obladen in einem Referat mit vielen Folien dargestellt und dann in Gruppen im Präsentationsgebäude und in den Ausbildungshallen erleben durften. Dabei konnten wir uns von vorzüglichem finanziellen und personellen Einsatz für die Auszubildenden überzeugen, aber auch feststellen, wie wenige Hauptschüler den Anforderungen eines solchen recht hochtechnisierten Bereichs noch genügen können, wo Englisch, Mathematik und Physik oder Chemie in ihrem Niveau nicht genügen.

Am Vormittag erwartete uns im Konferenzsaal von Heraeus ein Referat von Regierungsdirektor Geis zur Dienstrechtsreform und deren geplanter Umsetzung in Hessen, wobei dieser ausgesprochen sachkompetent, aber auch locker und unterhaltsam die Sachlage erläuterte:

Das bisherige Beamtenrecht basierte auf den drei Säulen Dienen, Treue und Fürsorge. Dies ist verfassungsmäßig garantiert, weshalb eine radikale Veränderung hin zu einem reinen Leistungsprinzip nicht möglich ist. Statt einer automatischen Gehaltserhöhung in Form von Dienstaltersstufen - früher alle zwei, heute alle zwei, drei oder vier Jahre - geht das neue Bundes-Gesetz davon aus, dass sich Leistung lohnen, dass mehr Geld motivieren soll und spricht deshalb nicht von Dienstalters-, sondern Leistungsstufen. 10 % der Beschäftigten in Ämtern, Kreisen, Ländern und dem Bund sollen - wenn sie dauerhaft herausragende Leistungen zeigen - vorzeitig aufrücken oder umgekehrt bei schwachen Leistungen „gehemmt“ werden, also erst später

aufsteigen. Daneben gibt es die Leistungsprämie als Einmalgabe und Leistungszulagen für eine bestimmte besondere Tätigkeit, z.B. ein befristetes herausragendes Projekt. Dieses Bundesgesetz von 1997 mußte nun von den Ländern umgesetzt werden, was zu unterschiedlichen Zeiten geschieht (Schleswig-Holstein hat es im Rahmen der Verwaltungsreform bei den Kommunen, Kreisen und den Landesbediensteten bereits eingeführt). Jetzt geht es darum, ob und wie dieses System der Förderung und Belohnung auch auf den Schulbereich übertragen werden soll. Das Geld für die drei Formen der Belohnung wird übrigens durch die Abschaffung der alten Stufen geschaffen, was Sie ja auf Ihren Gehaltszetteln irgendwann gemerkt haben.

Zwei Probleme gibt es für die Umsetzung im Schulbereich, die Herr Geis für alle in spätestens 2 Jahren prophezeit:

1. 10% des Landes? Des Kreises/ Schulamtbezirks..? Der Schule?
2. Welches justitiable Verfahren und wer ist zur Beurteilung der Lehrkräfte geeignet?

Bei 1. neigt die Planungsgruppe in Hessen zu 10% der Schule, bei 2. klar dazu, dass Schulleiter beurteilen und zwar möglichst in einer einfacheren Form als bei Anlassbeurteilungen, also nur wenige Dinge, die in eine solche Beurteilung hinein müssen, damit diese rechtssicher ist, wobei die Lehrerverbände aus Angst vor Willkür gerne ausführliche Beurteilungen möchten. Die Höhe von Zulagen und Prämien liegt ebenso wie die Höhe der Stufen noch nicht fest, bei letzteren ist eine Einbindung der Personalräte anzunehmen, bei Prämien nicht. Auch 10% der Schulleiter/innen müssen dann natürlich nach Beurteilung durch die Schülerrät/innen ebenfalls vorzeitig die Leistungsstufe erreichen können. Die ASD fordert nach einigen Nachfragen eine frühe Information der Lehrkräfte über die Sachlage durch die Ministerien - nicht durch die Presse! Des weiteren frühzeitige Einbindung ihrer Schulleitungsverbände in die Ausgestaltung der Beurteilungspraxis, rechtzeitige Fortbildung ohne Zeitdruck, um besonders den vielen ablehnenden oder unsicheren Schulleiter/innen Hilfen

und Rechtssicherheit zu geben und möglichst auch Probeläufe oder Versuche bei Freiwilligen. Die geäußerten Sorgen betreffen besonders die Klimavergiftung in den Kollegien, die „Zwangsberatung“ und die nicht immer erwünschte Veränderung der Rolle besonders bei Schulleitungen kleiner Kollegien. Für Hessen wird als Konsequenz der Schulleiter als Dienstvorgesetzte gefordert, den diese Landesregierung wohl auch anstrebt.

*Nach einer Kaffeepause folgte zu diesem Thema eine **Podiumsdiskussion**, die ich selbst zu moderieren hatte, weshalb ich als „Schreibkraft“ ausfiel. Die folgende Beschreibung ist von Walter Rossow.*

An der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Die Leistung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - Messung, Beurteilung, Prämierung“, nahmen Frau Weitzel als Vertreterin der Konferenz der Schulräte Deutschlands (KSD), Herr Obladen von der Firma Heraeus, Herr Brackmann vom BDA und Vorsitzender der AG Schule-Wirtschaft und der Vorsitzende der ASD Michael Jurczok teil.

Schon bei den Eingangsstatements aller vier Diskutanten wurde schnell deutlich, dass die geplanten Änderungen des Dienstrechts (wie oben beschrieben) während dieser Podiumsdiskussion - auch mangels Wissen - kaum eine Rolle spielen würden. Alle gingen vornehmlich auf den Bereich der Qualitätssicherung ein. Dabei war für die Vertreterin der Schulaufsicht zwar ein gewisses Grundvertrauen in die Qualität der Arbeit von Lehrkräften wichtig, allerdings betonte sie, dass für das bisherige Belohnungssystem (Dienstaltersstufen, Regelbeförderungen, Funktionsstellen..) ein neues System kommen muss; sie bestätigte dabei - wie auch die Vertreter der Wirtschaft - die große Bedeutung von Transparenz bei Beurteilungen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass - auch in Hessen - die Schulaufsicht nicht darüber informiert ist, was im Ministerium (Vortrag Dr. Geis) angedacht wird. Herr Brackmann betonte, dass es für die Qualität von Schule unumgänglich sei, dass die Schulleitung Einfluss auf das Personalentwicklungskonzept der Schule sowie Weisungsbefugnis haben muss. Herr Obladen zeigte die Grundstrukturen des Managements der Neunziger-Jahre mit mehreren Folien auf und machte deut-

lich, dass der Erfolg eines Unternehmens - und damit auch der Schule - abhängig ist vom „Humanpotential“. Ständige, hochwertige Fortbildung (pro Jahr ein Drittel der Beschäftigten zur Fortbildung für ca. DM1000,-- pro Person!!!) ist dafür ebenso unerlässlich wie ein ausgefeiltes Beratungs- und Beurteilungssystem, zu dem Rechenschaft nach beiden Seiten und offener Umgang mit Kritik und ständiges benchmarking (Vergleich mit den Besten) gehören. Aber auch in der Wirtschaft ist Geld nur ein Teil der Motivation - Lob, Anerkennung, Erfolg und gutes Arbeitsklima sind ebenso wichtige Faktoren. Michael Jurczok machte deutlich, dass ein entscheidender Unterschied zwischen Schule und Wirtschaft in der Tatsache zu sehen ist, dass es Konsequenzen aus Beratungsgesprächen bzw. Beurteilungen in der Schule nicht gibt. Der Versuch von 16 Bundesländern jetzt oder später und in unterschiedlicher Art ihre Form der Umsetzung des Bundesgesetzes zu suchen, halten die Vertreter der Wirtschaft ebenso wenig für sinnvoll wie die meisten Schulleiter. Als Wünsche auf den Weg gaben Herr Brackmann den Tipp, mehr von der Wirtschaft abzugucken, Herr Obladen, dass die Schule ihre Kunden entdecken mögen und den Spruch zur Ermutigung der SL: Es gibt nichts Gutes, es sei denn man tut es, Frau Weitzel, aufmerksam und neugierig zu schauen, sachlich zu analysieren und das Beste aus der Wirtschaft mitzunehmen, Herr Jurczok wünschte noch einmal mehr Mut zur Veränderung der Rolle der Schulleitung.

Nach Mittagessen und Betriebsbesichtigung lernten wir in einer Art Kurztrip unter der Führung des Kulturbeauftragten der Stadt Hanau das Goldschmiedehaus und einige andere Sehenswürdigkeiten und das Lustschloss Wilhelmsburg kennen, um dann zurück an die Arbeit ins Hotel zu eilen.

Dort folgten die weiteren Länderberichte (s. vorn) und eine kontroverse Diskussion zum Thema Dienstrechtsreform und der Reaktion der ASD darauf. Die Arbeitsgruppe, die am Abend spät noch eine Resolution und eine Presseerklärung dazu zu formulieren suchte, entschied dann, dass in der Kürze der Zeit nur eine Presseerklärung möglich sei. Durch die bereits bestehenden Regelungen für Bayern und

Baden-Württemberg einerseits (hier war die ASD nach Mehrheitsentscheidung im Frühjahr nun zu spät dran, was sie selbstkritisch anmerkte) und die anderen Ländern, wo - meist in aller Ministeriumsstile - an der Umsetzung gearbeitet wird, ist es notwendig, ein differenziertes Papier mit Konsens aller zu verfertigen, das dann hoffentlich noch unsere Wünsche nach **Einbeziehung, Transparenz, Offenheit und frühzeitiger direkter Information** der Betroffenen (Lehrkräfte und Schulleitungen!) gerecht wird. Wichtig ist der ASD dabei neben rechtzeitiger **Fortbildung** für rechtssichere Beurteilungen und **Erproben** an Einzelschulen mit entsprechender Evaluation, dass **kein mechanistisches Verfahren** festgelegt wird. Während Prämien und Zulagen außerordentlich begrüßt werden, besteht teilweise gegenüber der vorzeitigen oder verspäteten Leistungstufenerreichung Vorbehalt. Begrüßt wurde der Vorschlag, statt Geld auch Zeit zu vergeben - also die **Bezahlung von Poolstunden**, die z.B. auch Älteren am Leistungsstufenende oder Teilzeitkräften, die ihr Zeitkontingent bei zusätzlicher Arbeit - z.B. aus familiären Gründen - nicht überschreiten können, entgegenkommen. Die Presseerklärung, die am Samstag mit einer Gegenstimme verabschiedet wurde, folgt dem Bericht.

Nach dem Abendessen sprach der Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster Herr Döring ein informatives nettes Grußwort. Danach versuchte die CDU-Abgeordnete Leistenschneider - eigentlich für Sozialpolitik zuständig - unsere Fragen zur Schulpolitik zu beantworten. In ihrem Statement betonte sie die Erfolge der CDU seit der Wahl, der Schule finanzielle Priorität zuzugestehen und einen riesigen Nachtragshaushalt von 64 Mill. DM für 1400 Lehrerstellen locker zu machen, um Unterrichtssicherung zu gewährleisten. Für die Grundschule wurde das hochwertige Betreuungskonzept an einigen Schulen zugunsten von „Bewahrung“ an allen Schulen aufgegeben. Der Qualitätsunterschied von päd. Betreuung zu Beaufsichtigung durch 630-DM-Kräfte war aber leider nicht einsichtig zu machen. Der von ihr zur Unterstützung herangebetene Dr. Herr - bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion - kam mit einer Stunde Verspä-

tung an, als wir uns auf ein Weiterarbeiten an der Tagesordnung freuten - der Arbeitstag war ohnehin mehr als lang. Seine Statements und sein offensichtliches Uninformiertsein über unser Thema Dienstrechtsreform - verbunden mit einer äußerst oberflächlichen Denkweise und arroganten Haltung zu jedem pädagogischen Ansatz - brachte einige Sprengkraft in die Runde. Er war tatsächlich überzeugt, dass Zensuren im 2. Schuljahr auch automatisch zu Leistungssteigerungen führen würden, offensichtlich fehlte es ihm ganz einfach an Kenntnis von Schule. So mußten einige hessische Kollegen Herrn Herr beruhigen, während wir anderen weiterarbeiteten und danach je nach Geschmack in einer gemütlichen Runde oder beim Kegeln ihre Spannungen abbauten.

Mit der Moderationsmethode (Themenschwerpunktkarten, Clustering, Wertungspunkte) wurden am Samstagmorgen die Schwerpunktthemen der weiteren ASD-Arbeit festgestellt, die sich zum größten Teil aus den Länderberichten ergeben und für die folgende Beschlüsse gefasst wurden (die Kosten teilen sich ASD und Verband 50:50):

- **Dienstrechtsreform & Dienstvorgesetzter** - dringende AG: B-W, Bay, He, SH + für Vorstand Habeck max DM 1000,-- für Tagungskosten
- **Optimierung der Pressearbeit** - AG von Vorstand + Schwerdtfeger max DM 500,--
- **Arbeitszeit Schulleitung** - AG von HH, NRW, SH, BE+ für Vorstand Winkler max DM 500,--
- **Schulleitung KLEINER Schulen*** - AG von Ni, He, + Vorstand Kramm max DM 500,--
- **Qualitätsmaßstäbe**
- **Gesetzesanalyse aller Bundesländer** - Habeck allein am PC
- **Berufsethos**
- **Schulassistenten**
- **Weiterarbeit von Schule & Wirtschaft** mit Hechler, Böttcher, Jurczok

* bei der Problematik der kleinen Schulen stellte sich heraus, dass es nicht nur um den bekannten Forderungskatalog Sekretärin, Hausmeister, ausreichend Leitungszeit, PC... geht, sondern sehr stark um das „andere“ Rollenbild, das Schullei-

tung kleiner Systeme oft hat: der „Erste Lehrer“ zu sein, kein Vorgesetzter sein zu wollen....

Unter **TOP 14** wurde das etwas problematische Verhältnis der **ASD zum Sächsischen Schulleiterverband**

aufgearbeitet. Dieser war mehrfach - aus Geldmangel - nicht zu Tagungen erschienen, ließ seinen ASD-Beitrag aber ohne erkennbaren Dank von NRW und NI sponsern. Auch jetzt

schickte die Vorsitzende einen Stellvertreter Herrn Heitz, der die Problematik sehr transparent darstellte und die konstruktive Kritik offen aufnahm. Mit nur 60-80 Mitgliedern von 3000 Schulen ist der Verband sehr klein und verfügt bei DM 60,- Mitgliedsbeitrag über ein kleines Budget. Deshalb wurde zur Abschaffung der PädF, die den halben Mitgliedsbeitrag „auffrisst“, und dringend zum Austritt aus dem Beamtenbund, der die andere Hälfte verbraucht, geraten. Aus der Erfahrung trugen andere Verbände bei, dass der Einsatz von Porto und Einladungen zu einer wirklich guten Großveranstaltung mit



Vorsitzender des ASD-Kreisverbandes Schlüchtern, Hilmar Fleck, Landesvorsitzender Armin Hechler und der Bundesvorsitzende Michael Jurczok (von links) bei der Begrüßung zur Herbsttagung. Foto: Elisabeth Schmitt

Verbundenheit mit der ASD und so wurde in der Hoffnung auf Umsetzung der Empfehlungen 1999 und 2000 der gesamte Sockelbeitrag, 2001 und 2002 der halbe Sockel noch einmal gesponsert werden, danach sollte Sachsen saniert sein!

Für den **23.-25. März 2000** wurde die Vorplanung für die **ASD-Frühjahrstagung** in Hamburg besprochen, wo wir in Altona in Bahnhofs- und Kieznähe tagen. Die Senatorin will kommen. Die Herbsttagung soll in Brandenburg stattfinden, das diesmal nicht vertreten ist und wo konkrete Pläne noch fehlen. Sollte dort keine Tagung zustande kommen, wird Schleswig-

Holstein einspringen. Im März 2000 wäre eine Tagung in Sachsen zu deren Stärkung wünschenswert, im Herbst 2001 vielleicht Bremen, wo es keinen Schulleiterverband gibt.

Die Tagung wurde in der Nachbetrachtung als effektiv und in inzwischen typisch „harmonischer Auseinandersetzung“ positiv zur allgemeinen Zufriedenheit beurteilt. Wünsche

wurden nach Umstellung der Tagesordnung zu mehr Morgenarbeit und Abendvergnügen statt umgekehrt geäußert.

Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands

„Die Schulen haben eine hohe Verantwortung“

Bad Soden-Salmünster (lis) Qualität in der Schule und die Bewertung und Bewertung der Leistung der Lehrkräfte steht im Mittelpunkt der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands, Verband deutscher Schulleitungen e. V. (ASD) in diesen Tagen im Landhotel Betz in Bad Soden.

Zweimal im Jahr treffen sich die 16 Schulleiterlandesverbände, um schulische Themen zu beraten. Sie sind reine Berufsverbände und nicht parteipolitisch orientiert. Das Tagungsprogramm sieht umfangreiche Informationen und Diskussionen über das Hauptthema sowie ein begleitendes Rahmenprogramm vor.

Landesvorsitzender Armin Hechler von der Eberhardschule in Hanau, Kreisvorsitzender Hilmar Fleck von der Brüder-Grimmschule in Steinau sowie Bundesvorsitzende Michael Jurczok be-

grüßten gestern Nachmittag die Teilnehmer aus den Landesverbänden, die bundesweit über 10.000 Schulleitungsmitglieder aller Schulformen vertreten.

„Die Qualität schulischer Bildung zu gewährleisten und zu verbessern, gehört unbestritten zu den Voraussetzungen, um langfristig den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern“, so Hechler gegenüber den KN. Er machte deutlich, dass die Schulen und insbesondere die Schulleitungen eine hohe gesellschaftliche Verantwortung tragen.

Das Thema „Qualität in der Schule“ zeigt die besondere Problematik auf, die Leistung pädagogischer Arbeit zu bewerten, zu messen und zu belohnen. Vor allem vor dem Hintergrund des Beamtenrechtes ist das keine leichte Aufgabe. Schon vor mehr als einem Jahr wurde mit dem Dienstrechtsreformgesetz des Bundes die Voraussetzung dafür geschaf-

ten, die die Bundesländer jedoch noch umsetzen müssen.

Hilfestellung erhofft sich der Verband aus der Wirtschaft und besucht heute die Firma Heraeus in Hanau. Dort wird zunächst Regierungsdirektor Gies vom hessischen Kultusministerium über die „Dienstrechtsreform – eine Möglichkeit zur Qualitätsverbesserung von Schule?“ – sprechen. Ein hochkarätiges Podium mit dem Heraeus-Personalchef Obladen, Frau Weitzel von der Konferenz der Schulleitenden Deutschlands, Herr Bruckmann vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber und ASD-Bundesvorsitzender Michael Jurczok beziehen Stellung zur Thematik „Die Leistung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – Messung, Beurteilung, Prämierung“. „Das Thema dieser Tagung ist der Versuch der Verantwortlichen für Schulen, die Qualitätsdebatte verantwortlich zu führen“, so Hechler.

Fortbildung zu empfehlen sei, die dann auch zu mehr Mitgliedern und damit Einnahmen führt. Herr Heitz betonte seine

Neustes Arbeitszeitmodell für Schule aus Hamburg von 1999

- Angelika Sing -

In Hamburg hat sich eine hochkarätige Kommission zur Lehrerarbeitszeit mit internationalen Modellen auseinandergesetzt und ein umfangreiches Ergebnispapier am 2.7.99 veröffentlicht. Dabei ging es um die Veränderung von Schule in folgendem Kontext: a) **Schule ist mehr als Unterricht**; b) **Schulentwicklung ist Daueraufgabe von Lehrer/innen**; c) **alles zusammen stößt an die Grenzen der Belastbarkeit der Lehrkräfte**.

Oberstes Prinzip sind **Gerechtigkeit, Transparenz und Autonomie** im Sinne von Zeitgerechtigkeit zwischen Kolleg/innen und zwischen Schulen, Zeittransparenz für alle Beteiligten - auch im Sinne von Vorurteilen gegenüber Lehrer/innen - und der Zeitautonomie für die einzelne Schule, letztere im Sinne des **Abbaus von Regelungsdichte** und Entscheidung vor Ort über den optimalen Einsatz der Ressourcen - wie wir das von der Budgetierung kennen. Es soll also je nach Stärke oder Schwäche der einzelnen Lehrkraft die Arbeitszeit „individuell“

festgelegt werden, wobei transparent ist, **was wer in welcher Zeit tut**. Das Zeitbudget einer Schule darf also vor Ort nach den **Bedürfnissen** der jeweiligen **Einzelschule** eingeteilt werden. Dazu gehören dann natürlich Verfahren des **Zeitmanagements**.

Das Ganze ist ein **PLANUNGSMODELL**, mit dessen Hilfe Zeitmanagement an einer Schule möglich ist und das einem „*buchhalterischen Gedanken der Führung eines Zeitkontos*“ entgegenläuft.

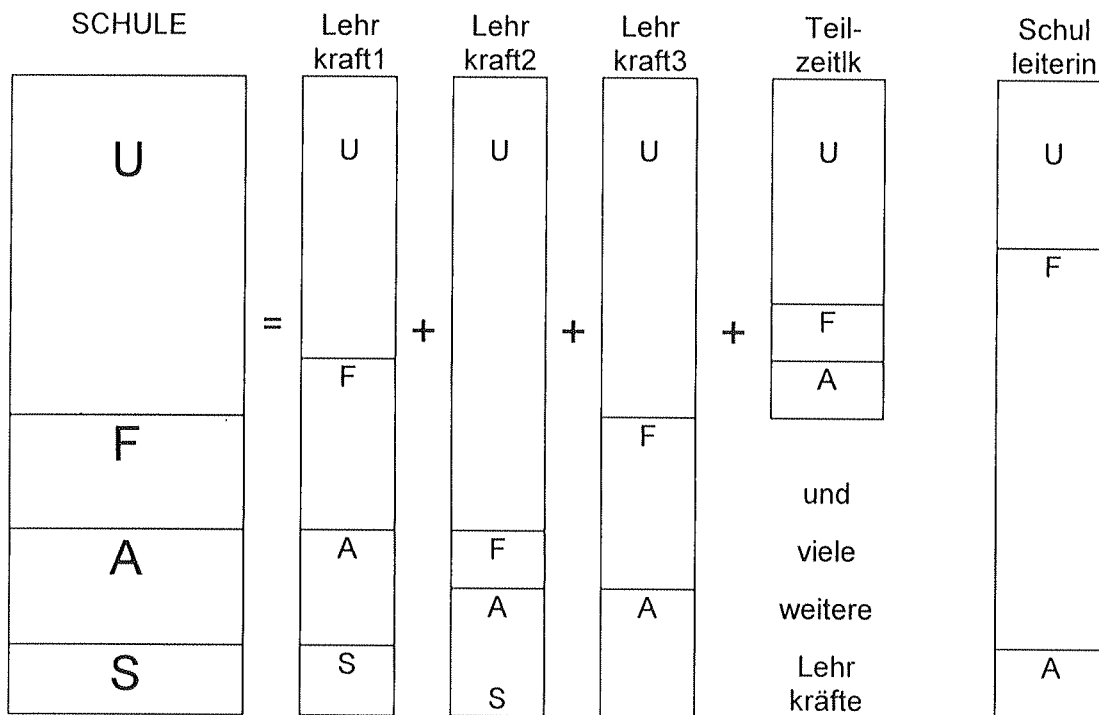
Grundsätzlich wird Abschied von der Lehrerarbeitszeit in Unterrichts-Wochenstunden genommen. Stattdessen orientiert man sich an der **Jahresarbeitszeit** (öffentlicher Dienst + Extraferienumrechnung) von **1700 Stunden**, was in **38 Schulwochen eine wöchentliche Arbeitszeit von 44,74 Zeitstunden** ergibt.

Durch eine differenzierte Systematisierung werden alle Tätigkeiten mit **Zeitwerten** versehen, die dann wiederum auch auf Unterrichtsstunden... umgerechnet werden können. Wer dann auf mehr als 44,74 Std. kommt, arbeitet zuviel!

Dabei wird von **4 Tätigkeitsgruppen** ausgegangen:

unterrichtsbezogene Aufgaben U	funktionsbezogene Aufgaben F	allgemeine Aufgaben A	Sondermaßnahmen S
Unterricht Rüstzeit (Kopieren, Holen) Vor- und Nachbereitung Korrekturen Kl. A/HA. Schüler-/Eltern- gespräche Klassen- Zeugniskonferenzen Zeitwerte werden zu- sammengefasst und unterscheiden sich nach Schulart, -stufe und Fach/Fächergruppe	Schulleitungsteam- tätigkeiten Päd. Funktions-tätigkeit Mitarbeit in Gremien Fachvertreter, Fachraumverwalter Entwicklungs- Aufgaben Projektbetreuung, Prak- tikabetreuung, Schulprofil... Da die Erprobung der im Vorjahr beschlosse- nen Leitungszeit für Schulleiter/innen mit einem 24 Std-Sockel für alle Schularten!!! noch nicht ausreichend lange erprobt ist, gibt es hier erst einmal einen Sok- kel und nach weiterer Erfahrung Zeitwerte	Pflichttätigkeiten aller Lehrer wie div. Konferenzen, Schulveranstaltungen, p äd. Fortbildung. 40 Wochenstd. pro Stelle, z.T. auch in den Ferien abzuleisten Aufsichten, Vetretungen (1 Std pro Woche)	alles was in U,F,A nicht passt wie Teilabordnungen, Schwerbehinderung, Personalräte, Pendeln, Altersentlastung...

Beispiel für ein UFAS-Modell



Zitat: Auf diese Weise erweist sich das vorgeschlagene Modell als ein **Planungsinstrument**, mit dessen Hilfe die einzelne Schule das ihr zur Verfügung gestellte Zeitvolumen der Lehrarbeit auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche aufteilt und mit dessen Hilfe das unterschiedlich starke Engagement der einzelnen Lehrenden in den jeweiligen Aufgabenbereichen der Schule transparent gemacht und durch unterschiedlichen Einsatz etwa im Bereich des Unterrichts ausgeglichen wird.

Oder einfach ausgedrückt: Ein Sportlehrer in der Grundschule unterrichtet in diesem Fach mehr Stunden als ein Studienrat für Deutsch in der Oberstufe (dazu gibt es sog **Zeitwerte**, die zwar sorgfältig ermittelt, aber sicher nicht unstrittig sind), eine Lehrkraft, die sich deutlich in Schulprogrammarbeit engagiert, unterrichtet weniger als jemand, der sich dafür nicht interessiert.... Hier stecken auch die versteckten Möglichkeiten, **Schulentwicklungsarbeit** zu fördern und praktisch zu „belohnen“, um Überlastung besonders engagierter Kolleg/innen vorzubeugen und sehr Bequeme ein wenig in Bewegung zu bringen.

Die Kommission empfiehlt dabei auch in der **Schulforschung** besser zu prüfen, *welcher Aufwand* in welchem Bereich eigentlich erforderlich ist, um eine bestimmte **Unterrichtsqualität** zu erzeugen. ... Es ist empirisch zu prüfen, ob nicht wirksamere und weniger zeintensive Formen der Unterrichtsvorbereitung (etwa im Team) und der Lernerfolgskontrolle zu vergleichbaren oder sogar besseren Ergebnissen führen.

Da die gesamte Broschüre ein dickes Heft - auch mit vielen **Beispielrechnungen** verschiedener Schulen mit besagten Zeitwerten ist - soll hier nur noch einmal betont werden, dass **Schulleitungs-Arbeitszeit** in diesem Modell enthalten ist, verknüpft natürlich mit der Gesamtarbeitszeit der Schule. Und Kritiker werden sicher einwenden, Einführung, Berechnung (Konferenzen dazu), Konfliktmanagement, Dokumentation... werden die Schulleitung wieder viele **zusätzliche Arbeitsstunden** kosten. Das ist richtig, es sollte jedoch auch gesehen werden, dass das Modell ein deutlicher Versuch ist, zu mehr **Arbeitszeitgerechtigkeit** und Offenheit, zu mehr Autonomie und Flexibilität... zu gelangen. Zu bedauern bleibt das Festhalten an der 45-min. Unterrichtsstunde. Zu kritisieren sind das Vergessen der Förder- oder Sonderschulen, der Integration und der Problematik von Anfangsunterricht. Zu loben ist die Tatsache, dass das Modell nicht übergestülpt, sondern auf **freiwilliger Basis erprobt** werden soll. Festzustellen ist, es ist ein **Sparmodell**, denn das Gesamtzeitbudget der Schulen bleibt gleich, wenn es auch **transparenter und gerechter und autonom** in der Schule verteilt wird.

s/vsh stellt sich bei Volker R  he vor

- Uwe Koch -

Am 12.10.1999 empfängt der CDU-Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, Volker R  he, Michael Doppke, Walter Rossow und Uwe Koch in der Campa Nova in Kiel. An dem Gespräch nehmen noch teil Herr de Jager als bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Frau Fr  ssinger, R  hes Mitarbeiterin in der Campa Nova.

Nach freundlichem Empfang genießen die Besucher zunächst einmal den eindrucksvollen Blick auf die Kieler Förde und hören dabei R  hes Hinweis, dass er diesen Blick ab Februar als Ministerpräsident vom Landeshaus aus genießen wolle. Dann folgen 75 Minuten intensiver Meinungsaustausch in angenehmer Atmosphäre. Von Seiten der s/vsh-Repräsentanten werden folgende Themen angesprochen:

- Verlässliche, notwendige Rahmenbedingungen für eine gute Schule,
- Verantwortung für die Qualität einer guten Schule,
- Leitungszeit und Entlastung für Schulleitungen und andere Leistungsträger der Schule.

Herr R  he bekundet durch sein gezieltes Nachfragen immer wieder Interesse an der Arbeit des Verbandes und an der Arbeit von Schulleiterinnen und Schulleitern. Als die drei Schulleiter – auf seine Bitte hin – auch

  ber ihren dienstlichen Background berichten, zeigt er Verständnis für den Wunsch nach Entlastung von Schulleiterinnen und Schulleitern zu Gunsten von mehr Leitungszeit.

In dem offenen Meinungsaustausch geht es dann noch u.a. um die Veränderung der Lehrerarbeitszeit, um Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Schulleitungsmitgliedern, um Unterstützungssysteme für die Schule, um Absprachen Schulträger/Land und immer wieder um Leitungszeit und Qualität von Schule. Der CDU-Spitzenkandidat äußert sich anerkennend über das Engagement der drei Schulleiter in ihren Schulen und als Vertreter ihres Verbandes. Er sichert zu, durch nachfolgende Gespräche zum Verband Kontakt zu halten und zeigt sich befremdet, als er erfährt, dass es dem s/vsh bisher nicht gelungen ist, die Ministerpräsidentin für eine s/vsh-Gesprächsrunde zu gewinnen.

Als Volker R  he zu einer Preisverleihung, in der er die Laudatio auf den Preisträger halten soll, davoneilt und die drei s/vsh-Vertreter wieder vor dem F  rdetower stehen, sind sie sich sicher, dass dieser Mann sich nicht so über Lehrpersonal in Schulen äußern wird wie es einst ein Ministerpräsident in Niedersachsen und eine Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein taten.

Fortbildung

- Walter Rossow -

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie von Michael Doppke im Vorwort der s/vsh-information 31/99 angekündigt, wird der s/vsh zukünftig seinen Mitgliedern – aber auch Nichtmitgliedern – wieder verstärkt Fortbildungsveranstaltungen anbieten. Diese Veranstaltungen werden allerdings nicht mehr en bloc, sondern von Mal zu Mal in den s/vsh-informationen angekündigt. In diesem Heft finden Sie Angebote zu den Themenbereichen

- Schulprogrammarbeit,
- Stundenplanbau mit tabulex für Neueinsteiger, Erfahrene und Interessenten sowie
- Arbeit mit den verschiedenen Schulverwaltungsprogrammen der Firma ZI_SOFT KIEL .

Falls Sie Interesse an ganz bestimmten Fortbildungen haben sollten, so nehmen Sie bitte mit mir schriftlich oder telefonisch Kontakt auf (Adresse in der Vorstands-Liste).



Fortbildung Schulprogrammarbeit mit Dr. Riecke

Auf Grund der großen Nachfrage und Resonanz der Fortbildungsveranstaltungen des s/vsh zum Schulprogramm im Jahr 1998 bietet der s/vsh im Jahr 2000 erneut Seminare zu dieser Thematik an. Die einführenden Fortbildungsseminare sind vor allem für Mitglieder von Schulleitungen gedacht, die noch nicht mit der Schulprogrammarbeit begonnen haben oder am Anfang stehen. Außerdem wird der Wunsch aus den Fortbildungsveranstaltungen des letzten Jahres aufgegriffen und eine Zwischenbilanz der Schulprogrammarbeit gezogen. Bei den bisherigen Bestandsaufnahmen hat sich herausgestellt: Die Frage nach der Verbesserung des Unterrichts gehört zum Zentrum der Schulprogrammarbeit. Unterrichtsqualität wird deshalb ein wichtiges Thema insbesondere der weiterführenden Seminare sein.

Einführende Seminare

Schulprogramme erarbeiten:
**Von der Bestandsaufnahme
bis zum Beschluss**

Ziele:

Auf dem Fortbildungsseminar sollen

1. Ziele, Inhalte, Struktur und Eckpunkte eines Schulprogramms und
2. die Wege bis zum Beschluss erarbeitet werden.

Inhalte:

- Bedenken und Nutzen
- Entwicklung von Schulqualität
- Verbesserung von Unterricht
- Bestandsaufnahme
- Zielvereinbarungen
- Arbeitsschwerpunkte
- Struktur und Umfang
- Redaktionelle Arbeit
- Zeitplan

Arbeitsformen:

- Vortrag mit Aussprache
- Kleingruppenarbeit
- Fragebogenerhebung

Termine und Orte:

- I. 2.2.2000 in Schleswig 9 – 17 Uhr
- II. 22.2.2000 in Neumünster 9 – 17 Uhr

B. Weiterführende Seminare

**Zwischenbilanz der
Schulprogrammarbeit –
Unterrichtsqualität verbessern**

Ziele:

Auf dem Fortbildungsseminar sollen

1. eine Zwischenbilanz und ein Erfahrungsaustausch ermöglicht sowie
2. Verbesserungsmöglichkeiten des Unterrichts erarbeitet werden.

Inhalte:

- Zentrale Problemzonen von Schule
- Lösungsansätze im Schulprogramm
- Unterrichtsqualität
- Bestandsaufnahme: Unterricht
- Befunde der Unterrichtsforschung
- Wirksamkeit von Unterricht
- Erneuerung von Didaktik und Methodik
- Kontinuierliche Verbesserungsprozesse
- Beispiele aus Schulprogrammen

Arbeitsformen:

- Vortrag mit Aussprache
- Kleingruppenarbeit
- Fragebogenerhebung

Termine und Orte:

- I. 1.3.2000 in Schleswig 9 – 17 Uhr
- II. 21.3.2000 in Neumünster 9 – 17 Uhr

Leitung: Dr. Thomas Riecke-Baulecke, Universität Bremen

Die **Anerkennung des dienstlichen Interesses** für die Teilnahme an den Seminaren liegt vor.

Anmeldung: Bitte schriftlich an die Geschäftsstelle mit einem Verrechnungsscheck über DM 50,-- (Mitglieder) / DM 70,-- (Nichtmitglieder)
- darin enthalten sind die Tagungsgebühren sowie Tagungsgetränke.
Der Eingang der Anmeldung entscheidet über die Vergabe der Plätze.

Datum	Referent	Name der Veranstaltung	Schwerpunktthema	Ort
03.02.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Win_dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **
20.03.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **
03.04.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	dBs Tips und Tricks	Bordesholm **
27.04.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Haushalt & Inventar	Bordesholm **
11.05.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Stundenplanprogramm	Bordesholm **
23.05.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Win_dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **
23.05.00	Rektor Zitscher	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Stundenplanprogramm	Kiel *
06.06.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Stundenplanprogramm	Bordesholm **
13.06.00	Rektor Zitscher	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Stundenplanprogramm	Kiel *
20.06.00	Rektor Zitscher	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Tips & Tricks	Kiel *
22.06.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Tabulex , Stundenplanprogramm	Bordesholm **
20.09.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	dBs Tips und Tricks	Bordesholm **
02.10.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Win_dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **
09.10.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **
19.10.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Haushalt & Inventar	Bordesholm **
07.11.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	dBs Tips und Tricks	Bordesholm **
15.11.00	Rektor Einfeldt	Schulverwaltung per PC	Win_dBs Schülerverwaltung	Bordesholm **

Einfeldt, Wilhelminenschule, Schleswig, Tel.: 04621-25029, Fax: 04621-24767

Zitscher, Hermann-Löns-Schule, Kiel, Tel.: 0431-781795, Fax: 0431-7859125

* Veranstaltung des s/vsh in Kooperation mit dem IPTS

** Veranstaltung der Verwaltungsakademie Bordesholm, Tel.: 04322-693-0

Zielgruppe:

Schulleiter/-innen und deren Stellvertreter/-innen, Sekretärinnen, Mitarbeiter/-innen aus den Schulverwaltungsämtern

Inhalte der Veranstaltung:

Vorstellung der in Schleswig-Holstein führenden Schulverwaltungsprogramme

1. **dBs**, Schülerverwaltung mit Schulstatistik
2. **Rektor**, Lehrer und Stundenverwaltung
3. **Tabulex**, ein Stundenplanprogramm, das neue Maßstäbe setzt
4. **Paragraf ®**, Schulrecht im Hypertextsystem
5. **Haushalt & Inventar**, komfortable Haushaltsüberwachung mit automatischer Inventarisierung

Der Schwerpunkt dieser Veranstaltung liegt bei dem oben genannten Thema .

Ziele und Methoden:

Im ersten Teil der Veranstaltung wird die Arbeit mit den Programmen mittels Computer-Overhead-Display vorgestellt. Danach können die Teilnehmer/-innen selbst mit den Programmen arbeiten.

Anmeldungen an:

Verwaltungsakademie Bordesholm
Heintzestr. 13, 24582 Bordesholm
Fax: **04322-693-531**

Hermann-Löns-Schule
Tiroler Ring 289, 24147 Kiel
Fax: **0431-7859125**

Kursgebühren: DM 190,-

Computer in der Grundschule

Ein Erfahrungsbericht

- Klaus-Ingo Marquardt -

Wozu brauchen wir Computer in der Grundschule ?

Jede Lehrerin hält es für selbstverständlich, ihren Schülern den Umgang mit dem Füllfederhalter beizubringen. Überlegt sich auch jede Lehrerin, wie häufig der Füller außerhalb der Schule und der Hausaufgaben eingesetzt wird. Welche Rolle spielt der Füller in der uns umgebenden Gesellschaft? Wieviel Mühe geben wir uns, die Schwierigkeiten mit diesem Schreibgerät zu vermindern und den Kindern den Umgang damit zu erleichtern. Wieviel Verkrampfung und Angst entsteht beim Schreiben?

Sollte nicht ein Bruchteil dieser Mühen in das Kennenlernen und Benutzen des Gerätes investiert werden, das jedem Schüler in Zukunft ein ständiger Begleiter im Beruf und im Privatleben werden wird?

Der Einwand, es wäre ja noch Zeit es zu lernen, wenn es denn wirklich nötig ist, verdeckt nur mangelhaft, dass man selbst zu träge ist, den Umgang mit diesem uns fremd erscheinenden Arbeitsmittel zu erlernen. Denn wenn es ausreicht, sich mit dem Computer zu befassen, wenn man ihn im Berufsleben braucht, dann würde es auch genügen, z.B. schwierigere Rechenverfahren oder komplizierte Schreibweisen erst dann zu lernen, wenn man sie braucht. Der Schüler als Kind braucht sie im täglichen Leben nämlich nicht und muss sie trotzdem lernen.

Wer als Erwachsener unbefangen und angstfrei an einem Computer arbeiten soll, muss in der Schule damit vertraut gemacht worden sein. Und die ersten grundlegenden Erfahrungen sollte er schon in der Grundschule gesammelt haben.

Woher bekomme ich denn überhaupt die Computer ?

Sollten Sie versuchen, die Computer über die Schulträger zu bekommen, werden Sie lange warten müssen, denn der Schulträger wird die Preise für neue Geräte einholen und dann kommt man schnell auf DM 2000 für einen Arbeitsplatz. Dieser Weg scheint mir aus finanziellen Gründen nicht gangbar. Ich habe unserer Schule die Geräte schenken lassen.

Auf diese Weise verfügen wir zur Zeit über 42 Arbeitsplätze.

Um an die großzügigen Spender heran zu kommen, habe ich einen Aufruf an die 311 Eltern unserer Schüler herausgegeben, in dem ich sie gebeten habe, in ihren Betrieben zu fragen, ob in Kürze Computer ausgetauscht würden. Die Resonanz war so, dass ich den jetzigen Stand innerhalb eines halben Jahres erreichen konnte.

Für jeweils sechs Computer benötige ich einen Drucker. Da diese bei den Spenden meistens fehlen, mussten sie gekauft werden. Für alle Drucker und sonstiges Zubehör haben wir bisher ungefähr DM 8000 ausgegeben. Diese Summe hat der Schulverband leichten Herzens gegeben, liegt sie doch weit unter dem, was diese 42 Arbeitsplätze sonst gekostet hätten.

Die geschenkten Rechner sind meistens älteren Datums und den heutigen Anforderungen in Betrieben nicht mehr gewachsen. Für uns reichen selbst 386er-Rechner noch aus, denn unsere Lernprogramme laufen auf DOS-Basis.

Wie setze ich die Computer in der Schule ein ?

Jeder ältere Lehrer kennt noch die Sprachlabore für Englisch. Toll ausgestattet, wenig benutzt. Viele Schulen haben nach diesem Muster Computerräume eingerichtet. Ich hoffe, die werden besser genutzt.

Wir haben die Computer direkt in die Klassen gebracht. Zur Zeit haben die Klassen mindestens drei, höchstens sechs Computer. Zu jeder Gruppe gehört ein Drucker. Von unseren 14 Klassen haben 12 direkten Zugriff auf die Rechner. Sie stehen in Gruppenräumen, die teilweise von zwei Klassen genutzt werden, sie stehen in den Klassenräumen oder vor den Klassen auf dem Flur hinter einer abschirmenden Wand. Die PCs werden in unterschiedlicher Intensität eingesetzt, je nach dem wie weit der Fortbildungsstand der Lehrerin voran geschritten ist. Die Eltern wurden rechtzeitig informiert und stehen voll hinter unserer Idee. Während ich dies schreibe, wird mir ein kompletter Arbeitsplatz zur Tür herein getragen.

Welche Programme haben wir eingesetzt ?

Die Auswahl der Programme ist sehr wichtig, entscheidet diese Wahl doch darüber, ob die Programme von den Lehrern und Schülern angenommen werden oder nicht.

Wir haben uns für die *Budenberg*-Programme entschieden. Sie haben unübersehbare Vorteile für unsere Arbeit.

- Sie laufen auf den ältesten PCs ohne abzustürzen (MS-DOS).
- Sie wurden von Förderschul-Lehrern entwickelt und gehen in ihren Übungen sehr **kleinschrittig** vor.
- Mit den Programmen **üben** die Schüler **lesen, schreiben und rechnen**.
- Nach jedem Übungsteil von max. 20 Minuten erhält der Schüler ein **Protokoll**.
- Für den Lehrer werden alle absolvierten Übungen für jeden Schüler **gespeichert** und können zu jeder Zeit ausgedruckt werden.
- Für jeden einzelnen Schüler können bestimmte Übungen **voreingestellt** werden.
- Zu jeder Übung können passende **Arbeitsbögen** ausgedruckt werden.
- Die Programme verzichten auf jeglichen **'Schnickschnack'**. Die Aufgabe steht immer im Vordergrund und beherrscht den Bildschirm.

Wenn die Erstklässler die fünf Vokale kennen, können sie die ersten Anlaut-übungen auf dem PC absolvieren.

Wie werden die Programme im Unterricht eingesetzt ?

Ich verfüge in meinem Klassenraum über sechs PCs. Ich habe 24 Schüler im zweiten Schuljahr. Je vier Kinder teilen sich einen PC. Von Montag bis Donnerstag können also täglich sechs Kinder in der Deutschstunde die von mir voreingestellten Übungen bearbeiten. Die restlichen Schüler arbeiten im Rahmen des Wochenplans an anderen Arbeitsmittel oder Themen.

Die PCs stehen im Klassenraum hinter einer

Stellwand und einem Regal, so dass die Schüler, die nicht am PC arbeiten, die Monitore nicht sehen können. Die Mathematiklehrerin arbeitet in meiner Klasse noch nicht mit dem PC. Das liegt nicht daran, dass sie nicht gern möchte, sondern eher daran, dass ein gewisser organisatorischer Aufwand zu treiben ist. Besonders im Mathematikunterricht mit seinen vielen Übungseinheiten ist der PC hervorragend einzusetzen.

Die Schüler sind so von dem neuen Arbeitsmittel begeistert, dass sie regelmäßig freiwillig morgens eine Stunde eher in die Schule kommen oder mittags eine Stunde länger bleiben. Sie dürfen dann aus dem reichhaltigen Material selbst wählen, was sie bearbeiten möchten.

Wer profitiert am meisten von den Übungen am Computer ?

An unserer Schule gibt es zwei I-Klassen, in denen teilweise in Doppelbesetzung gearbeitet wird. Die drei Förderschul-Lehrerinnen, die bei uns eingesetzt sind, benutzen die PCs voller Überzeugung, denn auf dem PC kann in einer Stunde jeder Schüler das üben, was seiner Lernschwierigkeit entspricht. Die Vielfalt der Differenzierungsmöglichkeiten ist durch kein anderes Medium zu erreichen. Gerade die schwächsten Schüler profitieren am meisten von unseren Computern. Sie erfahren bei jeder Aufgabe eine sofortige Rückmeldung. Sie müssen nicht erst einen ganzen Arbeitsbogen bearbeiten, um dann mitgeteilt zu bekommen, dass leider alles falsch ist. Die Lehrerin kann aus dem Protokoll ersehen, wie viele und welche Fehler der Schüler gemacht hat und die folgenden Übungen darauf abstellen. Die Programme sind so vielfältig, dass ein Grundschüler Mühe haben dürfte, im Laufe der vier Jahre alle Programme kennenzulernen bzw. zu bearbeiten.

Ich bin gerne bereit, interessierten Kolleginnen und Kollegen die Programme vorzuführen und zu beraten. Meine Anschrift finden Sie in der Vorstandsadressenliste.

Reaktion der DB auf die Beschwerde einer Schule

Auf Bitten der betroffenen Schule und um der Vollständigkeit der Darstellung wegen drucken wir auf der folgenden Seite das Antwortschreiben der Bahn auf den in Heft 31 veröffentlichten Beschwerdebrief einer Schule ab:



Reise&Touristik

Deutsche Bahn Gruppe

Regionalbereich Nord
Postfach 50 03 61
22703 Hamburg

DB Reise & Touristik AG Postfach 50 03 61 22703 Hamburg
Schulverband Kaltenkirchen
Hauptschule am Lankweg
Lankweg 2 – 4

24568 Kaltenkirchen

Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen/Bearbeitung	Telefon/Fax/E-Mail	Datum
15.09.1999	FRB 3 Bu 2011524	040/3918-8637 040/3918-8898	11.10.1999

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre o. g. Zuschrift und die Zusendung Ihrer Reiseunterlagen.

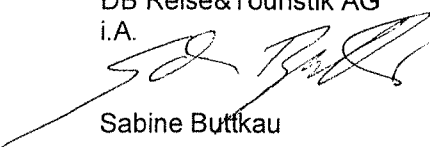
Für die auf Ihrer Klassenreise am 10.09.99 entstandenen Unannehmlichkeiten entschuldigen wir uns sehr herzlich.

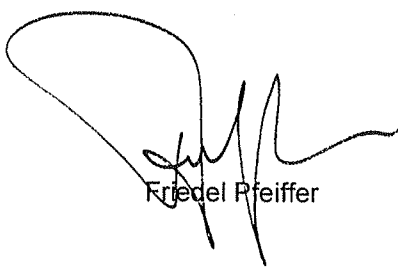
Es bringt Ihnen, denken wir, wenig, wenn wir Ihnen wortreich auseinandersetzen, wer wann wo was besser hätte machen können, um die unangenehmen Folgen für unsere Kunden in vertretbaren Grenzen zu halten. Damit können wir Ihren Ärger nicht ungeschehen machen, und wir wollen den Eindruck vermeiden, daß wir uns herausreden. Wir haben die Hintergründe untersucht und versichern Ihnen, daß wir selbstverständlich bemüht sind, Schwachstellen zu beheben und den Service zu bieten, den Sie zurecht erwarten können.

In der Hoffnung, Ihr Vertrauen in die Bahn zu erhalten, legen wir Ihnen einen Kulanz-Reisegutschein im Wert von 300,- DM bei.

Für zukünftige Klassenfahrten wünschen wir Ihnen angenehmes Reisen mit der Bahn.

Mit freundlichen Grüßen
DB Reise&Touristik AG
i.A.


Sabine Buttkau


Friedel Pfeiffer

Anlage

DB Reise&Touristik AG
Sitz Berlin
Registergericht
Berlin-Charlottenburg
HRB Nr. 00 000
Ust-IdNr.: DE 000000000

Vorsitzender des
Aufsichtsrates:
N.N.
Vorstand:
Dr. Axel Nawrocki
Vorsitzender

Dr. Ingo Bretthauer
Karl-Dietrich Reemtsema
Dr. Rolf Kranüchel
Jens-Uwe Bruysten

Hinweise zur Rechtsberatung

- Friedrich Jeschke, Rektor a.D. -

Trotz zahlreicher Gesetze, Erlasse und Einzelbestimmungen, die den Schulalltag einengen, kommen viele Kollegen lange Zeit ohne Rechtsstreitigkeiten aus.

Der Ärger ist dann groß und die Enttäuschung riesig, wenn eine Dienstaufsichtsbeschwerde, eine Anklage wegen Verletzung der Aufsichtspflicht oder gar ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht droht.

Jeder kann in einen Rechtsstreit im dienstlichen Bereich gezogen werden. Wollte man eine Streitmöglichkeit ausschließen, könnte man keine Schule leiten und auch nicht unterrichten.

Aus meiner langjährigen Dienst Erfahrung möchte ich Ihnen einige Hinweise geben, wie man möglichst viel Erfolg bei Rechtsverfahren haben kann.

1. Anträge an die Behörden (z.B. Höherstufung nach anwachsender Schülerzahl) und Antworten auf Beschwerden (z.B. wegen mangelnder Aufsicht) sollten kurz, klar und sachlich abgefaßt sein.

2. Nach Streitgesprächen sollte ein genaues Gedächtnisprotokoll angefertigt und dem Gegner zugeschickt werden. Das Protokoll muß den Streitgegenstand, die Teilnehmer, die gegenteiligen Auffassungen und mögliche Ergebnisse des Gesprächs enthalten.

3. Bei Vorfällen, die zu einem Streit führen könnten, ist immer eine möglichst neutrale Person mit der Protokollverfassung zu beauftragen.

4. Emotional geprägte Schriftsätze verringern im Rechtsstreit eher die Erfolgsaussichten.

5. In einem Rechtsstreit wird nach Gesetzes- und Erlasslage entschieden. Es ist wichtig, die einschlägigen Gesetzestexte und Erlasse zu kennen, damit man seine Erfolgschancen sicherer beurteilen kann.

6. In einem Rechtsstreit muß man den Sachverhalt beweisen. Es sind also alle notwendigen Beweismittel in Kopie - vor Gericht im Original - beizufügen.

7. In einem Rechtsverfahren muß man auch bei negativen Entscheidungen nicht sofort aufgeben. Manchmal urteilt die nächste Instanz anders.

8. Diese Hinweise sind nicht erschöpfend. In kritischen Situationen ist es immer vorteilhaft, wenn man seinen Fall einer nicht betroffenen Person vorträgt. Hier bietet sich die Rechtsberatungsstelle des s/vsh an. Ich empfehle, die Rechtsberatung möglichst frühzeitig in Anspruch zu nehmen. Schon in dem ersten Schriftsatz kann man entscheidende Fehler machen.

9. Falls Sie einen Rechtsanwalt zu Hilfe nehmen, sollten Sie darauf achten, daß er im Beamten,- Schul- und Verwaltungsrecht Erfahrung hat.

Ansprechpartner für die Rechtsberatung sind Friedrich Jeschke, Michael Doppke oder Paul Kniebusch (s. Vorstandsadressenliste)

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg ohne Rechtsstreitigkeiten in Ihrer dienstlichen Tätigkeit.

Musterbrief für einen Antrag auf Höherstufung

gemäß dem Anhang A zum Bundesbesoldungsgesetz in der gültigen Fassung

- Friedrich Jeschke, Rektor a.D. -

Eine wachsende Anzahl von neu ernannten Schulleiterinnen und Schulleitern wird nicht in die im Bundesbesoldungsgesetz vorgesehenen Besoldungsgruppen eingestuft. Grund für dieses unverständliche Verhalten des Ministeriums ist eine Fixierung der Einstufung der Schulleiter nach den Schülerzahlen des Schuljahres 1995/96 in einem der letzten Haushaltsgesetze.

Es ist zu empfehlen, die richtige Einstufung zu beantragen. Dazu biete ich folgendes Muster schreiben an:

Name der Schule
Anschrift
Schulleiter

An das
Ministerium für Bildung, Wissenschaft
Forschung und Kultur des Landes Schleswig - Holstein
Brunswiker Straße 16-22

24103 Kiel
a.d.D.

Datum

Antrag auf Einstufung in die Besoldungsgruppe ... gemäß Anlage 1-Besoldungsordnung A -
des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 1998

Sehr geehrte Frau Ministerin Erdsiek - Rave,

ich bin mit dem..... zum Schulleiter an der.....Schule
ernannt worden. Ich wurde in die Besoldungsgruppe A..... eingestuft.

DieSchule hatte laut Schulstatistik in den Schuljahren
1996/97 Schülerinnen und Schüler
1997/98 Schülerinnen und Schüler
1998/99 Schülerinnen und Schüler
1999/2000 Schülerinnen und Schüler

DieSchule wird laut Schulentwicklungsplan in den Schuljahren folgende
Schülerzahlen haben
2000/2001 Schülerinnen und Schüler
2001/2002 Schülerinnen und Schüler
2002/2003 Schülerinnen und Schüler

Ich bitte, mich in die Besoldungsgruppe A..... gemäß der Anlage 1-Besoldungsordnung A -
des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 3.Dezember 1998 einzustufen.

Mit freundlichen Grüßen

PRIORITÄTEN SETZEN
heißt auswählen, was liegen bleiben soll.

Helmut Nahr

PRESSESPIEGEL

Immer mehr Länder wollen in Schulzeugnissen das Sozialverhalten beurteilen

Wieder Noten fürs Betragen?

Simonis-Regierung ist strikt dagegen – Rüge für eine Zensur mit Zusatz

Von CURD TÖNNEMANN

KIEL/SCHWERIN – Bei einer CDU-geführten Landesregierung werden Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler wieder für ihr soziales Verhalten beurteilt. Auch Mecklenburg-Vorpommern denkt derzeit über eine Benotung in Fleiß, Ordnung, Mitarbeit und Betragen nach. Die rot-grüne Regierung in Kiel lehnt die so genannten Kopfnote ab.

Als erstes Bundesland hatte Sachsen mit Beginn des Schuljahres wieder landesweit Kopfnote eingeführt. Andere Bundesländer bereiten nach LN-Informationen inzwischen Modelle zur Benotung des Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülern vor. Berlin und Hessen räumen ihren Schulen schon jetzt die Möglichkeit ein, auf freiwilliger Basis Kopfnote zu vergeben. Niedersachsen, Brandenburg und das Saarland wollen im kommenden Schuljahr Zensuren für die Leistungsbereitschaft oder Mitarbeit verteilen.

Auch Volker Rüge, CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, befürwortet Kopfnote, möchte dabei aber nicht ausschließlich eine Benotung nach Zensuren. „Eine reine Kopfnote allein wird dem Charakter eines jungen Menschen nicht gerecht“, sagte er den LN. Eine zusätzliche Ergänzung in Berichtsform hält Rüge für sinnvoll. Die CDU hat nach Rühes

Angaben ein großes Interesse bei Eltern und Betrieben festgestellt, „etwas mehr an differenzierten Informationen über das Sozial- oder Lernverhalten der Schüler zu erfahren“.

Die Simonis-Regierung sieht dagegen keinen Handlungsbedarf. „Eine Einführung nach sächsischem Vorbild wird weder von den Landesschülervertretungen noch von den Landeselternbeiräten gewünscht“, erklärte Beate Hinse, Sprecherin im Kieler Bildungsministerium gestern. Kopfnote stünden im Widerspruch zu den Beurteilungskriterien der Lehrpläne. Dort werde die Dokumentation von Fähigkeiten gefordert, die für das selbständige Lernen und das Lernen in der Gruppe wichtig seien, erklärte das Bildungsministerium.

Die rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern beurteilt eine Wiedereinführung weniger dogmatisch. „Wenn Kopfnote von Eltern und Leh-

ZEUGNIS

Robert-Mustermann-Realschule

Dienstag,
16. November 1999

LN

Name: Michaela Schu

Klasse: 7

Fleiß: <u>befriedigend</u>	Mitarbeit: <u>gut</u>
Ordnung: <u>ausreichend</u>	Betragen: <u>befriedigend</u>

rern gewollt sind und sie zudem sinnvoll erscheinen, dann werden wir das Schulgesetz ändern“, erklärte Kultusminister Peter Kauffhold (SPD) und ergänzte: „Eine Umsetzung wäre schnell möglich – noch in dieser Legislaturperiode.“

Die von der Hamburger CDU geforderte Einführung der Kopfnote ist bei den übrigen Bürgerschaftsparteien auf heftige Ablehnung gestoßen. Der Vorstoß wird jedoch im Schulausschuss weiter diskutiert. „Uns geht es nicht um alte Rohrstock-Pädagogik“, be-

tonte der CDU-Abgeordnete Wolfgang Beuß. Das Sozial- und Arbeitsverhalten der Kinder sei heute ein Schwerpunkt in Schulen. Darüber müsse es auch eine Rückmeldung für die Eltern und Ausbilder geben.

„Die Persönlichkeit eines Menschen kann weder mit einer Note noch einer Standard-Bemerkung hinreichend beschrieben werden“, begründete der SPD-Abgeordnete Jens Rocksien die „kategorische Ablehnung“ seiner Fraktion. Eine Rückkehr zu „veralteten Mustern“ lehne seine Partei ab. Eine

„sinnvolle Feedback-Kultur“ brauche keine Zensuren, meinte GAL-Abgeordnete Christa Goetsch.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) plädiert unterdessen für eine moderne Variante von Kopfnoten: „Ich bin dafür, dass Eigenschaften wie Teamfähigkeit, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft im Zeugnis eigenständig gewürdigt werden.“ Wenn sich jemand mies gegenüber seinen Mitschülern verhalte, könne das auch dokumentiert werden.

Kritik und Selbstkritik wird Pflicht in Schleswig-Holsteins Amtsstuben und Schulen

Alle Landesdiener dürfen ihren Chefs ein Zeugnis geben

Von ARNOLD PETERSEN

KIEL – Alle Vorgesetzten an Schleswig-Holsteins Landesbehörden müssen künftig einmal im Jahr Selbstkritik üben und sich der Kritik ihrer Mitar-

beiter stellen. Die Landesregierung verspricht sich von dieser bundesweit einmaligen Reform ein besseres Betriebsklima und eine höhere Moti-

vation der Beschäftigten. Zum Zeugnisschreiben über ihre direkten Vorgesetzten sind alle 68 000 Mitarbeiter im Landesdienst aufgefordert.

Eine entsprechende Vereinbarung wurde gestern zwischen Regierung und DGB-Gewerkschaften in Kiel unterzeichnet. Deutscher Beamtenbund (DBB) und Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) haben bereits unterschrieben. Ebenfalls vereinbart: Mitarbeitergespräche des Vorgesetzten, die Einführung von Kosten-/Leistungsrechnungen in den Behörden sowie Auszeiten durch Vorarbeit, sogenannte Sabbatjahre, auch für Angestellte.

Die obligatorische Vorge-

setzten-Beurteilung war bereits vor einem Jahr grundsätzlich vereinbart worden. Zunächst wurden jedoch Pilotversuche vorgeschaltet, unter anderem im Innenministerium. Dort seien gute Erfahrungen gemacht worden, berichteten Ministerpräsidentin Heide Simonis und Innenminister Ekkehard Wienholtz, so dass nun seit 1. Oktober die flächendeckende Einführung laufe. Grundlage ist das Mitbestimmungsgesetz.

Die Beschäftigten fällen ihr Urteil über den Vorgesetz-

ten mit einem 50-Punkte-Fragebogen. Abgefragt werden unter anderem Informationsverhalten, Zusammenarbeit im Team oder das Engagement für Gleichstellung und Modernisierung. Sechs Noten können vergeben, dazu in freier Form Anmerkungen gemacht werden. Die Antworten erfolgen anonym.

Auch die Chefs selbst müssen sich einschätzen und den Fragebogen ausfüllen. Selbst-einschätzung und Mitarbeiterurteil werden dann in gemeinsamer Runde bespro-

chen. Dabei sollen auch Konsequenzen und Maßnahmen für die künftige Zusammenarbeit zur Sprache kommen. Für die Auswertung der Fragebogen werden Moderatoren aus dem jeweiligen Haus eingesetzt.

Kein Chef wird abgesetzt, der bei seinen Mitarbeitern durchfällt. Wienholtz verwies aber auf Führungspositionen auf Zeit. „Da spielen solche Dinge eine Rolle“. Der Minister weiter: „Jeder Vorgesetzte, der auf Schwächen hingewiesen wird, ist gut be-

raten, diese zu beseitigen“. Bernhard Fischer, Vorsitzender der ÖTV Nord, meinte: „Für den öffentlichen Dienst ist das fast revolutionär. Wir glauben, es führt zu einem besseren Miteinander“.

Die Ministerpräsidentin sprach vom Abschied des „Dialogs über den Aktenbock“. Sie verwies auf nunmehr 28 Modernisierungsprojekte im Landesdienst, die seit 1995 mit den Gewerkschaften vereinbart worden seien. „Wir sind wieder einmal Nummer eins“, freute sie sich.

Kein Bedarf mehr für den Zopf am Kopf

Fleißig war ich in der Schule nie, demnach schwankte meine Fleißnote regelmäßig zwischen zwei und drei. Aufmerksam war ich wohl, doch bezweifle ich, ob meine Lehrer das beurteilen konnten (wer schaut schon in den Kopf eines Pennälers?).

Und die Betragen Note hielt sich am oberen Rand des Mittelfeldes, obwohl mein Betragen mal nach oben, mal nach unten ausriss – so wie bei allen meinen Schulkameraden. Als Klassensprecher tat ich mich wichtig, bei der Abitur-Abschlussfeier erschreckte ich alle mit der Mitteilung, ich möchte um nichts mehr von der Schule wissen und niemanden mehr wiedersehen.

Erst fünfundvierzig Jahre später erhielt dieses Betragensmanko einen Verweis. Beim Beantragen meiner Altersrente musste ich, um Ausfalljahre geltend zu machen, nachweisen, dass ich bis zum Abitur auf der Schulbank saß.

Die Bescheinigung kam prompt, freilich mit dem Hinweis, na, nun wollte ich ja doch noch was von meiner alten Schule wissen. Der unterzeichnende Direktor war ein ehemaliger Schulkamerad. Man treffe sich – ohne mich, versteht

sich – immer noch regelmäßig, ob ich nicht doch mal vorbeischaun möchte. Ich genierte mich, aber ich mochte nicht. Betragen: Note zwei.

Dieser Tage meldete sich ein weiterer Schulkamerad auf indirektem Weg. Sein Sohn wollte mich auf Video einfangen, ich sollte ein paar passende Worte zum 70. seines alten Herrn absondern. Ich tat's, als Dank erhielt ich ein Foto der alten Abiturklasse, und aller Namen fielen mir ein. Aufmerksamkeit: Note zwei. Ich bedankte mich artig.

Fleiß: Note eins. So haben mich fünfzig Jahre nach dem Abitur die alten Kopfnoten wieder eingeholt, mit deren Hilfe wir damals in Schach gehalten wurden.

Kopfnoten? Fleiß, Aufmerksamkeit und Betragen standen am Kopf des Zeugnisbogens und sollten die Eltern aufklären über die Sekundäreigenschaften ihrer Sprösslinge.

Seit den 70er Jahren fehlen die Kopfnoten auch auf normalen Zeugnissen, offensichtlich um die Würde der jungen Zöglinge nicht zu verletzen. Allein das Musterländle Baden-Württemberg und das Saarland führten die Kopfnoten wieder ein, Sachsen folgte mit Beginn dieses Schuljahres, und die Law-and-Order-CDU möchte sie wieder generell einführen.

Wenn denn Schule und Elternhaus eine unbändige Jugend durch Vorbild und Diskussionsbereitschaft und natürliche Autorität nicht bändigen können, wie denn dann durch zopfige Kopfnoten, die wir wissen's doch aus eigener Erfahrung, von Lust und Laune der Pauker und Paukerinnen abhängen? In der DDR gab es zudem vier Kopfnoten, und ich frage mich, sind dort bessere Menschen erzogen worden?

Ich denke, unsere Zukunft hängt von ganz anderen Kriterien ab, nämlich von der Erziehung zu selbstständigem Denken, zu

KOLUMNE

Von **ERICH BÖHME**

Teamfähigkeit, sozialem Verhalten, Kreativität und Toleranz. Alles Eigenschaften, die von fähigen, motivierten und moralisch gefestigten Lehrern und Eltern vermittelt, schwerlich aber benotet werden können.

Solange aber noch der faulste Lehrer Eingang ins Guinness-Buch der Rekorde findet, solange die Lehrerschaft für höhere Bezahlung und weniger Wochenstunden auf die Barrikaden geht, solange können mir Kopfnoten und Schulunformen gestohlen bleiben.



LN
17.10.99

„Zensuren“ für die Chiefs

Kiel (US) Alle 68000 Mitarbeiter der Landesverwaltung müssen ab sofort Qualität und Mängel ihrer unmittelbaren Vorgesetzten beurteilen. Diese jährlichen „Zensuren“ für Chiefs in den Behörden hat Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) gestern mit DGB-Gewerkschaften und dem Beamtenbund vereinbart.

Die Vertragspartner sehen darin einen weiteren Schritt zur Verwaltungsmodernisierung. GEW-Landesvorsitzende Rita Wittmaack schließt nicht aus, dass es nach Klärung einiger noch offener Fragen auch an allen Schulen im Lande zur Benotung der Schulleiter durch die Lehrer kommen könne. Simonis ist überzeugt, die Neuregelung werde die Zufriedenheit der Mitarbeiter steigern und und damit die Verwaltung kundenfreundlicher machen.

Ganz anderer Auffassung ist CDU-Spitzenkandidat Voker Rühle: Simonis' Modernisierung der Verwaltung erschöpfe sich in Selbstbeschäftigung und Selbsterfahrungsprogrammen der Mitarbeiter. Das sei offenbar der Preis für die geplante Wahlkampfunterstützung der Gewerkschaften für Rot-Grün. SPD-Fraktionschef Lothar Hay lobt hingegen, Simonis setze ihre Maxime „Verhandeln statt verordnen“ konsequent um.

Der Vertrag legt fest, dass alle Mitarbeiter der Landesverwaltung jedes Jahr einen anonymisierten Katalog mit 50 Fragen

über die Führungsqualität ihres jeweiligen Vorgesetzten ausfüllen. Darin darf angekreuzt werden, wie weit man glaubt, vom Chef leistungsmäßig wahrgenommen und gerecht gelobt zu werden und ob Vorgesetzten-Kritik als angemessen oder nicht erlebt wird.

Die Teamfähigkeit des Vorgesetzten und seine Bereitschaft zur Information wird bewertet. Und es wird angegeben, ob man die Vorkerkungen eines Chiefs gegen eventuelles Mobbing für übertrieben oder zu schwach hält.

Gleichzeitig ist jeder Vorgesetzte verpflichtet, sich auf dem Fragebogen selbst zu bewerten und dann in einem Gespräch mit den Mitarbeitern zu erörtern, ob und weshalb es zu unterschiedlichen Einschätzungen gekommen ist und wie er seine Führungsqualität verbessern kann.

Um solcher permanenter Pflicht zur Selbstkritik aller Vorgesetzten gegebenenfalls die Schärfe zu nehmen, werden besonders geschulte Moderatoren aus dem Kreis der jeweiligen Behörde eingeschaltet.

Zensuren für Vorgesetzte in Behörden

Umständlich und übertrieben

Der öffentliche Dienst ist nicht dazu da, für die Behördenmitarbeiter in den Amtsstuben möglichst viel Freude und Wohlgefühl auszulösen. Aufgabe der Staatsdiener ist es vielmehr, Regierungshandeln wirkungsvoll und wirtschaftlich umzusetzen und vor allem, Dienstleistungen für die Bürger zu bringen. Wer die neuen Vereinbarungen der Landesregierung mit Gewerkschaften liest, könnte jedoch den Eindruck gewinnen, Landesbehörden widmeten sich vor allem internen Mitbestimmungsübungen. Ganz oben auf der Hitliste stehen Zensuren für Vorgesetzte.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich ist Zufriedenheit der Bediensteten für Motivation und Arbeitsklima wichtig. Und natürlich scha-

det es keinem Vorgesetzten, wenn er seine Leistung am Urteil anderer messen muss und zur Teamfähigkeit ermuntert wird. Aber die umständliche und übertriebene Zensurengebung aller öffentlichen Mitarbeiter gegen alle öffentlichen Vorgesetzten, die Gewerkschaften und Landesregierung gestern vereinbart haben, konnten sich wirklich nur Bürokraten ausdenken.

Das mag gut gehen, so lange das Klima in einer Verwaltung in Ordnung ist. Politischer Missbrauch bleibt jedoch nicht ausgeschlossen. Im Extremfall jedenfalls könnte die Neuregelung die Arbeit einer Dienststelle durch Dauerkraus und vertraglich abgesicherte anonyme Einschüchterungen der Vorgesetzten lahm legen.

URS STAHL

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist **die Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 420 Mitglieder an.

Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervvertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o. g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft **WIR-GEFÜHL**, da im Kern **alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich** ist !

Gemeinsam sind wir stärker !

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Postfach 1335 - 25536 Brunsbüttel

BEITRITTSERKLÄRUNG zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. – s/vsh –

Name	Vorname	Geb. Datum

Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständ. Schulamt

Name und Anschrift der Schule

Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax

Privat-Anschrift

Ort, Datum	Unterschrift

Ich bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,- einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich! Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit:

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben):

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Nachlese

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
dies ist ein ungewöhnlich dickes Heft - hauptsächlich mit Berichten von Veranstaltungen. Auch das muss sein. Trotzdem würde ich mich freuen, wenn es möglich wäre, ein bis zwei Hefte pro Jahr mit **Themenschwerpunkten** herauszugeben; keineswegs nur von einem Autor wie das Schulprogrammheft, das wir sogar nachdrucken mußten; was zeigt, welche Nachfrage im Schulentwicklungs- und pädagogisch-organisatorischen Bereich besteht. Mir selbst geht es häufig so, dass ich durch Zufall im Gespräch mit Kollegen Handhabungen oder Ideen erfahre, die ich nachahmenswert finde und gern rechtzeitig „**abgeguckt**“ hätte - muss jeder von uns sich alles selbst ausdenken? Passgerecht wird es dann in jedem Kollegium schon gemacht. Die **Teamarbeit**, die ich im Kollegium „predige“, wenn nach Entlastung gefragt wird, wünsche ich mir dringend noch mehr in **Schulleitung** - obwohl oder weil ich sie in Vorstand und ASD schon so oft wie möglich nutze.

Ein solcher Austausch ist aber nur möglich, wenn sich **viele von Ihnen auch beteiligen**, d.h. mitschreiben. Dass das schon wieder MEHRARBEIT ist, weiß ich nur zu genau; aber das Kochen im eignen Saft macht zwar mürbe, aber die Vitamine - die kreative Vielfalt - leidet darunter, das wissen wir alle - *wie Sie merken, garen bei mir Zeitung und Sonntagsbraten parallel.*

Also geben Sie sich einen Ruck, **schreiben Sie** Ideen oder Kommentare - kurz und bündig - herunter oder legen Sie gelungene/ideenreiche Kopien in einen Umschlag oder ziehen Sie Texte auf Diskette. Für die nächsten Hefte denke ich an „**Organisationsmodelle Betreuer Grundschule**“ und „**Praxisberichte aus der Schulprogrammarbeit**“.

Weitere Ideen, Wünsche, Briefe, Texte.... sind willkommen.

Mit herzlichen Grüßen, frühzeitigen Wünschen für besinnliche Feiertage, erholsame Ferien und einen guten Rutsch in ein gesundes und schulleitungsfreundlicheres Neues Jahrtausend - auch im Namen meines Redaktionskollegen Walter Rossow

Ihre Angelika Sing



Anbei sehen Sie noch ein paar späte Fotosplitte der ASD-Frühjahrstagung in Baden-Württemberg

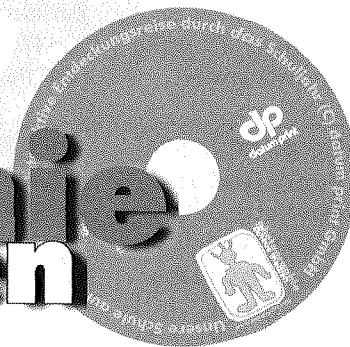
Vorstand

Name	Privatanschrift	Schuladresse	Fax email
Rektor Michael Doppke Vorsitzender	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278 / 840960	Schule 04121 - 82972 privat 04106 - 78867 Michael.Doppke@t-online.de
Geschäftsstelle ² Paul Kniebusch Postfach 1335 25536 Brunsbüttel	Westerstr.29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr.1 25541 Brunsbüttel 04852 - 549910 neu!!	04832 - 5286 Paul.Kniebusch@t-online.de
Realschulrektor Uwe Koch Stv. Vorsitzender	Schobüller Str. 57 25813 Husum 04841 - 4267	Ferdinand-Tönnies-Schule Flensburger Chaussee 30 25813 Husum 04841 - 73715	04841 - 61695
Rektor Walter Rossow Stv. Vorsitzender	Wacholderweg 27 25462 Rellingen 04101 - 372780	Geschwister-Scholl-Schule Schulstr. 6 25355 Barmstedt 04123 - 7119	Schule 04123 - 2326 privat 04101 - 372782 Walter.Rossow@t-online.de
Konrektor Klaus-Ingo Marquardt Schriftführer	Pommernweg 33 24582 Wattenbek 04322 - 2362	Grundschule Wattenbek Schulstr. 6 24582 Wattenbek 04322 - 5650	privat 04322 - 2362 Klaus.Marquardt@t-online.de
Rektor Hans-Peter Drosdatis Kassierer	Fleederbusch 9 24576 Bad Bramstedt 04192 - 4521	Grundschule G.-Keller-Str. Sandweg 39b 22848 Norderstedt 040 - 5235451	040 - 5283367
Rektor Olaf Peters Beisitzer	Heisterweg 11 24392 Süderbrarup 04641 - 933146	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Str. 7 24376 Kappeln 04642 - 984600/9846029	04642 - 9846016 olaf.pet@t-online.de
Rektorin Angelika Sing Beisitzerin	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Grund- und Hauptschule 23896 Nüsse Poggenseer Weg 11 04543 - 474	04542 - 89274 slvsh@t-online.de
So-Rektorin Nora Siegmund Beisitzerin	Illerweg 31 24146 Kiel 0431 - 787894	Gerhart-Hauptmann-Schule Große Ziegelstr. 62 24148 Kiel 0431 - 722933	Schule 0431 - 721069 Nora.Siegmund@t-online.de
Rektor Hans Stäcker Beisitzer	Herm.Lönsweg 21 24939 Flensburg 0461 - 12392 <i>die.staekers@fowi.net</i>	Grund- und Hauptschule Tarp Schulstr. 7 24963 Tarp 04638 - 894614	Schule 04638 - 894623 privat 0461 - 5090221 ghs.tarp@schulerr.kommet.net <i>ghstarp@fowi.net</i>
Schulleiterin Heike-Maria Lenz Beisitzerin	Alte Dorfstr. 20 24327 Kaköhl 04382 - 509	Grund- und Hauptschule 24321 Hohwacht Am Buchholz 1 04381 - 7551	04382 - 927821 Grundschule-Hohwacht@t-online.de
Schulleiter Peter Franke Berater	FlensburgerStr. 16f 24997 Wanderup 04606 - 361	Grundschule 24997 Wanderrup Tarper Str. 19-21 Tel. 04606-238	franke.p@t-online.de
Friedrich Jeschke Rechtsberatung	Meisenweg 11 23769 Burg a. F. 04371 - 2402	Rektor a.D.	04371 - 3749

² Homepage <http://home.t-online.de/home/slvsh>

Ein Konzept macht Schule

photographie & neue medien



Pinneberger Firma erhält Auszeichnung

Für wegweisende Konzepte in der Photobranche wurde die Firma datum print aus Pinneberg mit dem aktuellen Impulse-Preis ausgezeichnet. Zahlreichen Schulen in Schleswig-Holstein ist die Firma seit bereits fast zwei Jahrzehnten aus der klassischen Schulfotografie bestens bekannt. Seit Jüngstem bietet datum print darüber hinaus einige bemerkenswerte Zusatzleistungen. So wird auf Wunsch ein kostenloses Bildarchiv auf CD-ROM geliefert, das in Verbindung mit den gängigen Schulverwaltungsprogrammen wie z.B. dBs von ZiSoft genutzt werden kann. Schülerausweise in Scheckkartenqualität oder digitalisierte Reportageaufnahmen, die der Schule zur Gestaltung ihrer homepage zur Verfügung gestellt werden, gehören ebenfalls zum Service, der für datum print - Kunden inzwischen fast selbstverständlich ist.

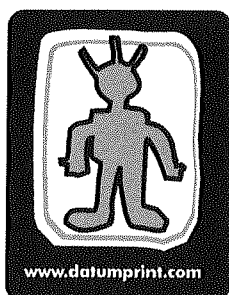
Für Schulen, die an einer wirklich zeit- und mediengerechten Selbstdarstellung interessiert sind, hält datum print ein in der Tat spektakuläres Konzept parat: "Unsere Schule auf CD-ROM" bietet alle Möglichkeiten, um das Schul- und Schülerleben im Stile einer echten multimedia-Produktion zu präsentieren: Neben Bild- und Textbeiträgen kann sich sogar jede einzelne Klasse mit Video-Clips, Musikaufnahmen oder Interviews auf der CD-ROM einbringen - das Ganze nett verpackt als interaktive Entdeckungsreise durch die virtuellen Räume eines Schulgebäudes ... Wer Näheres erfahren möchte, kann telefonisch Demo-Material anfordern und jederzeit einen unverbindlichen Präsentationstermin mit datum print vereinbaren.

datum print GmbH

Nienhöfener Straße 29-37
25421 Pinneberg

Telefon 04101 - 6943-0

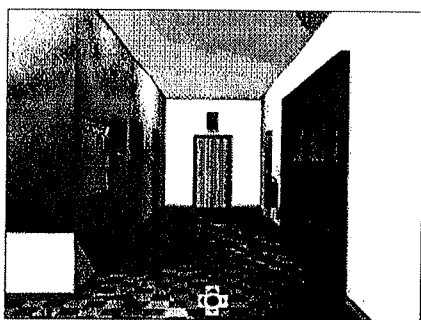
Fax 04101 - 6943 - 43
service@datumprint.com
www.datumprint.com



Unsere Schule - zeit- und mediengerecht in Szene gesetzt

Immer mehr Schulen stellen sich der Herausforderung, Schüler, Eltern und Öffentlichkeit gezielt darüber zu informieren, was Ihre Schule im Einzelnen ausmacht. Neben den unbestrittenen Klassikern - Jahrbücher, Broschüren und Veranstaltungen - gewinnt hier die Nutzung neuer Medien zunehmend an Bedeutung. Mit dem Produkt- und Servicepaket der Firma datum print bieten sich der Schule interessante Optionen, um auf einfache Weise einen zeit- und mediengerechten Auftritt zu realisieren.

Das Konzept, für das datum print im Rahmen der diesjährigen photokina mit dem Impulse-Preis der Photopresse ausgezeichnet wurde, sieht im Einzelnen vor:



Klassische Fotografie

Im Zentrum aller Leistungen steht die klassische Fotografie. datum print fotografiert also mit einem geschulten Team alle Klassen und liefert die Bilder nach etwa 14 Tagen.

Daß hierbei die einzelnen Schüler namentlich unter dem Klassenbild aufgeführt werden, daß die Bilderlieferung frei zur Ansicht, d.h. bei vollem Rückgaberecht erfolgt, daß die Schule mit dem z.T. mühseligen

Geldeinsammeln nichts zu tun haben wird, all diese Dinge verstehen sich eigentlich von selbst.

Reportage-Material

Darüber hinaus werden zum Foto-Termin auf Wunsch auch Aufnahmen z.B. von der Schulleitung, dem Gebäude, der Verwaltung oder aus dem Unterricht gemacht. Diese Aufnahmen werden dann kostenfrei zur Verfügung gestellt. Entweder konventionell oder – speziell im Hinblick auf die web-site-Gestaltung seitens der Schule – in digitalisierter Form.

Archiv-CD & Schülersausweise

Auf Wunsch liefert datum print eine sog. Archiv-CD zur optionalen Bildanzeige für die Schulverwaltung - ein Service, den datum print in Verbindung mit der Foto-Aktion kostenfrei anbietet. Datenschutzrelevante Bestimmungen werden im Rahmen einer sog. Dienstleistungsvereinbarung schriftlich fixiert. Gleiches gilt natürlich auch für Schülersausweise in Scheckkartenqualität.

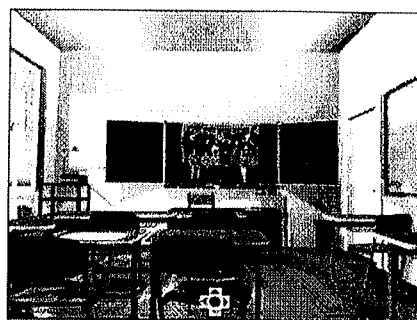
Interaktives Jahrbuch auf CD



Last not least besteht die Möglichkeit zur Erstellung eines interaktiven Jahrbuchs im Stile einer echten multimedia-Produktion. Während die Schule die redaktionelle Arbeit leistet, übernimmt datum print die gesamte technische Leistung bis hin zur

Auslieferung der fertigen CD-ROM. Der Schule entstehen keine finanziellen Verpflichtungen. Das Projekt refinanziert sich aus dem Verkauf der einzelnen CDs an die Eltern, die –ähnlich wie bei den Foto-Sets- ein Exemplar frei zur Ansicht erhalten, um über Kauf oder Rückgabe zu entscheiden.

Fazit



Aufgrund seiner vielfältigen Möglichkeiten und dem enormen Speichervolumen erweist sich die CD-ROM als faszinierendes Medium: Neben Bild- und Textbeiträgen –gerade auch aus den einzelnen Klassen-, machen Video-Clips, Musikaufnahmen sowie Interviews die Präsentation zu einer spannenden Entdeckungsreise durch das Schuljahr. Die CD-ROM ist damit eine attraktive Ergänzung zu jenen Aktivitäten, die sich auf die gedruckte Form oder auf das Internet beziehen und das Gesamtbild der Schule abrunden.

Wer das vorgestellte Konzept im Hinblick auf Wünsche und Belange der eigenen Schule überprüfen möchte, sollte mit datum print einen unverbindlichen Präsentationstermin vereinbaren. Außerdem besteht natürlich jederzeit die Möglichkeit, sich direkt zu informieren unter: www.datumprint.com

[Dag Perslow, datum print GmbH]

Schulleiterverband Schleswig Holstein
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27, 25462 Rellingen
DPAG, Postvertriebsstück

Druck:
Druck & Grafikstudio Menne GmbH, 23552 Lübeck

PVSt. DPAG Entg. bez. C 12646

00048

Herrn Rektor
Uwe Niekel
Grundschule Brunst
Schulstr. 2-4

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

wd bs

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27
25462 Rellingen

Verantwortlich:
Angelika Sing
Walter Rossow

Auflage:
1300 Exemplare
(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

